Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 313 · 27. JAHRGANG · SOMMER-AUSGABE 2021 (6, 7 UND 8/2021) VOM 9. JULI 2021 · 3 EURO

7 **Entgleisungen und Nazi-Verharmlosungen**
Relativierungen in der StVV Bernau

17 **Licht für alle – und das kostenlos!**
Von der 380-kV-Freileitung

33 **Fazit: »Eigentlich ein Wunder«**
Tage des brandenburgischen Buches

»So banal wie die Realität«

Der Stadtverwaltung fehlte die Ermächtigung zur Annahme von »Beschleunigungszuschlägen«

Die Annahme von *»Beschleunigungszuschlägen«* von der Firma 50Hertz für die Inanspruchnahme städtischer Flächen im Zusammenhang mit dem Bau der 380-kV-Höchstspannungsleitung Bertikow-Neuenhagen, die zwischen den Wohngebieten Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel das Stadtgebiet quert, war von der Stadtverwaltung als *»Geschäft der laufenden Verwaltung«* deklariert worden. Der Hauptausschuß wurde informiert – allerdings, obwohl es sich um Haushaltsangelegenheiten handelte, nur in nichtöffentlicher Sitzung. Aber eine Abstimmung der Stadtverordneten fand nicht statt (BBP 4 und 5/2021).

Der Stadtverordnete Mirko Wolfgramm (Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) hatte sich daraufhin mit einer offiziellen Anfrage an die Stadtverwaltung gewandt. Inzwischen liegt die Niederschrift der mündlichen Antwort der Baudezernentin Anne Fellner vor.

Frage 1: Welche Gegenleistung hat die Stadt Eberswalde erbracht, um die *»Beschleunigungszuschläge«* zu erhalten?

Antwort: Die Antwort ist tatsächlich so banal wie die Realität. Die Beschleunigungszuschläge sind Einmalzahlungen an den Eigentümer für eine zügige Bearbeitung.

Frage 2: In der Antwort auf die Anfrage AF/070/2021 wurde informiert, daß es sich bei der Entgegennahme der »Beschleunigungszuschläge« um ein Geschäft der laufenden Verwaltung gehandelt hat. Ist die Entgegennahme der *»Beschleunigungszuschläge«* Bestandteil der Haushaltssatzung 2020/2021?

Antwort: Die Antwort aus der Kämmerei: Zum Zeitpunkt der Planung des Haushaltes 2020/2021 waren die Vertragsbestandteile weder in der Differenzierung der einzelnen Unterpunkte noch in Höhe oder dem Zeitpunkt der Zahlung bekannt. Aus diesem Grund wurden in der Produktgruppe 11.17.01.05 Entschädigungsleistungen pauschal für 2020 in Höhe von 200.000 Euro geplant.

Wie wir jetzt erlebt haben, waren es deutlich höhere Entschädigungsleistungen, die dann 2021 kassenwirksam wurden.

Frage 3: Wenn ja, in welcher Höhe wurden diese *»Beschleunigungszuschläge«* im Haushalt 2020/2021 eingeplant?

Antwort: Da nochmal der Verweis: Da wir keine differenzierten Informationen hatten, wurde auch keine differenzierte Planung zu diesem Zeitpunkt vorgenommen.

Foto: Hartmut Lindner

Auch am Finowkanal fielen zahlreiche Bäume den Fällaktionen von 50Hertz zum Opfer.

Somit kann also festgehalten werden:

1. Die Eberswalder Stadtverwaltung hat das Verlangen von 50Hertz, trotz der bestehenden Einwände gegen den Bau der 380-kV-Freileitung, *»zügig bearbeitet«*.

2. Im Haushaltsplan 2020 wurden pauschal Entschädigungsleistungen eingeplant. *»Beschleunigungszuschläge«* waren, da *»keine differenzierten Informationen«* vorlagen, nicht geplant und sind somit auch nicht Bestandteil des Haushaltsplans 2020/21.

3. In der Antwort auf Frage 2 heißt es, daß *»die Vertragsbestandteile«* zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht bekannt waren. Insofern ist davon auszugehen, daß es einen Vertrag zwischen 50Hertz und der Stadt Eberswalde gibt, in dem die Entschädigungsleistungen aber auch die *»Beschleunigungszuschläge«* im Detail geregelt werden. Ebenso kann davon ausgegangen werden, daß dieser Vertrag ohne Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung ausgehandelt worden ist.

Fazit: Die Stadtverwaltung hat also entgegen des wiederholten Votums der Stadtverordnetenversammlung gegen den Bau der 380-kV-Höchstspannungsleitung als Freileitung zwischen den Wohngebieten Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel, das Anliegen von 50Hertz, durch Rodung der Trasse und ggf. dem Bau von Masten vollendete Tatsachen zu schaffen, durch *»zügige Bearbeitung«* unterstützt, obwohl es dem Planfeststellungsbeschluß infolge der anhängenden Klage an Bestandskraft fehlt. Die Stadtverwaltung hat *»Beschleunigungszuschläge«* angenommen, obwohl sie für solche Schenkungen keinerlei Ermächtigung seitens der Stadtverordnetenversammlung hatte. Denn in der Haushaltsplanung 2020/21 waren lediglich pauschal Entschädigungsleistungen eingeplant, nicht aber *»Beschleunigungszuschläge«*. Insofern darf angenommen werden, daß die Stadtverwaltung hier ihre Kompetenzen überschritten hat.

Die *»Beschleunigungszuschläge«* wirkten hier offensichtlich wie eine Art legales Bestechungsgeld, wobei nicht unterstellt werden soll, daß zusätzlich auch noch privat solche Bestechungsgelder flossen.

Wir erinnern uns: Im Jahr 2005 hatten die Firmen EWE und e.dis auch so eine Art *»Beschleunigungszuschläge«* an die Stadt Eberswalde gezahlt. Damals getarnt als Spenden. Sie hatten damit den Kauf der Stadtwerkeanteile *»beschleunigt«*. Ein Jahr später wurde Bürgermeister Reinhard Schulz abgewählt. Zudem hatte er sich wegen Korruption vor Gericht zu verantworten.

Dazu wird es diesmal nicht kommen. Der jetzige Bürgermeister will seinen Posten ohnehin vorzeitig aufgeben. Bei der geplanten Beigeordnetenwahl könnte dieses Thema aber durchaus eine Rolle spielen.

GERD MARKMANN

Das hatten wir schon

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, Ihre persönliche Widerstandsfähigkeit war in den vergangenen Monaten stark gefordert. Obwohl die bösen Viren nicht schnell verschwinden werden, haben wir gemeinsam Mittel und Wege gefunden, unser Leben zu schützen und weitgehend unbehelligt unserer Wege zu ziehen. Sicherlich konnten die gegenseitige Hilfe der Menschen und das gute Wetter unsere Anstrengungen nur unterstützen. Nicht zuletzt an den Erfolgen kann man erkennen, daß wir lernfähig sind. Wie wäre es, wenn wir das neu errungene Selbstbewußtsein und Wissen auch für politische Sachverhalte nutzen würden?

Gemäß der veröffentlichten Meinung will unsere Regierung die Russen sanktionieren, weil die einfach nicht machen, was sie sollen. Zum wiederholten Male. Als ob das irgendwann gut gegangen wäre und die Russen uns nicht immer mal entscheidend geholfen haben. Die Russen hätten nämlich Atomraketen mit geringer Reichweite an ihrer Grenze stationiert, die auch noch genau auf uns zielen würden. Das ist schlimm genug. Das hatten wir schon. So etwas brauchen wir nicht.

Vor vielen Jahren hat man die Russen schon einmal geärgert und die haben daraufhin ihre Atomraketen ohne zu fragen in unserem Land stationiert. Der allseits geachtete und hoch dekorierte Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt ist daraufhin mit dem vollsten Einverständnis unserer Brüder und Schwestern nach Amerika gefahren und hat den geliebten amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan sehr nachdrücklich um die Stationierung amerikanischer Atomraketen gebeten. Wohl aus Angst vor den Russen. Und wir waren, ganz ungefragt, deren Ziel. Die gefährlichen Raketen haben in der freiheitlichen Bundesrepublik und der friedliebenden DDR eine ganze Weile gestanden. Bis man die Russen kirre hatte und diese ihre Raketen nach Hause geschafft haben. Von den amerikanischen Atomraketen stehen wohl noch einige herum. Man weiß das nicht genau. Diesen archaischen Atomraketen mangelte es auch an Treffsicherheit. Als Folge ihres Einsatzes wäre sowohl das freiheitliche als auch das friedliebende Deutschland ganz und gar verschwunden und für lange Zeit unbewohnbar geworden. Ob von diesen Mängeln der allseits geachtete Bundeskanzler und der hochverehrte Staatsratsvorsitzende erfahren haben, ist nicht überliefert. Den Menschen in beiden Staaten hat man es jedenfalls nicht gesagt. Sonst hätten unsere Brüder und Schwestern die Stationierung dieser grauenhaften Dinger wohl auf gar keinem Fall so herbeigesehnt und so lange geduldet.

Auch das hatten wir schon. So etwas brauchen wir nicht. Waffen lösen Probleme nicht und mit dem Feuer spielt man nicht. Das wissen hierzulande schon die kleinsten Kinder. Und erwachsene Menschen belügt man nicht.

Dr. MANFRED PFAFF

In eigener Sache

Es gibt ihn wirklich, diesen Corona-Virus. Er ist keine Erfindung böswilliger Verschwörer oder profitgieriger Pharmakonzerne. Der Corona-Virus hat uns erreicht, die BBP-Redaktion heimgesucht und einige Wochen lahmgelegt.

Daher mußte – erstmals in der 26jährigen Geschichte der *»Barnimer Bürgerpost«* – eine Ausgabe ausfallen. Betroffen war die Juni-Ausgabe, die laut Plan am 1. Juni erscheinen sollte.

Auch wenn die virenbedingten gesundheitlichen Einschränkungen noch fortbestehen, ist es uns gelungen, die vorliegende Ausgabe als erweiterte *»Sommerausgabe«* zu gestalten.

Die nächste *»reguläre«* Ausgabe der *»Barnimer Bürgerpost«*, dann wieder im gewohnten Umfang von 16 Seiten, wird voraussichtlich am 14. September 2021 erscheinen (Redaktionsschluß: Mittwoch, 8. September 2021) – sofern uns nicht die nächste Viren-Welle in welcher Variante auch immer heimsucht.

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Die Zeit läuft ab

Ab 2. August: Fingerabdruckpflicht für Personalausweise

Was bisher nur von Menschen verlangt wurde, die einer Straftat verdächtigt wurden oder damit im Zusammenhang überprüft wurden, ist künftig allgemeine Bürgerpflicht.

Wer ab 2. August einen neuen Personalausweis braucht, muß dafür in den Datenbanken des Bürgeramts seine Fingerabdrücke hinterlegen. Auch auf der neuen Plastekarte, Personalausweis genannt, die man dann bekommt, ist der Fingerabdruck gespeichert. Wer noch möglichst lange ohne Fingerabdrücke unterwegs sein will, kann nur noch bis Ende Juli versuchen, einen Personalausweis in der alten Form zu beantragen. Falls der alte PA noch nicht abgelaufen ist, kann bei Verlust oder Beschädigung ein neuer beantragt werden, der dann noch zehn Jahre gültig ist.

(Quelle: Digitalcourage e.V.)

Nachhaltiges Bauen in Eberswalde?

Flächenvergrößerung der Clara-Zetkin-Siedlung

Bürgermeister Boginski läßt sich sehr gern feiern, wenn in Eberswalde wieder etwas *»nachhaltig«, »Bio« , »ökologisch«* oder *»Null Energie«* heißt. Aber kann man dem auch beim Bauen folgen? Eindeutig nein, denn was er und sein Bauamt in Bezug auf eine Flächenausdehnung der Stadt aushecken, vernichtet wertvolles Grünland für Flora und Fauna.

Ganz konkret ist dies am Beispiel des *»Bärbel-Wachholz-Weges«* in der Clara-Zetkin-Siedlung zu sehen. Hier wird hinter dem Ligusterweg (der schon neu angelegt wurde) eine neue Straße mit etlichen Parzellen zur Bebauung geplant und erschaffen, die die dort wunderbare Grünwiese vernichtet. Und dies ist erst Teil 1 einer Straße, die noch nordwärts bis *»Unter den Buchen«* verlängert werden kann.

Dabei gibt es genug Freiflächen und Baulücken in Eberswalde, wie in der Triftstraße (Westend) hinter REWE und DM. Da existiert ein Riesengrundstück, das zwar mal beplant wurde, aber dann nichts mehr passierte. Oder die verfallene Liegenschaft hinter der Rathauspassage Richtung Marienstraße zwischen Kreuz- und Bollwerkstraße. Diese ehemals gewerbliche Fläche liegt seit mindestens 30 Jahren brach. Dort müßte nur baubereinigt werden und es könnte losgehen. Die Innenstadt würde attraktiver.

Oder die Liegenschaften in Finow (altes Arbeitsamt, Finanzamt) an der Eberswalder Straße, wo mal *»Hartz-4«*-kompatible Wohnungen geschaffen werden sollten, bis man bemerkte, daß dann die Sozialmieter der WHG weglaufen. Hier soll nun ein neuer Schulcampus entstehen, nachdem in der Nachbarschaft in Finow und im Brandenburgischen Viertel Schulen abgerissen wurden. Es gibt sicher noch etliche Beispiele mehr. Wenn denn Stadt und Bürgermeister es ernst meinen, würden alte bebaute Grundstücke und Industrieanlagen *»rückgebaut«*, um Neubauflächen zu schaffen. Die Stadt würde wachsen, aber nicht zum Preis einer weiteren Ausuferung an den Rändern. Es wäre eine Win-Win-Situation. Ehemalige Brachflächen ließen die Stadt wachsen, häßliche Schandflecken würden verschwinden, ohne daß neue Areale erschlossen würden.

Warum das nicht so geht, kann man uns ja bestimmt erläutern.

Stattdessen wird immer mehr an den Stadträndern gebaut, um die Grundstücke dann im Bieterverfahren an die Meistverdienenden bzw. Meistbietenden zu versteigern.

Ist das sozial und/oder ökologisch?

Erfreulich wäre hier eine Debatte, inwieweit Eberswalde sich noch weiter verbreitern muß, bevor man besser verdichtet, um so bezahlbaren Wohnraum für junge Leute und Familien zu planen, nämlich für die Personengruppe, die so gern von den Politikern genannt wird.

Also, bebaute brachliegende Flächen sanieren, um dort zu bauen. Die Stadt würde *»gleich groß«* bleiben und keine zusätzliche Fläche versiegeln.

Für eine neue Denkausrichtung der Eberswalder Baupolitik!

JÖRG SCHNEIDEREIT

Arbeit mit **Herz**

Digitale Prozesse sorgen für Lebensqualität im Alter

Die Mitarbeiter der Pflegebranche zählen ohne Zweifel zu den Helden der Corona-Pandemie. Arbeit mit Herz trotz vieler Maßnahmen, die den Alltag auf den Kopf stellen.

Die Alloheim Senioren-Residenz *»Haus am Werbellinsee«* in Altenhof ist deshalb besonders stolz auf die Leistung ihres Teams, das stetig die Qualitätssicherung im Blick hat. Viel trägt dazu auch das Qualitätsmanagement bei. Was viele nicht wissen: Viele Prozesse werden mittlerweile digital gesteuert und überwacht.

»Während das ganze Land in einen Lockdown ging, stellten sich unsere Mitarbeiter ihren bisher wohl größten Herausforderungen«, sagt Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch, *»mit den umfangreichen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wurde der Alltag in unserer Residenz auf den Kopf gestellt. Eine belastende Situation für die Senioren und unser gesamtes Team.«* Mehr als je zuvor waren die Mitarbeiter der Alloheim Senioren-Residenz in dieser Zeit als verständige Zuhörer und als Ersatz für Freunde und Familie gefordert. *»Unser Motto lautet ‚Wir dienen Ihrer Lebensqualität'«,* so Wiedebusch, *»diesem Credo, das wir sowohl auf unsere Senioren als auch auf Angehörige und unser Team beziehen, wollen wir täglich immer wieder aufs Neue gerecht werden.«*

Die hohe Qualität der Pflege in den Alloheim-Einrichtungen ist in erster Linie den Mitarbeitern zu verdanken. Allerdings setzt man dabei auch auf ein breit angelegtes Qualitätsmanagement mit verbindlichen Richtlinien und Vorgaben sowie objektiven Bewertungskriterien durch ein digital geführtes Kennzahlensystem. Der Einzug vieler derartiger Prozesse und die Verwendung ausgeklügelter Auswertungsalgorithmen in der Pflege ermöglicht auf einen Blick alle wichtigen Entwicklungen für jeden Bewohner überblicken und steuern zu können.

»Qualität erlaubt keine Toleranz«, sagt dazu Sabine Bucksteg, Bereichsleiterin im Zentralen Qualitätsmanagement. *»Durch die klare Vision eines strukturierten Qualitätsmanagementsystems haben wir es geschafft, ein Netzwerk von rund 300 Mitarbeitern zu knüpfen, das sich täglich deutschlandweit ausschließlich mit der Qualitätssicherung beschäftigt. Dadurch stellen wir nachhaltig die Lebensqualität der Bewohner sicher.«*

Mit der Einführung digital geführter Steuerungs- und Überwachungsinstrumente können auf einen Blick alle wichtigen Entwicklungen für jeden einzelnen Bewohner überblickt werden. *»Im Prinzip funktioniert das Kennzahlen-Modell wie ein Frühwarnsystem«,* erklärt Sabine Bucksteg, *»jeden Tag werden die Beobachtungen der Mitarbeiter beispielsweise in Bezug auf chronische Wunden, Schmerzen, Gewichtsveränderungen oder Trinkverhalten aller Bewohner von den Pflegekräften digital über unser Pflegedokumentationsprogramm erfaßt und festgehalten. Dadurch können wir auf eine große Menge an Daten zurückgreifen und die Entwicklung eines jeden Einzelnen sehr genau beurteilen.«* Das Zentrale Qualitätsmanagement erkennt dadurch Veränderungen frühzeitig und kann sofort notwendige Maßnahmen veranlassen, damit es gar nicht erst zu Problemen kommt. *»Das System greift dabei mit einer ‚künstlichen Intelligenz' auf hinterlegte Erfahrungswerte zurück, berechnet beispielsweise Risikopotentiale oder zu erwartende Entwicklungen«,* erläutert Sabine Bucksteg. *»So wird aus einem Mosaik unterschiedlichster Werte und Kennzahlen ein Gesamtbild errechnet, das zu klaren und vor allem frühzeitigen Aktivitäten unsererseits führt. All das ist schon sehr beeindruckend.«* Wie Bucksteg weiter ausführt, können so beispielsweise auch ergänzende Schulungen der Mitarbeiter oder Einzelunterweisungen veranlaßt werden. *»In der Praxis arbeiten wir Hand in Hand mit den Qualitätsbeauftragten vor Ort«,* sagt sie. *»Schlägt unser digitales Frühwarnsystem an, sind die Qualitätsbeauftragten vor Ort unsere ersten Ansprechpartner.«*

Wird somit in der Zukunft die Pflegequalität in Senioren-Residenzen von Hightech-Computern abhängen? *»Keinesfalls«,* sagt die Bereichsleiterin, *»das Hauptinstrument für die Beurteilung und Sicherstellung der Pflegequalität bleibt weiterhin die berufliche Expertise der Pflegekräfte und Qualitätsbeauftragten. Die Einbindung von Hightech ist ein fantastisches Instrument, um punktgenau und ergänzend agieren zu können.«* Zusätzlich dazu setze man auf umfassende Weiterbildungen, um bei allen Themengebieten auf dem neuesten Stand zu sein. So werden auch Online-Schulungen durchgeführt, um neu hinzukommende Mitarbeiter vom ersten Tag an in die Qualitätsprozesse einzubinden.

Dies bezieht sich nicht nur auf Pflegekräfte. *»Die Tätigkeitsbereiche in unserer Einrichtung sind breitgefächert«,* sagt Samuel Wiedebusch, *»sei es der Koch, der täglich für die frischen Mahlzeiten der Senioren verantwortlich ist, die Arbeit in der Sozialen Betreuung, die eine Vielzahl an abwechslungsreichen Aktivitäten mit den Bewohnern plant und durchführt oder der Haustechniker. In allen Bereichen geht es um die Sicherstellung höchster Qualitätsmaßstäbe – immer individuell bezogen und abgestimmt auf den einzelnen Bewohner. Auch daran erkennt man, daß die Arbeit in der Pflegebranche sehr vielseitig und sehr schön ist. Wer Freude am Kontakt mit Menschen hat, ist hier sicherlich gut aufgehoben. Wir machen mehr als einen Job. Wir leisten täglich Arbeit mit Herz für die Lebensqualität unserer Senioren.«*

ANNEKA BRANDENFELS

Anzeige

Busanbindung verbessern

Die Stadt Bernau soll sich um eine Verbesserung der Linienführung der Buslinie 870 und eine bessere Anbindung des Ortsteils Lindow bemühen. Das sieht ein Antrag von BVB/Freie Wähler in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung vor.

Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2020 wird das Wohngebiet Lindow mit der Buslinie 870 durchfahren statt wie zuvor mit der Linie 869. Ein großer Teil der Bewohner von Lindow hält diesen Linientausch für nachteilig. Vielfach wird geäußert, daß dadurch weniger Wege mit dem Bus zurückgelegt werden, stattdessen mit dem Auto. Gründe dafür sind die schlechtere Erreichbarkeit der Bernauer Altstadt (der Bus 869 fuhr bis Dezember 2020 durch die Berliner Straße) sowie die wesentlich erschwerte Erreichbarkeit des Krankenhauses, mit langen Umsteigezeiten am Bahnhof, was vor allem von älteren Bürgern beklagt wird.

Während nunmehr die Linie 870 vom Pankebogen kommend stündlich nach Lindow verlängert wird, endet die ebenfalls stündlich verkehrende Linie 869 an der Bahnhofspassage (Streckenführung: Lobetal – Bernau Bhf. – Bahnhofspassage – Bernau Bhf. – Lobetal). Ein Rücktausch der Linien bezüglich der Busanbindung von Lindow erscheint betrieblich unproblematisch, hätte augenscheinlich keine höheren Kosten zur Folge und würde so gut wie keine Nachteile für andere Fahrgäste mit sich bringen.

Beobachtungen haben gezeigt, daß nur in seltenen Fällen Fahrgäste aus dem Puschkinviertel bzw. Pankebogen über den Bahnhof hinaus im Bus 870 verbleiben, um in Richtung Breitscheidstraße – Lindow weiterzufahren. Dem stehen die Vorteile gegenüber, daß sowohl die Altstadt als auch das Krankenhaus und der Bereich Rollbergeck wieder direkt mit Lindow verbunden wären. Damit wird auch einem Anliegen des Seniorenbeirats entsprochen.

PETER ZELT

Eberswalder Tourist-Information:

Qualitätsprüfung erfolgreich

Eberswalde (prest-ew). Alle drei Jahre wird die Eberswalder Tourist-Information vom Deutschen Tourismusverband e.V. auf ihre Qualität für Besuchende hin geprüft. Relevant sind hierfür Dinge, wie das äußere und innere Erscheinungsbild, das Leistungsangebot aber auch der Service. Die Prüfung erfolgt anonym und im Verborgenen.

Die Eberswalder *»Touri-Info«* erhielt 106,5 Punkte, was einer Wertung von 89 Prozent entspricht und über dem Bundesdurchschnitt (81 Prozent) liegt. Auch konnte man sich, im Vergleich zur letzten Prüfung vor drei Jahren, um einige Prozentpunkte verbessern.

Das Ergebnis berechtigt die Eberswalder-Tourist-Information zum Tragen der roten i-Marke bis zur nächsten Prüfung im Juni 2024.

Ein **erster** Bürgermeisterkandidat

Nominierungsversammlung des »Wahlbündnis SPD|Bürger für Eberswalde«

Foto: SPD Eberswalde

Am 29. Mai wurde die Nominierungsversammlung des *»Wahlbündnis SPD | Bürger für Eberswalde«* abgehalten, mit dem Ziel, einen Kandidaten/eine Kandidatin für die kommende Bürgermeisterwahl zu nominieren. Knapp 50 Mitglieder der SPD Eberswalde, der SPD Finow und der Wählergruppe Bürger für Eberswalde fanden sich in der Hufeisenfabrik ein.

Nachdem sich beide Bewerber:innen vorgestellt hatten, konnten sich alle Mitglieder in einer Fragerunde ein gutes Bild von den beiden Anwärter:innen machen. Bereits im ersten Wahlgang setzte sich Götz Herrmann mit einer klaren Mehrheit vor Steffi Schneemilch durch.

Nach der Nominierung äußerte sich Götz Herrmann wie folgt: *»Ich bedanke mich sehr für das Vertrauen der Mitglieder unseres gemeinsamen Wahlbündnisses. Heute ist aber kein Tag für Konfettikanonen, denn wir befinden uns erst am Anfang eines herausfordernden Prozesses. Es ist einerseits gut, persönlich Klarheit zu haben, um jetzt auch die nächsten Schritte machen zu können.*

Es wird nun aber sehr wichtig sein, sich inhaltlich weiter auseinanderzusetzen und Gespräche zu führen. Auch bleibt abzuwarten, wie die Bundestagswahl im September mit unserem jetzigen Bürgermeister ausgeht und wann wir dann die nächsten Bürgermeisterwahlen haben werden.«

Der nächste Schritt ist es, zeitnah Gespräche zu suchen, um mit dem Kandidaten für weitere Unterstützung zu werben. Weiterhin wird es darum gehen, inhaltliche Schnittmengen zwischen Parteien/Gruppierungen und dem Kandidaten zu erörtern. Letztlich mit dem Ziel, einen Kandidaten in einem starken politischen Verbund zur Wahl zu stellen. Die Vorsitzenden der SPD Ortsvereine sowie von BFE gratulierten Götz und wünschten ihm viel Erfolg für die kommenden Aufgaben.

RINGO WRASE und JÖRG ZAUMSEIL

Laden-Leerstand in der Innenstadt

Eberswalde (bbp). *»Das Einkaufszentrum Rathauspassage im Eberswalder Stadtzentrum weist bereits jetzt einen erheblichen Leerstand auf«*, informierte Dietmar Ortel (CDU) am 23. März die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Ihn haben Informationen erreicht, *»daß sich der Leerstand noch weiter vergrößern wird, weil manche Betreiber ihre Geschäfte nicht mehr öffnen«* werden, wenn dies die Corona-Sperren wieder erlauben.

Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) teilt mit, daß die Stadtverwaltung *»seit nunmehr drei Jahren im Gespräch mit den Eigentümern und der Geschäftsführerin vor Ort ist und in diesen gefragt hat, ob es Möglichkeiten gibt, wie die Stadt Eberswalde hier unterstützend tätig werden kann«*. Die Verwaltung habe den Beteiligten auch verschiedene Vorschläge unterbreitet. Nach seinem Empfinden, so Boginski, bestehe *»kein großes Interesse bei den Eigentümern, diese Situation wesentlich zu verbessern. Angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie werden wir sehen, daß es noch deutlich schwieriger werden wird.«*

Einige Händlerinnen und Händler haben bereits Hilfen der Stadt in Anspruch genommen. *»Vor allem bei den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern brennt die Luft. Damit meine ich vor allem jene, die sich selbst ausbeuten und jeden Tag zehn bis zwölf Stunden in ihren Läden stehen und nun ihre Mieten nicht mehr zahlen können. Hier ist Solidarität und Hilfe auch von der Kommune gefordert. Gemeinsam mit Prof. Dr. König und Dr. Werdermann bin ich immer wieder in Gesprächen, um die Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt Eberswalde zu unterstützen, zu helfen und mit Rat und tat zur Seite zu stehen.«*

Beigeordnetenwahl in Eberswalde:

Findungskommission ganz **demokratisch**

Eberswalde (bbp). Im April überraschten die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde SPD|BFE, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Bündnis Eberswalde die Öffentlichkeit und die übrigen Stadtverordneten mit ihrem Vorstoß, in der Stadtverwaltung nach fast zehn Jahren wieder den Posten eines beziehungsweise einer Beigeordneten einzurichten. Die Initiatoren hatten auch schon eine konkrete Person im Blick, nämlich die Baudezernentin Anne Fellner, die auch stellvertretende Bürgermeisterin ist. Sie hätten mit ihr gesprochen und ihr Einverständnis eingeholt, hieß es seitens der Einreicher.

Später war davon nicht mehr die Rede, mußte doch alles, insbesondere die notwendige Ausschreibung des neuen Postens, formal rechtlich korrekt vonstatten gehen. Äußerungen, wonach doch alles vorab abgesprochen ist und die Ausschreibung eine Farce sei, wurden fortan empört zurückgewiesen. Beispielsweise von Bürgermeister Friedhelm Boginski zur StVV-Sitzung am 25. Mai. Der Leiter des Rechtsamtes Stefan Müller betreue das Verfahren intensiv, so Boginski, so daß es ein rechtssicheres Verfahren sein werde, bei dem alle Kandidatinnen und Kandidaten die gleichen Chancen haben. Die fachliche Ausrichtung des Beigeordneten auf das Baudezernat, so Boginski, sei so von Fraktionen, die er nicht näher bezeichnete, so gewünscht worden. Im Beschluß der StVV einschließlich der zugehörigen Begründung gab es dazu keine Vorgaben. Allerdings wurde der Entwurf der Stellenausschreibung am 20. Mai dem Hauptausschuß vorgelegt.

Inzwischen ist die Frage faktisch entschieden. Die nötige Änderung der Hauptsatzung, nach der nunmehr wieder der Beigeordnetenposten vorgesehen ist, fand im Mai eine überwältigende Mehrheit. Lediglich Carsten Zinn (fraktionslos) und Mirko Wolfgramm (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) stimmten gegen die Hauptsatzungsänderung, ein Stadtverordneter enthielt sich der Stimme.

Im Juni wurde schließlich noch eine Findungskommission benannt, welche den geeignetsten Kandidaten, also die Kandidatin, unter den Bewerbungen herausfinden und dem Bürgermeister vorschlagen soll. Letzterer ist bereits auf dem Weg in den Bundestag und wollte sich diese Verantwortung nicht aufladen. Die Findungskommission hat nur fünf Mitglieder. Die Hare-Niemeier-Regel garantiert ganz demokratisch, daß mit SPD|BFE (Dr. Hans Mai), CDU (Uwe Grohs) und Bündnisgrünen (Karen Oehler) drei der Einreicherfraktionen vom April vertreten sind.

Die beiden anderen, Linke (Sebastian Walter) und FDP/Bürgerfraktion (Götz Trieloff), sind ebenfalls sehr aufgeschlossen, der Baudezernentin demokratisch bei der Beigeordnetenwahl eine Chance zu geben. Zufälligerweise sind vier der fünf Findungskommissionäre zugleich Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, wie der Stadtverordnete Zinn süffisant bemerkte. Und auch der Fünfte im Bunde, Uwe Grohs, ist mit seinem Ingenieurbüro für Bauplanung (IBE) ein ausgewiesener Kenner und langjähriger Partner der Stadt in Sachen Bauplanung. Die Demokratie kann ihren Gang gehen.

Die Initiatoren wollten ursprünglich die Beigeordnetenwahl bereits im Juni realisieren. Das erwies sich schnell als unrealistisch. Schließlich einigte man sich darauf, daß die Verwaltung im Mai einen Zeitplan vorlegt. Dieser sieht nun vor, daß nach Ende der Bewerbungsfrist am 28. Juni bis zum 9. Juli über einzuladende Bewerberinnen und Bewerber entschieden wird. Vorstellungsgespräche sollen zwischen dem 9. und 13. August stattfinden. Bis zur StVV-Sitzung am 21. September soll dann die Findungskommission den geeigneten Kandidaten, das heißt die Kandidatin, finden, die der Bürgermeister sodann zur Wahl vorschlagen wird. Am 6. Oktober endet bei einer Wahl am 21. September die Einspruchsfrist für unterlegene Bewerber. Am 7. Oktober soll die Ernennung durch den Bürgermeister und die Übergabe der Ernennungsurkunde an die neue Beigeordnete erfolgen.

Neuer Online-Katalog für Stadtbibliothek

Eberswalde (prest-ew). Schnell etwas suchen und seine Medien verlängern: Diese und weitere Möglichkeiten sind den Nutzerinnen und Nutzern der Stadtbibliothek Eberswalde mit dem Online-Katalog gegeben. Nun hat der *»Opac«*, wie er auch genannt wird, einen frischen, neuen Anstrich bekommen.

Seit Juni zeigt sich der Katalog mit einer grundlegend neuen Oberfläche. Der Bestand an Kinderbüchern kann nun ebenso leicht und gesondert durchsucht werden wie die Auswahl an Graphic Novels, Literaturverfilmungen oder auch fremdsprachigen Medien – ein Klick genügt. Romane und Sachbücher lassen sich in einer vorgefertigten Genre-Vorgabe kinderleicht eingrenzen, innerhalb der Titelaufnahmen laden Schlagwort-Links und Interessenkreise zur Gesamteinsicht ein: Wollten Sie schon immer wissen, welche Geschichten in Irland spielen? Haben Sie sich gefragt, wie viele Verfilmungen es von Jane Austen in der Bibliothek gibt? Auch Antolin-Bücher und die immer beliebteren Tonie-Figuren können sofort und ohne Aufhebens besehen werden. Kurzum: Nie war es einfacherer, in der Bibliothek zu stöbern (stadtbibliothek-eberswalde.de).

Kreisbaubetrieb Barnim:

Busgarage in Bernau

Bernau (bbg/kwb/bbp). Bis Sommer 2021 entsteht auf dem Gelände im Gewerbegebiet Bernau-Rehberge in der Johann-Friedrich-A.-Borsig-Straße eine Halle, die mit einer Grundfläche von 2.016 m² Platz für 32 Standardlinienbusse bieten wird. Auf den Außenflächen entstehen zudem 32 PKW-Stellplätze für die Busfahrerinnen und -fahrer der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) sowie ein Sozialgebäude. Die Projektsteuerung erfolgt durch die Kreiswerke Barnim GmbH (KWB), die als jüngste Kreistochter die Bauherrenvertretung verschiedener kreiseigener Bauvorhaben übernimmt. *»Die positive Entwicklung im Barnim und besonders im Raum Bernau führte in den letzten Jahren zu einem Bevölkerungswachstum. Dieses Wachstum erfordert eine sukzessive Anpassung des Verkehrsangebotes und eine Erweiterung der Betriebszeiten, um als kommunaler ÖPNV-Dienstleister ein attraktives Angebot zu schaffen«,* begründet Frank Wruck, Geschäftsführer der BBG und Bauherr der Halle, die aktuellen Entwicklungen.

Die neue Busgarage, mit deren Bau im April begonnen wurde, ist die notwendige Erweiterung zum 2000 eröffneten BBG-Betriebshof in der Karl-Friedrich-Benz-Straße, der sich in unmittelbarer Nachbarschaft befindet und den gestiegenen Platzanforderungen nicht mehr gerecht wird. Die Mitarbeiterzahl am Standort Bernau hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, auch die Anzahl der Busse ist von 35 auf 50 gestiegen. *»Wir platzen aus allen Nähten«,* verdeutlicht Hans-Joachim Schneider, Leiter des Betriebshofes, die prekäre Platzsituation. *»In Bernau ist nicht nur der Straßenraum knapp geworden«,* sagt Bernaus Bürgermeister André Stahl, *»sondern auch die verfügbaren Bauflächen in den Gewerbegebieten. Umso erfreulicher ist es, daß wir der BBG hier in der Borsig-Straße eine optimale Lösung anbieten konnten.«* Und er ergänzt: *»Jeder Fahrgast in den Bussen des ÖPNV entlastet die Verkehrssituation in der Stadt und daran können wir nur gemeinsam arbeiten.«*

Mit einer Investitionssumme von zwei Millionen Euro ist der Hallenneubau für die Kreiswerke Barnim GmbH das zweite größere Bauprojekt, das in diesem Jahr in die Umsetzung geht. Im Februar dieses Jahres konnte bereits mit dem Bau des neuen Barnimer Kreisarchivs in Eberswalde begonnen werden.

Die KWB ist seit Januar 2021 auch als Dienstleister für die Realisierung verschiedener Bauvorhaben der BBG zuständig. Weitere Vorhaben, wie beispielsweise die Erneuerung der Stempelhebeanlage für Busse in der Eberswalder Poratzstraße, der Neubau einer gemeinsamen Werkstatt für Busse der BBG und Müllfahrzeuge der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH in Albertshof oder die Erweiterung des Zentrums für Brand- und Katastrophenschutz in Eberswalde sind in Planung.

Geh- und Radwegesanierung:

Mit Rückständen

Eberswalde (bbp). Insgesamt 13 Maßnahmen mit geschätzten Kosten von knapp 400.000 Euro, die vom Runden Tisch Geh- und Radwegsanierung im Oktober 2019 für das Jahr 2020 abgestimmt waren, sind zum Teil coronabedingt als nicht erledigt in das Jahr 2021 übernommen worden. Weitere 17 Maßnahmen in einem Wertumfang von 730.000 Euro sind für die Jahre 2021 bis 2023 vorgeschlagen. Die entsprechenden Listen wurden jetzt auf Drängen des fraktionslosen Stadtverordneten aus dem Brandenburgischen Viertel CARSTEN ZINN den Stadtverordneten übersandt.

Lediglich zwei der aufgelisteten Maßnahmen tangieren seinen Stadtteil. So soll der Weg an der Prignitzer Straße zwischen Am Schwärzesee und Ringstraße sowie der Weg auf der westlichen Seite der Spechthausener Straße nördlich des ehemaligen Bahnübergangs saniert werden. Davon abgesehen sind im Brandenburgischen Viertel selbst vom Runden Tisch Geh- und Radwegsanierung keine Instandsetzungen von Wegen vorgesehen. Das hat weniger mit dem guten Zustand der Wege im Kiez als vielmehr damit zu tun, daß hier im Rahmen des Wegenetzkonzeptes für den Bau und die Sanierung von Wegen auf Städtebaufördermittel zurückgegriffen werden kann, während die vom Runden Tisch gelisteten Sanierungen vollständig aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Im Rahmen dieses Wegenetzkonzeptes sollen ab 2021/22 erste Maßnahmen im Bereich Schorfheidestraße realisiert werden. Unbeschadet der genannten Planungen kommt es zuweilen auch vor, daß Gehwege außer der Reihe repariert werden. So geschehen im März des Jahres mit dem Verbindungsweg zwischen der Spreewaldstraße und der Cottbuser Straße (Foto). Dort hatte das Tiefbauamt im Rahmen der Straßenunterhaltung eine Bordsteinabsenkung in Auftrag gegeben. Aus Verkehrssicherheitsgründen wurde im Zusammenhang der Gehwegabschnitt mitrepariert. Finanziert wurde diese Maßnahme, so die Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler, aus den für die allgemeine Straßenunterhaltung vorgesehenen Mitteln.

Foto: GERD MARKMANN

Verkehrswende in Brandenburg

Dialogprozeß mit der Volksinitiative »Verkehrswende Brandenburg jetzt!«

Foto: HEIKE WAHNER

Radtour mit CARLA KNIESTEDT am 28. Mai von Biesenthal nach Börnicke. Im Rahmen des Formats »*Radeln & Reden*« lädt die Landtagsabgeordnete regelmäßig zu Touren durch Brandenburg ein.

»Brandenburg bekommt ein Mobilitätsgesetz mit konkreten Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten. Dazu gehören die Förderung des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, das Erreichen der Klimaneutralität bis spätestens 2050 und die Steigerung des Umweltverbund-Anteils am Verkehr auf 60 Prozent bis 2030. Erarbeitet wird das Gesetz in einem Dialogprozeß zwischen der Landesregierung und den Initiatoren der Volksinitiative ‚Verkehrswende Brandenburg jetzt!'.« So faßt Clemens Rostock, verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, den Kompromiß zusammen, den die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit den Vertretern der Volksinitiative (VI) erzielt haben.

»Glücklicherweise nehmen wir auch die Verbindungen für die Menschen im ländlichen Raum in den Blick.« freut sich Carla Kniestedt, Sprecherin für ländliche Räume der grünen Landtagsfraktion. *»Es geht nicht nur um die schnelle Verbindung zwischen Berlin und dem Naherholungsgebiet, sondern beispielsweise auch um die dauerhafte Etablierung der Querverbindung des RB63 auf der Bahnstrecke zwischen Eberswalde und Templin – und möglicherweise darüber hinaus«*, sagt die Lychenerin. *»Und beim landesweiten Radwegeplan schauen wir nicht nur auf schöne Strecken, die Freizeitradlern Vergnügen und Erholung bringen. Wir berücksichtigen auch die Bedürfnisse der Einwohner, die im Alltag möglichst schnell und sicher von A nach B kommen wollen. Ein weiter Schritt zur Stärkung des Fahrrads!"*

Hintergrund:

Bisher war lediglich die formale Ablehnung der Volksinitiative (VI) bekannt, nun liegt das inhaltliche Kompromißpaket vor. Dieses umfaßt neben der Entwicklung des Mobilitätsgesetzes einen landesweiten Radwegeplan, die Sicherung und Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken und die Überprüfung von Neubauprojekten im Straßenbau. Außerdem sollen lokale und regionale Modellprojekte zur Finanzierung des ÖPNV auf freiwilliger Basis geprüft werden. Dieses Paket ist nun im Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion Die Linke (bei Enthaltung der BVB/Freien Wähler und Ablehnung durch die AfD) beschlossen. Bündnis 90/Die Grünen haben die VI mit angeschoben und fortlaufend unterstützt. Einige Dinge der Forderungen konnten bereits im Koalitionsvertrag verankert werden. Auch vor diesem Hintergrund war die formale Ablehnung folgerichtig, denn Volksinitiativen können in Brandenburg nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Modifizierungen oder Anpassungen an sich ändernde Umstände bspw. nach einem Regierungswechsel sind erst im Dialogprozeß nach der formalen Ablehnung möglich. Dieser Dialogprozeß wird nach dem Beschluß der Eckpunkte nun in die entscheidende Phase gehen.

PATRICK TELLIGMANN

Wohngebiet Venusbogen in Bernau:

Weniger Ausbau und mehr **Grün**

Die Stadtverwaltung beabsichtigt, in Bernau-Süd zusätzlich zu den bereits in Bau befindlichen und teilweise bezogenen rund 200 Wohneinheiten in der Herkulesstraße noch weitere 480 Wohneinheiten zu errichten. Im Vergleich zur ersten Planung aus dem Jahr 2016 hat sich die Anzahl der Wohneinheiten somit nahezu verdoppelt.

Eine derartige Menge ist angesichts der weiteren Baugebiete städtebaulich nicht verkraftbar. Wir werben für eine lockerere, ortsbildwahrende Bebauung, die auch Umweltschutzaspekten Rechnung trägt. Ziel muß es sein, die zusätzliche Bebauung auf ein Maß zu begrenzen, das auch den verkehrlichen Kapazitäten entspricht.

Mit den von uns favorisierten Änderungen würde sich eine Gesamtzahl von 248 statt 480 neuen Wohneinheiten ergeben. Eine stärkere Bebauung würde weder das Gebiet noch die Stadt Bernau aufgrund der fehlenden zweiten Zuwegung und der nicht mitwachsenden weiteren Infrastruktur verkraften. Zudem gilt es, mehr Grün zu erhalten.

Um diese Änderung rechtssicher vorzubereiten, sollte die Entscheidung verschoben werden. Zudem müssen die vielen Hinweise der Anwohner, die durch eine erfolgreiche Unterschriftensammlung bestärkt werden, aufgegriffen werden.

THOMAS STRESE und JÖRG ARNOLD,
BVB/Freie Wähler Bernau

Weitere Relativierungen in der Stadtverordnetenversammlung Bernau:

Entgleisungen und Nazi-Verharmlosung

Auf der Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 16. Juni wurden die Äußerungen des Stadtverordneten HORST WERNER (BfB Bündnis für Bernau), die das »Dritte Reich« verharmlosten, erneut durch Vertreter von Linken und CDU verteidigt.

In der Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 2021 trug Horst Werner im Rahmen der Debatte um das ehemalige Heeresbekleidungsamt der Wehrmacht einige verharmlosende Aussagen über die Nazi-Zeit vor:
– *»Man kann das Dritte Reich betrachten, wie man will, es ist nun mal 12 Jahre passiert«*
– *»Geschichte ist immer Geschichte der Sieger!«*
– *»Bernau war froh über die Arbeitsplätze!«*

Erklärt wurde außerdem, daß das Heeresbekleidungsamt *»keine Nazi-Kaserne, [sondern] ein Zivilobjekt«* gewesen sei, von dem *»keine ideologische Verblendung«* ausging.

Aufgrund dieses untragbaren Vorfalls und des Nicht-Einschreitens von Bürgermeister ANDRÉ STAHL (Linke) und dem Stadtverordnetenvorsteher DANIEL SAUER (CDU) wandten wir uns am 19. Mai an die Presse. Die Märkische Oderzeitung veröffentlichte in ihrer Niederbarnimer Ausgabe am 12./13.06.2021 einen Artikel unter der Überschrift *»Stadtverordneter wehrt sich gegen Nazi-Vorwurf«*. Die darin enthaltenen Aussagen einiger Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben wir mit einer Mischung aus Verwunderung und Empörung zur Kenntnis genommen.

Doch auch auf der Sitzung der Bernauer StVV am 16. Juni ging die Verharmlosung weiter. So erklärten mehrere Stadtverordnete der Linken und der CDU, daß an den Äußerungen nichts auszusetzen sei, sie im Zusammenhang gesehen werden müßten, es doch schon einen Monat her sei und daß Herr Werner *»ein Ehrenmann«* sei. So gäbe es an den Äußerungen des *»Chefhistorikers«* nichts zu kritisieren, vielmehr seien die, die das zum Thema machen, *»Hetzer«* und *»Spalter«*.

Daß die Verwunderung bei Bernauer Abgeordneten über unsere Vorwürfe größer zu sein scheint als über die Aussagen von Horst Werner, zeigt die mangelnde sprachliche Sensibilität im Umgang mit Aussagen zur Nazizeit. Die meisten politischen Kräfte sind sich einig darin, daß Sprache auch politische Wirklichkeit formt.

Es ist geradezu ungeheuerlich, daß derartige Verharmlosungen des *»Dritten Reiches«*, die so eins zu eins auch im Jargon von Rechtsextremen, Identitären und anderen vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen vorkommen, in Bernau von Mandatsträgern nicht nur nicht verurteilt, sondern auch noch verteidigt werden – während Kritiker als *»Nestbeschmutzer«* denunziert werden.

Die von uns zitierten Passagen stehen für sich und müssen in keinen Zusammenhang eingebettet und können somit auch nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden – im Gegenteil. Wer länger über einige der von Herrn Werner getätigten Aussagen nachdenkt und konsequent zu Ende bringt, wird erschrocken sein, welche Brisanz das relativ leicht daher Gesagte hat. Wir möchten im folgenden drei Beispiele exemplarisch beleuchten.

Wenn Herr Werner sagt, daß man die Geschichte des *»Dritten Reiches«* betrachten könne, wie man will, relativiert er dieses verbrecherische Regime, weil er den Raum zu einer anderen Interpretation öffnet. Denn wie kann man die Geschichte des größten Menschheitsverbrechens der Neuzeit alternativ sonst noch betrachten? Als aufrichtiger Demokrat kann man das *»Dritte Reich«* eben nicht betrachten, wie man will. Man muß es als das bezeichnen, was es war: Ein beispielloses Verbrechen an der Menschheit. Jeder, der nur in den Raum stellt, andere Interpretationen zuzulassen, verhöhnt Millionen Opfer (70 Millionen Kriegsopfer, darunter 6 Millionen Juden als Opfer des Rassismus, 3,5 Millionen ermordete Sowjetsoldaten etc.) und macht relativierende Aussagen von rechtsradikalen Kräften salonfähiger. Es sind solche Grenzverschiebungen des Sagbaren, vor denen der Verfassungsschutz regelmäßig warnt.

Auch die Verniedlichung eines Heeresbekleidungsamtes als angebliches *»Zivilobjekt«*, von dem angeblich keine ideologische Verblendung ausging und die Beschreibung, daß die Bernauer froh waren, Arbeitsplätze zu haben, kann und darf nicht unwidersprochen bleiben.

Alle Institutionen, die den Nazis unterstellt waren, folgten der faschistischen Ideologie und trugen zur Umsetzung ihrer radikalen Ziele und Vernichtungsfantasien bei. Ob in einem Heeresbekleidungsamt Uniformen für den verbrecherischen Krieg mit Knöpfen versehen werden oder in einer Waffenfabrik für diesen Krieg Granaten produziert wurden – beides diente den Kriegsverbrechen.

Auch die Aussage, daß Geschichte immer Geschichte der Sieger sei, ist nicht nur inhaltlich falsch, sondern dient ebenfalls der verharmlosenden Relativierung. Es suggeriert, es gebe noch eine inoffizielle Geschichte, die dann auch den Teil der Verlierer beinhalte. Solche Aussagen leisten nicht nur verwirrten Verschwörungstheoretikern und ewiggestrigen Revisionisten Vorschub, sondern stellen auch die seriöse Geschichtsforschung in ein zweifelhaftes Licht. Kein Ereignis der Neuzeit ist so gut von der Geschichtswissenschaft erforscht und aus allen möglichen Blickwinkeln beleuchtet worden, wie das *»Dritte Reich«* und der Zweite Weltkrieg. Vor diesem Hintergrund verbietet sich schon eine solche Aussage.

Diese drei Beispiele und unsere näheren Erläuterungen zu den Aussagen von Herrn Horst Werner sollten sich die im MOZ-Artikel genannten Stadtverordneten noch einmal genau anschauen und ihre Aussagen überdenken. Es darf noch nicht einmal der Anschein entstehen, als könne man unwidersprochen Verharmlosungen der NS-Zeit in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung von sich geben. Die StVV hat hier klar und unmißverständlich Stellung zu beziehen, muß dem Stadtverordneten Horst Werner eine Rüge aussprechen und die getätigten Aussagen verurteilen. Daß auf der Sitzung im Juni exakt das Gegenteil geschehen ist und sich namhafte Teile der Stadtverordneten mit Herrn Werner sogar solidarisierten, ist besorgniserregend und völlig inakzeptabel.

Erst recht vor dem Hintergrund, daß Herr Werner offenbar überhaupt keinen Fehler erkennen kann. Statt sich für die Aussagen glaubhaft zu entschuldigen, behält sich Horst Werner das Recht vor, rechtlich gegen uns vorzugehen. Besser kann man nicht belegen, daß sprachliche Sensibilität im Umgang mit dem *»Dritten Reich«* von ihm offenbar nicht gewünscht wird. Herr Werner sollte sich überlegen, ob er unter diesen Umständen geeignet dafür ist, die Bürger Bernaus in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten.

BERND C. SCHUHMANN und
Dr. BERND MEIßNER

Befreiung und Bücherverbrennung

Gedenken am 8. und am 10. Mai in Bernau

Bernau (bbp). Am 8. Mai erinnerte die Linkspartei in Bernau *»an das Ende des II. Weltkrieges 1945 und an die Befreiung Deutschlands vom Faschismus«*. Vertreterinnen und Vertreter von Stadtvorstand und Stadtfraktion gedachten am Sowjetischen Ehrenmal gemeinsam mit Niels-Olaf Lüders, dem linken Bundestagskandidaten im Wahlkreis 59 (MOL/BAR II) dem 8. Mai. *»Wir verstehen dies auch als wichtigen Beitrag für eine friedliche Welt und eine Welt frei von Rassismus und Faschismus«* sagte Martin Günther vom Stadtvorstand Bernau. *»Angesichts des Säbelrasselns durch das aktuelle Militärmanöver an den Grenzen Rußlands scheint uns ersteres besonders wichtig. Wir haben uns dieses Jahr entschlossen, zu keiner größeren Kundgebung aufzurufen, sondern rufen, wie auch das Netzwerk für Weltoffenheit und Toleranz, zum individuellen Gedenken am Sowjetisches Ehrenmal, Desserteursdenkmal, VVN-Mahnmal auf.«*

Zwei Tage später, am 10. Mai, gedachte Die Linke an den Tag der Bücherverbrennung 1933. Auf dem Platz am Steintor gab es eine Lesung von Autoren, deren Bücher durch die Faschisten verbrannt wurden. Die Linke Bernau wollte damit einmal mehr *»ein Zeichen gegen faschistische und neo-faschistische Umtriebe und für Weltoffenheit und Toleranz setzen«*.

Geplanter Völkermord

»Dem Russentum schwere Jahre«

Alfred Rosenberg, späterer *»Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«* schrieb am 20. Juni 1941, zwei Tage vor dem Überfall auf die Sowjetunion:

Wir führen nun aber heute nicht einen »Kreuzzug« gegen den Bolschewismus, allein um die »armen Russen« vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen ... Für alle Menschen, die in diese (eroberten Gebiete) gehen, bedeutet es, daß sie einer Riesenaufgabe dienen und daß sie Jahre härtester Kolonialarbeit auf sich nehmen. Es versteht sich von selbst, daß in der Gesetzgebung vorgesehen wird, daß ein Jahr im Osten gleichzusetzen ist mit vielleicht vier oder fünf Jahren im Reichsgebiet. Mit allen Mitteln ist diese schwere Arbeit zu fördern. Wir glauben aber, daß diese Arbeit, wenn sie einmal gelöst ist, nicht eine Lösung für kurze zeit darstellen wird, sondern hier tatsächlich Europa für immer weiter nach Osten gerückt ist.«

Zitiert nach: Manfred Weißbecker: »Illusion Großreich«, in: Junge Welt, 24.6.2021

Volksinitiative abelehnt

Geschenke an die Hohenzollern

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtags Brandenburg am 22. April dem Hauptausschuß die Ablehnung der Volksinitiative *»Keine Geschenke den Hohenzollern«* empfohlen.

Die Koalitionsfraktionen setzen ihren Schlingerkurs im Umgang mit dem Haus Hohenzollern fort. Sie erkennen zwar an, daß Abmahnungen gegen Wissenschaftler, Journalisten und Politiker keine Debatte befördern, die in die Öffentlichkeit gehört. Sie anerkennen auch, daß Historiker sich einig sind, was die erhebliche Vorschubleistung für den Nationalsozialismus betrifft. Die Koalitionsfraktionen lassen aber offen, ob das Land Brandenburg an bilateralen Verhandlungen mit dem Hause Hohenzollern teilnehmen oder auf der juristischen Klärung der Frage der erheblichen Vorschubleistung bestehen wird.

Ich halte dieses Hin und Her für unverantwortlich. Wenn wir den öffentlichen Zugang zu den in Rede stehenden Kulturgütern sichern wollen, braucht es eine klare Positionierung des Landes, wie sie in Berlin auf Initiative der Grünen, der LINKEN und der SPD erfolgt ist.

Für uns heißt das: keine Rückkehr an den Verhandlungstisch, schon gar nicht ohne juristische Klärung über die Würdigkeit der Hohenzollern. Außerdem muß die Debatte über potentielle Wohnrechte oder kuratorische Einflußnahme endgültig beendet werden.

ISABELLE VANDRE

Am 8. Mai in Biesenthal:

Auf dem Weg der Würde

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Das war das Ende des deutschen Faschismus und des Vernichtungskrieges, dem 70 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Auch Biesenthal war in dieser Zeit ein Ort des Grauens. Jüdische Menschen wurden entrechtet, enteignet und in Vernichtungslager deportiert und ermordet. Menschen aus ganz Europa wurden in Biesenthal interniert, um Zwangsarbeit zu verrichten und es gab ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen.

Biesenthal (bbp). Am Tag der Befreiung 2021 beteiligten sich etwa 30 Erwachsene und 15 Kinder an einer Fahrradtour durch Biesenthal. Dabei besuchten die Teilnehmer die sieben Gedenkstelen des *»Weges der Würde«* (www.zukunft-durch-erinnerung.de). Zudem legten sie auch am Denkmal der Opfer des Faschismus und am Haus in der Breiten Straße 59 einen Halt ein. *»Wir wollen uns an diese Geschichte erinnern und den Opfern gedenken«*, hieß es in der Einladung.

Am Denkmal der Opfer des Faschismus wurde unter anderem an das Schicksal der Wehrmachtsdeserteure erinnert. Im März oder April 1945 in Biesenthal erkundigten sich drei junge Wehrmachtssoldaten nach dem Weg Richtung Lobetal. Später fand man sie in einer Scheune an der Kirschallee erhangen, was als Strafe für Desertion gedeutet wurde.

Im Haus in der Breiten Straße 59 betrieb das jüdische Ehepaar Borchert ein Milch- und Buttergeschäft und wohnte dort mit ihren 3 Söhnen. Bis 1936 konnten sie ihr Geschäft halten. Die ganze Familie wurde von der Gestapo verhaftet, ins KZ Auschwitz deportiert und dort ermordet.

An der Stele für den niederländischen Diplomaten ADRIANUS MILLENAAR, der in der Neuen Mühle wohnte und vielen Zwangsarbeitern und KZ-Gefangenen half, wurde ein Grußwort seiner Tochter Adriana H. Millenaar Brown verlesen:

Liebe Biesenthaler Radfahrerinnen und Radfahrer!

Es macht mir große Freude, Euch zu begrüßen an diesem so bedeutungsvollen 8. Maitag 2021. Vor allem bin ich froh und sehr geehrt, daß Ihr an der Stele für meinen Vater, Adrianus Millenaar, halt macht und an ihn erinnert, der in den vierziger Jahren so viel, wie er nur konnte, den holländischen Zwangsarbeitern half. Diese Zwangsarbeiter und auch die Gefangenen, die im KZ Sachsenhausen sich nach Freiheit sehnten, hat mein Vater jahrelang versucht, irgendwie zu befreien, jedenfalls dies zu unterstützen.

Foto: WUKANIA

Gerne würde ich mit Euch fahren, so wie ich das damals 1942, '43 oder '44 versuchte als 4-, 5- oder 6-Jährige und ich auf ein erwachsenes, riesiges Fahrrad stieg und immer weiter trampelte, bis ich in den Stacheldraht fuhr und dann wie verrückt vor Schmerz schrie. Eine große Narbe habe ich noch immer am linken Arm.

Jetzt begrüße ich Euch und bin dankbar, daß Ihr Biesenthaler den Befreiungstag feiert und so die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Biesenthal und der Umgebung ehrt. Ich danke Euch und werde aus Amerika an Euch am 8. Mai denken.

Alles Gute und seid mit Frieden gesegnet.

Adriana H. Millenaar Brown

Die Stele mit einer Taube erinnert an das KZ-Außenlager, das sich zwischen Biesenthal und dem Hellsee befand.

Die Stadtchronistin der Stadt Biesenthal Gertrud Poppe, die mit ihren Recherchen die Gedenktour erst möglich gemacht hat, legte an jeder Stele eine Blume nieder.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

(www.wukania.net)

Zitiert: SPÄTER, IM VERLAUFE DES NÜRNBERGER PROZESSES, ERKLÄRTEN DEUTSCHE GENERÄLE IHREN SCHNELLEN ERFOLG IM OSTEN. DER EHEMALIGE CHEF DES WEHRMACHTFÜHRUNGSSTABES IM OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT VON DEUTSCHLAND GENERAL ALFRED JODL GAB ZU: »WENN WIR SCHON 1939 KEINE NIEDERLAGE ERLITTEN, DANN NUR DESHALB, WEIL UNGEFÄHR 110 FRANZÖSISCHE UND ENGLISCHE DIVISIONEN, WELCHE IN DER ZEIT UNSERES KRIEGES MIT POLEN IM WESTEN GEGEN 23 DEUTSCHE DIVISIONEN STANDEN, VÖLLIG INAKTIV BLIEBEN.«

WLADIMIR PUTIN in: »75 Jahre des Großen Sieges: unsere Verantwortung für die Geschichte und für die Zukunft«, Juni 2020
Übersetzung: Dr. WOLFGANG SCHACHT

Gedenken zum Tag der Befreiung 2021 in Bernau:

Ein Kämpfer und Soldat der Revolution

Mitglieder des Territorialen Bündnisses (TB) Bernau bei Berlin gedachten am 8. Mai 2021 auf dem »Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee« der an diesem Ort bestatteten Kämpfer und Bürger der Sowjetunion, die Opfer dieses Krieges wurden. Diesen widmeten die Autoren im TB eine kleine Publikation zu diesem Gedenkort, einem Denkmal des Landes Brandenburg. Während des Gedenkens am 8. Mai wurde an den Lebensweg eines Gefallenen der Roten Armee erinnert:

Oberst Nikolai Alexandrowitsch Mikhejew,

Artilleriekommandeur des 125. Schützenkorps der 47. Armee,
Grabstätte auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof der Stadt Bernau

Nikolai Alexandrowitsch Mikhejew wurde am 7. Januar 1900 als Kind einer Arbeiterfamilie in Petersburg geboren. Als 17jähriger erlebte er die Russischen Revolutionen vom Februar und vom Oktober 1917.

Kurz nach seinem 18. Geburtstag meldete er sich im Februar 1918 freiwillig zur Roten Arbeiter- und Bauernflotte in Petrograd. Im August des gleichen Jahres wechselte er zu der von Leo Trotzki aufgestellten Roten Armee. Er wurde Soldat im 2. Petrograder Kavallerieregiment bei Petrograd gegen die Weiße Armee des Generals Judenitsch. 1919 absolvierte er den 1. Petrograder Artillerie-Kommandostabskurs und kämpfte als Zugführer der berittenen Batterie des 1. leichten Artilleriebataillons an der Südfront gegen die Truppen der Generäle Denikin und Wrangel.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs diente er ab September 1921 in verschiedenen berittenen Artillerieabteilungen in der Ersten Kavalleriearmee des Nordkaukasischen Militärbezirks als stellvertretender Batteriekommandeur bzw. Adjutant. Nach dem Studium an der Kiewer Militärschule war er ab August 1926 Zugführer und schließlich Batteriekommandeur im Leningrader Militärbezirk.

Als es 1929 im Fernen Osten zu einem Grenzkrieg mit China um die Chinesische Ostbahn kam, wurde er im September zur neu aufgestellten Besonderen Rotbanner-Fernostarmee unter dem späteren Marschall Wassili Blücher versetzt. An den Kämpfen nahm er als Batteriechef im 4. Schützenregiment teil. Auch nach Ende des Grenzkonflikts blieb er im Fernen Osten. Nachdem er 1933 Fortbildungskurse an der Schule für Flugabwehrartillerie der Roten Armee in Sewastopol absolvierte, wurde er Stabschef der 4. selbständigen Luftverteidigungsdivision. Im August 1936 wurde er, inzwischen Hauptmann, zum Kommandeur des 8. Artilleriebataillons der Besonderen Fernostarmee ernannt.

Im Juni 1938 versetzte man ihn aufgrund der Reorganisation der Fernöstlichen Armee in den Ruhestand und erst im Juni 1940 kam er wieder in den aktiven Dienst als stellvertretender Kommandeur und ab April 1941 als Stabschef in Flakregimentern des Nordkaukasus-Militärbezirks. Anfang Juni 1941 wurde er zum Chef der Luftverteidigung der 19. Armee ernannt, die aus dem Stab und den Truppen des Militärbezirks aufgestellt wurde. Nachdem am 13. Juni Generalleutnant Iwan Stepanowitsch Konew den Befehl über die 19. Armee übernommen hatte begann die Verlegung der Truppen in die Ukraine. Der Armeestab blieb zunächst in der Reserve des Hauptquartiers und wurde Ende Juni 1941 an die Beresina verlegt und der Westfront unterstellt.

Bei Witebsk nahm die 19. Armee den Kampf gegen die vordringenden deutschen Armeen auf. Während der Verteidigungsschlacht von Smolensk wurde Nikolai Mikhejew verwundet.

Nach seiner Genesung war er im November 1941 Artilleriechef der 48. Schützenbrigade und nahm an den Offensivoperationen der Schlacht bei Moskau teil. Im März 1942 wurde er dann Chef der Artillerie der 360. Schützendivision in der 4. Stoßarmee der Kalininer Front, die im Oktober 1943 in 1. Baltische Front umbenannt wurde.

Ab Juli 1944 war Nikolai Mikhejew dann Chef der Artillerie des 125. Schützenkorps in der 47. Armee der 1. Belorussischen Front. In dieser Funktion nahm er an der Belorussischen Operation (Juli-August 1944) und der Weichsel-Oder-Operation (Januar-Februar 1945) teil und gehörte zu den Befreiern von Warschau. Im Februar und März 1945 kämpfte er in Ostpommern, um schließlich an der Schlacht um Berlin teilzunehmen.

Auch hier führte Oberst Nikolai Alexandrowitsch Mikhejew die Korpsartillerie des 125. Schützenregiments gekonnt und bewies persönlichen Mut. Im Zuge der Artillerievorbereitung bekämpften seine Artilleristen die tiefgestaffelten Verteidigungsanlagen westlich der Oder und unterstützten so den Durchbruch der feindlichen Verteidigung. In den nachfolgenden Gefechten führte er die Artillerieunterstützung der vorrückenden Korpseinheiten und organisierte eine mächtige Artillerieunterstützung für die Schützen und Panzer während des Angriffs auf die Stadt Potsdam.

Am 26. April 1945 ist er am Stadtrand von Potsdam gefallen, wie auch sein Korpskommandeur General Iwan Wassiljewitsch Dawydow. Beide sind auf dem Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee in Bernau bei Berlin bestattet und namentlich verewigt.

Oberst Nikolai Alexandrowitsch Mikhejew wurde am 31. Mai 1945 posthum mit dem Lenin-Orden geehrt.

Wir wissen, daß Nikolai Alexandrowitsch ein Kämpfer war. Ein Soldat der Revolution!

Arbeitskreis Gedenken
des Territorialen Bündnisses Bernau

(Die biographischen Angaben sind der russischsprachigen Seite warheroes.ru entnommen)

Unglaublich, *aber wahr!*

Es ist doch unglaublich, daß es Menschen in Deutschland gibt, die uns allem Anschein nach in einen 3. Weltkrieg stürzen wollen.

Das gab es ja schon mal – mit verheerenden und katastrophalen Auswirkungen, die wir nicht vergessen können. Mein großer Bruder wurde keine 18 Jahre alt und mein Vater starb ehe er 50 war.

Für den Kapitalismus in den Krieg zu ziehen, dazu ist niemand geboren. Es ist eine gute und großartige Leistung, daß die DDR mit dem Handel und Wandel ohne Krieg ausgekommen ist. Mein Sohn brauchte nicht die Uniform anziehen, um andere Völker zu überfallen. Kriege sind kein Naturgesetz. Sie sind menschengemacht und können verhindert werden. Es kommt auf die Menschen an, die den Kriegstreibern das Handwerk legen.

Ein Glück, daß es noch viele friedliche Menschen auf unserer Erde gibt. Der Frieden kann erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen. So haben wir das nach dem 2. Weltkrieg verstanden und mit allen Kräften die Erhaltung des Friedens gekämpft. Es geht darum, nicht zu vergessen.

Zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion haben wir in Berlin-Treptow am Sowjetischen Ehrenmal der vielen Opfer gedacht und unseren Befreiern gedankt. Viele Menschen waren da. Es war richtig feierlich. Sie kamen ohne große Aufforderung, sondern aus der inneren Überzeugung heraus, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf, und im konkreten Protest gegen jene Kräfte unter den heute Herrschenden, die das Gegenteil praktizieren.

Die Fahrt nach Berlin hatte sich für uns gelohnt. Wir haben mal wieder ein großes Stück Freundschaft erlebt – und für deren Erhalt beigetragen. Es bestärkt uns immer wieder.

NORBERT GLASKE

Offener Brief aus Klandorf an den Barnimer Landrat Daniel Kurth:

Und **plötzlich** *war der Ortsbeirat befangen*

Wie weit darf ein Bürgermeister das Gesetz beugen und wie lange darf der Landrat dabei zuschauen?

Foto: Kurt Oppermann

Die Klandorfer Dorfstraße soll ausgebaut werden. Entgegen von Denkmalschutzbelangen und entgegen dem erklärten Mehrheitswillen der Dorfbewohner. Dem Schorfheider Bürgermeister Wilhelm Westerkamp wird vorgeworfen, er habe mit Tricks und Kniffen die Beschlußfassung im Hauptausschuß der Gemeinde erschlichen.

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Herr Kurth, die Zeilen, die ich Ihnen hiermit übermittle, beruhen auf tiefsten Überzeugungen und Wertschätzungen. Nicht konventioneller Obrigkeitstreue, sondern demokratisch motivierter Redlichkeit möchte ich Raum geben und an Ihr Gewissen appellieren.

Der Beschluß des Hauptausschusses der Gemeinde Schorfheide zum Neubau der Dorfstraße in Klandorf ist rechtswidrig. Entsprechend der Kommunalverfassung Brandenburgs ist bei Investitionsvorhaben in den Ortsteilen der Ortsbeirat zu hören. Das ist hier nicht geschehen.

Die Mehrheit der Klandorfer ist gegen dieses Vorhaben. Daran ändert auch ein von der Gemeinde auf der jüngsten Einwohnerversammlung eingeholtes Meinungsbild nichts. Daß es eine Abstimmung geben wird, war erst im Verlauf der Versammlung bekannt gegeben worden. Am Ende aber gaben Stimmen den Ausschlag, die bereits einen Tag vor der Versammlung eingesammelt worden waren und nachträglich dem Ergebnis zugefügt wurden. Die Art und Weise, wie die Versammlung durchgeführt wurde, hat etliche Gäste entsetzt. Daß sich die Wahlleiterin der Gemeinde dazu hergab, auf Geheiß des Bürgermeisters ein solches Wahlverfahren wider allen demokratischen Regeln durchzuführen, dürfte nachhaltig das Vertrauen in die demokratischen Institutionen erschüttern.

Wer meint, daß der Verfahrensfehler der mangelnden Anhörung lediglich einer Nachlässigkeit entspringt, sieht sich bei näherer Betrachtung der Geschehnisse getäuscht. Er ist Teil einer ganzen Kette von Gesetzesbrüchen und Manipulationen zur Behinderung und Aushebelung demokratischer Prozesse, mit denen Bürgermeister und Ortsvorsteher den Klandorfern ihr ungeliebtes Projekt aufzwingen wollen.

So wurde bereits im Sommer 2020 mit den Planungen begonnen, im Herbst ein Förderantrag gestellt und 1,2 Millionen Euro für den Neubau zur Seite gelegt, bevor Gemeindevertreter und Öffentlichkeit im Januar 2021 im Bauausschuß erstmalig von dem Vorhaben Kenntnis erlangten. In der Tagesordnung wurde das Neubauvorhaben unter dem nichtssagenden Titel *»Vergabe von Planungsleistungen«* versteckt. Der eigentliche Beschlußantrag wurde erst zwei Stunden vor der Sitzung in das digitale Ratsinfosystem der Gemeinde eingepflegt, damit sich auch ja kein Einwohner Klandorfs in die Fragestunde des Ausschusses verirren würde, um die dargestellte Dringlichkeit (*»es müsse hier ganz schnell entschieden werden, da sonst Fördermittel verlustig gingen«*) als unredliche Manipulation enttarnen zu können. *»Jeder hätte doch wissen können, daß der Neubau geplant ist«*, so Bürgermeister Westerkamp, »es steht doch im Haushalt«.

Nur, daß die vorgesehenen Mittel für den Neubau im Haushalt unter der Dorfstraße nicht zu finden sind. Es wurde extra eine Fake-Straße in einem anderen Ortsteil erfunden und dieser die Mittel zugeordnet, um das Vorhaben möglichst lange geheim zu halten.

Defacto haben die Gemeindevertreter den Haushalt verabschiedet, ohne zu wissen, daß sie hier bereits Mittel für ein im Ortsteil abgelehntes Vorhaben freigeben. Der Auftrag wurde schließlich ohne öffentliche Ausschreibung an das Lieblingsbüro der Gemeindeverwaltung vergeben. Die Summe von 99.581 Euro wird sich absehbar nahezu verdoppeln, Vergaberecht damit gebrochen.

Sie, Herr Kurth, wurden von uns über all diese Vorgänge informiert. Sie versprachen uns, von der Unteren Kommunalaufsicht die Vorgänge auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen. Richtigerweise stellte die Untere Kommunalaufsicht fest, daß Entscheidungen, die ohne die erforderliche Anhörung des Ortsbeirates getroffen werden, nach herrschender Auffassung rechtswidrig sind. Im gleichen Atemzug wird jedoch vollkommen überraschend die Befangenheit des gesamten Ortsbeirates erklärt, um die Nichtanhörung im Nachhinein zu decken: *»Die Sach- und Rechtslage haben wir mit der Gemeindeverwaltung erörtert. Im Ergebnis gehen wir davon aus, daß in der Person von allen drei Ortsbeiratsmitgliedern ein Mitwirkungsverbot anzunehmen war und sie daher weder beratend noch entscheidend mitwirken durften.«*

Dies, Herr Landrat, ist ein starkes Stück. Denn weder die Betroffenen selbst, noch die Gemeindevertretung, noch der Bürgermeister haben die Befangenheit erklärt. Die wären vom Gesetz her dazu befugt, Ihre Behörde nicht. Auch wurde die Befangenheit in keiner Weise begründet, auch nach mehrmaliger Nachfrage nicht. Machen Sie sich bitte bewußt, daß Befangenheit, in solch einer unspezifischen Art und Weise unterstellt, auch etwas Ehrabschneidendes hat. Den Betroffenen muß zumindest in Form einer Rechtsbehelfsbelehrung aufgezeigt werden, wie sie sich gegen dieses staatliche Handeln wehren können – eine Grundfeste unseres Rechtsstaatssystems. Ohne

eine Rechtsbehelfsbelehrung ist dies staatliche Willkür. Gleichzeitig legitimieren Sie mit dieser Entscheidung die fortwährenden Rechtsverletzungen in unserer Gemeinde und ermuntern zur Fortsetzung der demokratiezersetzenden Politik.

Das bleibt nicht ohne Spuren in unserem Dorf. Auf der einen Seite wachsen Empörung und Betroffenheit, aber auch Verdruß gegenüber den demokratischen Institutionen. Auf der anderen Seite sagen Sie jenen, die gewählt wurden oder sich diesen verbunden fühlen, daß sie sich nicht mehr an Gesetz und Anstand zu halten brauchen. So fühlt sich Herr Pieper, Ortsvorsteher, Bauausschußvorsitzender und gleichzeitig auch Geschäftsführer der Schorfheider Agrar GmbH (SAG), an mehrfache Beschlüsse im Ortsbeirat, kein weiteres Bauland auszuweisen, nicht mehr gebunden und dringt in den Sitzungen mit der Firma, die von der Gemeinde mit der Erstellung eines Leitbildes beauftragt wurde, auf die Ausweisung eines 2 ha großen Flurstücks zu Bauland, dessen Eigentümer die SAG ist. Dieses Grünland im Biosphärenreservat hat die Schorfheider Agrar GmbH zur Sicherung ihrer Wirtschaftlichkeit zu Vorzugskonditionen von der Nachfolge-Treuhand-Gesellschaft erworben. Der Bürgermeister findet nichts dabei. Die Aufklärung dieses »*Geschäfts*« versuchte er unter Hinweis auf den Datenschutz zu verhindern. So sind offenbar seine Vorstellungen von der Führung einer Gemeinde.

Die ganze Entwicklung hat dem Frieden im Dorf extrem geschadet. Beleidigungen und Herabwürdigungen sind an der Tagesordnung. Herr Eckeberg, einer der Ortsbeiräte, ist aus Betroffenheit über die gesamte Situation, auch der ausgesprochenen Befangenheit, zurückgetreten. Einem Einwohner, welcher sich kritisch zur Informationspolitik von Herrn Pieper geäußert hatte, war anonym angedroht worden, sein Dach anzuzünden. In Sorge um seine Familie traut er sich inzwischen nicht mehr, sich öffentlich zur Sache zu äußern. Wir stehen hier im Dorf kurz vor einer Katastrophe. Und das Herr Landrat, ist auch Ihre Verantwortung!

Mit zwei Appellen möchte ich dieses Schreiben beenden:

Bitte machen Sie sich bewußt, daß Sie mit Ihrem Handeln und Ihren Entscheidungen auch stellvertretend für eine altehrwürdige Partei, die SPD, deren Mitglied Sie sind und die manchem sehr am Herzen liegt, wahrgenommen werden.

In unserem persönlichen Gespräch gaben Sie an, das Handeln der Herren Pieper und Westerkamp sei durch das Votum der Bürger zu ihrer Wahl gerechtfertigt. Nein! Auch unsere gewählten Vertreter sollten klar mehrheitlich geäußerte Meinungen ihrer Bürger respektieren und müssen sich an Gesetze halten. Nehmen Sie Ihre Aufsichtsfunktion wahr und kehren Sie in unserem Landkreis zur Rechtsstaatlichkeit zurück!

KURT OPPERMANN

Postenrochade *vollzogen*

Wahlen im Hauptausschuß Bernau

Mit der Wahl des Linken-Fraktionsvorsitzenden Rabe zum neuen Vorsitzenden des Bernauer Hauptausschusses schließt sich der Kreis des von CDU, Linken und SPD organisierten Postenklüngels. Wie schon bei der Abwahl des StVV-Vorsitzenden Péter Vida und der Neubesetzung der Funktion durch den CDU-Ortsvorsitzenden Sauer (BBP 4/2021) wurde auch bei der Neubesetzung des Hauptausschuß-Vorsitzes die Öffentlichkeit im Vorfeld über die Personalie im Dunkeln gelassen.

So wurde zunächst im März der Wahlsieger in einer einmaligen Aktion von der Funktion des Vorsitzenden der SVV abgewählt und durch den Wahlverlierer von der CDU ersetzt. Dieser räumte sodann seinen Posten als Hauptausschuß-Vorsitzender, um – entsprechend der Absprache zwischen CDU, Linken, SPD – für den anderen Wahlverlierer von den Linken Platz zu machen. Damit hat ein aus CDU, Linken und SPD gebildetes Bündnis die wichtigsten Funktionen der Stadt neu aufgeteilt. Entgegen allen demokratischen und parlamentarischen Traditionen wurde dabei der Wahlsieger BVB/Freie Wähler durch eine Allianz der Wahlverlierer ausmanövriert.

Das Pikante: Durch die Rochade kontrollieren die Linken nun neben der Stadtverwaltung sogar 2 von 4 Ausschüssen, obwohl sie mit einem massiven Stimmenverlust bei der Wahl 2019 der größte Wahlverlierer waren. Niemals zuvor wurde so offensichtlich und schonungslos das Wählervotum ignoriert. Die Entscheidung der Bürger von Bernau, die im Jahr 2019 zweimal BVB/Freie Wähler insgesamt und Péter Vida in Person zum Wahlsieger gemacht haben, wird mit Füßen getreten. Dabei schieben sich die genannten Parteien die Posten zu, ohne auch nur einmal die Bevölkerung befragt zu haben. Das ist genau die Form an Machtpolitik, Klüngelei und Intransparenz, die immer mehr Bürger ablehnen.

Doch nicht nur das: Dem Vernehmen nach gehört zum CDU-Linke-SPD-Deal auch, daß im Gegenzug die CDU auf einen Bürgermeisterkandidaten zugunsten von Stahl verzichtet, um so die Wiederwahl des Linken-Rathauschefs im kommenden Jahr zu sichern. Die SPD ist wohl ohnehin schon mit im Bürgermeisterkandidaten-Pakt.

Die Beteuerungen der CDU und der Linken, nicht Initiatoren der Abwahl des StVV-Vorsitzenden gewesen zu sein, waren schon damals unglaubwürdig und erweisen sich nunmehr als glatte Täuschung der Öffentlichkeit. Denn nur sie profitieren von diesem offenkundig von langer Hand geplanten, machtpolitischen Interessen dienenden Manöver. Daß die Antragsteller weder im Vorfeld noch während der Sitzung in der Lage oder willens waren, den Abwahlantrag zu begründen, sprach dabei Bände. Die Bernauer Bürgerschaft muß über diesen Vorgang an Postenrochade auf dem Rücken des Wahlsiegers in Kenntnis gesetzt werden. Es kann keine vom Wählerwillen entkoppelte Stadtpolitik geben, die versucht, den Mantel des Schweigens über ihr Handeln zu legen.

BVB/Freie Wähler stehen für eine basisdemokratische, das Wahlergebnis respektierende Ämterbesetzung und eine regelmäßige Rückkopplung der politischen Entscheidungen bei den Bürgern. Insbesondere in Fragen der Infrastruktur und Stadtentwicklung braucht es mehr Mitsprache der Betroffenen. Eine transparente Kommunikation über Inhalte und Personen ist hierfür Grundvoraussetzung.

THOMAS STRESE, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler in der StVV Bernau

Freie Wähler unterstützen CDU

Bernau (bbp). Die Freien Wähler Brandenburg verzichten im Wahlkreis 59 (MOL/BARII) auf einen eigenen Direktkandidaten zur Bundestagswahl im September und unterstützen die CDU-Kandidatin SABINE BUDER.

Die Entscheidung sei nach langen Beratungen und Abwägungsprozessen gefallen, so JÖRG ARNOLD, Spitzenkandidat der Freien Wähler Brandenburg. Die CDU-Kandidatin habe die besten Aussichten, den Wahlkreis direkt zu gewinnen. Ein eigenes Antreten mit einem Kandidaten der bürgerlichen Mitte könnte zu einer Splittung der Stimmen führen.

Triebfeder für die Unterstützung sei, *»daß die Biesenthaler Tierärztin sowohl von ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung als auch ihrer persönlichen Integrität her die richtige Bundestagsabgeordnete für unsere Region sein wird«*. Im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Arbeit habe sie gezeigt, Bürgerinteressen stets über Parteiinteressen zu stellen. *»Als freiberuflich tätige Unternehmerin und Mutter von vier Kindern stellt sie zudem täglich unter Beweis, wie man erfolgreich Arbeitsbelastung und Herausforderungen meistern kann. Die Freien Wähler sind überzeugt, daß sie eine ehrliche Sachwalterin der Bürgerinteressen unserer Region im Bundestag sein wird.«*

Der Landtagsabgeordneter Péter Vida sagt: *»Ich kenne Sabine Buder seit der Schulzeit. Sie bringt das nötige Rüstzeug für die Arbeit in der Bundespolitik mit: Ehrlichkeit, Hartnäckigkeit, Ausdauer. Mit ihr gewinnen Region und Menschen eine durchsetzungsstarke Stimme in Berlin. Daher werbe ich dafür, sie mit der Erststimme zu wählen.«*

Die Empfehlung beziehe sich nur auf die Erststimme, wird betont. Um die Zweitstimme, die maßgebliche Parteistimme, seien die Freien Wähler auch im Wahlkreis 59 wählbar. Ziel sei es, bundesweit die 5%-Hürde zu knacken.

Ganzheitliche Ernährung (8)

Viele Menschen lieben die verführerische Süße von Zucker, obwohl wir genau wissen, daß uns zu viel Zucker gesundheitlich schaden kann (siehe Teil 7 dieser Reihe). Zucker findet sich *fast überall* in unserem Essen, nicht nur in gesüßtem Kaffee oder Tee oder in zuckerhaltigen Limonaden, sondern auch in Gewürzgurken oder der Tiefkühlpizza, im Krautsalat, in Tütensuppen und erst recht im Müsli, im Fruchtjoghurt und in Dosenfrüchten. Diese Liste läßt sich beinahe unendlich verlängern. So sind etwa 80% aller Lebensmittel, die wir im Supermarkt kaufen, gezuckert!

Kurzfristig macht uns Zucker glücklich, da er unser *Belohnungssystem* im Gehirn aktiviert. Dies führt dazu, daß wir Süßes konsumieren, obwohl wir eigentlich schon satt sind. Ursachen dafür können Lust oder Frust sein oder auch Streß. Leider gewöhnen wir uns zu schnell an den süßen Geschmack und kommen dann davon kaum mehr los. Zucker wird für viele zu einer Art von Sucht. Spätestens hier beginnt es für unsere Gesundheit, sehr gefährlich zu werden. Im Durchschnitt konsumieren wir 100 Gramm Zucker pro Tag, die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt maximal 25 Gramm pro Tag (das sind ca. 6 Teelöffel), die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hält 50 Gramm pro Tag für vertretbar. Die genannten Mengen beziehen sich auf sogenannten *freien Zucker*, also im engeren Sinne Industriezucker. Nicht gemeint ist die natürliche Süße, die Milch oder Obst von Natur aus enthalten.

Unser Zuckerkonsum ist im Durchschnitt viel zu hoch, die Folgen *sind schwerwiegend*, im wahrsten Sinne des Wortes: *Übergewicht, Diabetes Typ 2 und Herzinfarkt drohen*, zumindest steigt das Risiko für die genannten Krankheiten rasant an. Zuviel Zucker führt direkt oder indirekt zu weiteren Krankheiten, wie Karies, Bluthochdruck, Fettleber, Nierenschäden oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Wie kann es gelingen, im Alltag mit möglichst wenig Industriezucker auszukommen? Wie können wir unsere Speisen auf natürliche Artsüßen? Wie kann es gelingen, uns den Süßgeschmack abzugewöhnen? Sind *Zuckeraustauschstoffe* wie Stevia, Xylit (Birkenzucker) oder Erythrit die Lösung? Oder lieber auf *Süßstoffe* wie Aspartam, Cyclamat oder Saccharin setzen? In Teil 9 erfahren Sie die Antworten auf diese Fragen. Nur so viel sei bereits verraten: Zuckerverzicht ist kein Genußverzicht.

Am schnellsten verändern Sie ihre Gewohnheiten, indem Sie bereits beim Einkauf zu frischen und unverarbeiteten Lebensmitteln greifen und möglichst oft das Essen selbst zubereiten. Wenn Sie sich bei den Mahlzeiten richtig satt essen, also möglichst viel Gemüse zu sich nehmen und für genügend Eiweiß (Teil 5 dieser Reihe) und gute Fette (Teil 6 dieser Reihe) sorgen, dann kommt erst gar kein Heißhunger auf Süßes auf. Dadurch ersparen Sie sich die meist süßen Snacks zwischen den Mahlzeiten.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Der gläserne Wähler

Zur repräsentativen Wahlstatistik im Wahlkreis 57

Wie der Wahlleiter vom Landkreis Uckermark mitteilte, sind 18 Wahlbezirke im Bundestagswahlkreis 57 (Uckermark/Barnim I) von der *»repräsentativen Wahlstatistik«* betroffen. Rechnet man mit etwa 1.000 Wahlberechtigten pro Bezirk, werden also im Wahlkreis 57 rund 18.000 Wählerinnen und Wähler einen Aufdruck mit Geschlecht und *»Alterskohorte«* (z. B. 18-30 Jahre) oben auf ihrem Wahlzettel haben.

Im Internet wird diese Maßnahme z. B. unter https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/informationen-waehler/rws.html begründet: es geht um die statistische Analyse des Wahlverhaltens, der altersmäßigen Wählerwanderung und der Wahlbeteiligung.

Diese Statistik ist *»amtlich«*, daher kann man sich kaum entziehen. Wer aber lieber nicht als *»18-30 jähriger Mann«* oder *»30-50 jährige Frau«* im eigenen Wahlbezirk statistisch analysiert werden möchte, muß rechtzeitig einen Wahlschein (z.B. zur Briefwahl) beantragen.

Seitens der Organisatoren wird hoch und heilig betont, das Wahlgeheimnis sei gewährleistet. Doch sollte jeder Betroffene rechtzeitig Bescheid wissen.

STEPHAN FISCHER

Im WK 57 sind für die repräsentative Wahlstatistik folgende Wahlbezirke vom Statistischen Bundesamt gewählt worden:
– Gemeinde Althüttendorf, Wahlbezirk 01
– Stadt Eberswalde, Wahlbezirk 13
– Stadt Eberswalde, Wahlbezirk 20
– Gemeinde Marienwerder, Wahlbezirk 02
– Gemeinde Schorfheide, Wahlbezirk 07
– Gemeinde Wandlitz, Wahlbezirk 02
– Gemeinde Wandlitz, Wahlbezirk 03
– Gemeinde Wandlitz, Wahlbezirk 08
– Gemeinde Wandlitz, Wahlbezirk 14
– Stadt Angermünde, Wahlbezirk 04
– Stadt Angermünde, Wahlbezirk 06
– Gemeinde Boitzenburger Land, Wahlbezirk 01
– Stadt Brüssow, Wahlbezirk 01
– Stadt Prenzlau, Wahlbezirk 12
– Stadt Schwedt/Oder, Wahlbezirk 14
– Amt Biesenthal-Barnim, Briefwahlbezirk 9051
– Stadt Lychen, Briefwahlbezirk 9110
– Stadt Prenzlau, Briefwahlbezirk 9062

Die genannten Urnen- und Briefwahlbezirke werden öffentlich bekannt gemacht. Die Wählerinnen und Wähler werden am Wahltag bzw. bei Versendung der Briefwahlunterlagen auf die statistische Erhebung hingewiesen. Das Wahlgeheimnis kann sichergestellt werden.

ROBERT RICHTER, Kreiswahlleiter BT WK 57 (Uckermark / Barnim I)

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di):

Gegen Liberalisierung der Ladenöffnung

Den neuerlichen Versuchen von Handelslobbyisten, die noch bestehenden Verkaufsverbote am Sonntag aufzuheben, erteilt auch der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg eine klare Absage: *»Die Auseinandersetzungen um die Ladenöffnung am Sonntag dauern schon lange an, große Firmen haben seit langem ein Interesse daran, daß die Verkaufszeiten vollständig liberalisiert werden. Jetzt muß die Coronakrise als Argument herhalten«*, sagt Landesbezirksleiter Frank Wolf vom ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Hier geht es großen Anbietern darum, ihren Anteil am Umsatz zu vergrößern, indem sie auch am Sonntag öffnen wollen. *»Wir fürchten, daß viele kleinere Händler da nicht mithalten können, weil sie nicht das notwendige Personal vorhalten. Am Ende würde aus unserer Sicht eine Wettbewerbsverzerrung stehen«*, so Frank Wolf.

In Berlin und Brandenburg gebe es bereits sehr weitgehende Ladenöffnungsgesetze. Lediglich der Sonntag sei aus guten Gründen geschützt. Dennoch dürfen an bis zu zehn Sonntagen z.B. in Berlin Geschäfte nach behördlicher Genehmigung zusätzlich öffnen.

Daß dem Schutz des Sonntags ein hoher Wert zugemessen wird, zeigen die vielen Gerichtsurteile, die in den vergangenen Jahren wegen der Sonntagsöffnung gefällt wurden. Immer wieder wurde die Sonntagsöffnung durch Gerichte untersagt, weil behördliche Genehmigungen nicht korrekt und gesetzeskonform erteilt wurden.

»Es ist gut und richtig, daß der Sonntag besonders geschützt wird und die Geschäfte bis auf die gesetzlich vereinbarten Ausnahmen geschlossen bleiben. Die Beschäftigten, die nicht gerade zu den Spitzenverdienern in unserer Gesellschaft gehören, müssen vor weiteren ungünstigen Arbeitszeiten geschützt werden. Im Einzelhandel arbeiten über 70 Prozent Frauen, der weitaus größte Teil von ihnen in Teilzeit. Das Arbeiten am Wochenende behindert das Familienleben und erschwert soziale Kontakte«, ergänzt der ver.di-Landesbezirksleiter sein Votum gegen weitere Öffnungen.

Die ökonomische Situation im Einzelhandel nach der Pandemie ist nicht einheitlich, Teile der Branche haben gute bis sehr gute Umsätze gemacht. Andere Teile – zu ihnen gehören z.B. Textilhändler – mußten herbe Verluste hinnehmen. Es sei klar, daß die Corona-bedingten Umsatzverluste nicht durch Sonntagsöffnungen ausgeglichen werden können. Hinter den jetzt wieder erhobenen Forderungen nach vollständiger Liberalisierung der Öffnungszeiten stecken andere Interessen.

Frank Wolf: *»Die Position der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ist klar: Wir stehen auch weiterhin im Interesse der Beschäftigten für den shoppingfreien Sonntag!«*

ANDREAS SPLANEMANN

»Microsoft 365« für Schulen unzulässig

Im Baden-Württemberg des bündnisgrünen Ministerpräsidenten WINFRIED KRETSCHMANN wollte die damalige Kultusministerin Dr. SUSANNE EISENMANN (CDU) das *Softwarepaket Microsoft 365* in die digitale Bildungsplattform des Landes integrieren. *Microsoft 365* ist cloudbasierte Software, die faktisch nicht gekauft, sondern lediglich für einen bestimmten Zeitraum gemietet wird. Von Vorteil sind die möglichen Nutzungen von den verschiedensten Hardwareplattformen.

Von Nachteil ist die Abhängigkeit von der Firma Microsoft, in die man sich begibt. Für den Bildungssektor bietet Microsoft die Software relativ preiswert an. Nicht zuletzt, weil der Softwarekonzern auf den Gewöhnungseffekt spekuliert, wenn die Schülerinnen und Schüler die Microsoftprogramme im Unterricht verwenden. Die Kultusministerin erhielt dafür von der Initiative digitalcourage den BIGBROTHERAWARD 2020.

Nach ausgiebiger Prüfung hat der baden-württembergische Landesdatenschutzbeauftragte festgestellt, daß *Microsoft 365* **nicht zulässig** für den schulischen Einsatz ist. Allerdings will der zuständige Leiter der Stabsstelle Digitale Bildungsplattform RALF ARMBRUSTER dennoch an dem Geschäft mit Microsoft festhalten. Dabei gibt es genügend Opensource-Alternativen, die nicht nur preiswerter, sondern datenmäßig auch weitaus sicherer sind.

(bbp – nach Infos von Digitalcourage e.V.)

Schufa-Spanner *gestoppt!*

Die Schufa hat ihren Plan gestoppt, Millionen Kontoauszüge zu durchleuchten. Über 380.000 Menschen hatten zuvor den gemeinsamen Appell von Digitalcourage und Campact an die Schufa unterzeichnet. Mit Sandwich-Plakaten, auf denen nackte Körper zu sehen waren, demonstrierten wir vor der Schufa-Zentrale in Wiesbaden und forderten: *»Schufa, mach Dich selber nackig!«* (BBP 3/2021)

Christoph Bautz vom Campact-Vorstand sagt: *»Wenn Protest wirkt, ist das ein herrliches Gefühl. Es zeigt, daß wir Bürgerinnen und Bürger viel Macht haben, wenn wir uns zusammentun. Das Erfolgsrezept von Campact: Wir starten nicht nur Online-Appelle und Kampagnen in den sozialen Medien, sondern unser Protest ist auch außerhalb des Internets sichtbar – vor der Schufa-Zentrale genauso wie andernorts.*

Foto: CAMPACT

Weil Demonstrationen mit hunderttausenden Menschen aktuell nicht möglich sind, setzen wir verstärkt auf kleinere, aufsehenerregende Protestformen mit Maske und Abstand. Aber auch auf eMail- oder Telefon-Aktionen. Und wir probieren immer wieder Neues aus – wie zum Beispiel die Hologramm-Demo für die Agrarwende. Hier haben wir vor dem Bundestag einen Vliesstoff gespannt, auf den die Teilnehmenden projiziert wurden. Zu den verschiedenen Themen arbeiten wir mit vielen Partnern zusammen.

Mit ihnen zusammen bündeln wir unsere Kräfte und schließen uns zu Bündnissen zusammen, wie etwa mit Digitalcourage, LobbyControl, Greenpeace oder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).«

Bündnis mit Online-Bürgersprechstunde

Am 28. Mai richtete unsere Fraktion die erste Online Bürgersprechstunde in unserer Stadt aus und konnte viele Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner beantworten. Daß dieses Format den Zahn der Zeit trifft, konnten wir der Flut an Anfragen entnehmen. Dafür möchten wir uns herzlich bei allen Teilnehmern bedanken. Alle offenen Bürgeranliegen, die in der Sprechstunde nicht beantwortet worden sind, werden in Kürze schriftlich beantwortet.

Unsere nächste Sendung wird dann im Spätsommer durchgeführt, zu der Sie Ihre Anfragen wieder an unsere Fraktionsadresse per Post oder gern auch als Email zusenden können.

Daß die steigenden Grundstückspreise in unserer Stadt nicht nur bei uns, sondern auch bei vielen Eberswalder Familien ein beunruhigendes Gefühl auslösen, konnten wir als Hauptanliegen in unserer Bürgersprechstunde feststellen. Es wurde dabei auf ein Einheimischen-Modell bei der Grundstücksvergabe verwiesen, um dadurch den enormen Preisanstieg durch auswärtige Bieter entgegen zu wirken. Gern möchten wir dieses Thema aufgreifen und zur Diskussion in die Fachausschüsse mitnehmen. Hier sollte definitiv eine einvernehmliche Lösung gefunden werden, um das Bietersystem für alle Seiten gerecht zu gestalten.

VIKTOR JEDE, Bündnis Eberswalde

Ganzheitliche Ernährung (9)

Viele Menschen lieben die verführerische Süße von Zucker, obwohl wir genau wissen, daß uns zu viel Zucker gesundheitlich sehr schaden kann (siehe Teil 7 und 8 dieser Reihe).

Doch wie kann es gelingen, den Alltag mit *möglichst wenig* Industriezucker zu gestalten? Wir sollten immer bedenken, Haushaltszucker gehört nicht zu den Grundnahrungsmitteln. Die allermeiste Zeit der Menschheitsgeschichte gab es keinen Haushaltszucker. Zwar sind das Gehirn und andere Organe auf Glukose angewiesen, der Körper ist jedoch in der Lage, diese aus anderen Nahrungsmitteln wie Kartoffeln, Brot oder Gemüse selbst zu produzieren.

Ein Leben ohne Zucker ist ohne weiteres möglich. Ohne Zucker zu leben, ist *keine Strafe*, sondern reine Gewohnheit. Die *Belohnungen*, die auf Sie warten, sind groß: bessere Zähne, weniger Gewicht, schönere Haut und dazu ein deutlich verringertes Krankheitsrisiko. Keine Angst, auch in Zukunft müssen Sie sich nicht 100% zuckerfrei ernähren. Das ist im Alltag ohnehin kaum zu schaffen. Es geht darum, ein *Bewußtsein für Ihren persönlichen Zuckerkonsum* zu entwickeln. Deshalb sollten Sie immer genau die *Nährwertangaben* auf den Lebensmitteln anschauen. Und denken Sie daran: Zucker hat viele Namen (siehe Teil 7). Es ist deutlich gesünder, Obst zu essen als Obstsaft zu trinken. Obst enthält außer Zucker viele sättigende Ballaststoffe. *Zuckerfallen* sind z.B. Limonaden, Fertiggerichte, Obstsäfte, Dosenfrüchte, Cornflakes, Müsli oder auch Fruchtjoghurt. Aber auch Fertigsalate, Fertiggemüse, Ketchup und Dressings zählen zu den Zuckerfallen.

Sind dann *Süßstoffe* wie z.B. Aspartam oder Saccharin die Lösung? Süßstoffe sind praktisch kalorienfrei und oftmals deutlich süßer als Zucker, haben aber meist einen Beigeschmack. Allerdings kommen viele Studien zu dem Schluß, daß künstliche Süßstoffe mit denselben Risiken verbunden sind wie ein hoher Zuckerkonsum. So ist die Zahl der stark übergewichtigen Menschen seit der Einführung von sogenannten *»Diät-Erfrischungsgetränken«* stark angestiegen. Oft wird das Gefühl, Kalorien eingespart zu haben, genutzt, um an anderer Stelle deutlich mehr zu essen. Aber das ist kontraproduktiv.

Sind dann *alternative Süßungsmittel* wie z.B. Birkenzucker, Erythrit oder Stevia eine gute Lösung? Wie gesund diese sind, ist stark umstritten. Das Bundesinstitut für Risikobewertung hält diese für unbedenklich, sofern die angegebenen Höchstmengen nicht überschritten werden. Allerdings wird z.B. Schwangeren von einem übermäßigen Verzehr abgeraten.

Nutzen Sie stattdessen lieber natürliche Alternativen zum Backen und Kochen wie Honig, Apfeldicksaft, Birnendicksaft, Zuckerrübensirup, Ahornsirup, Kokosblütenzucker oder frische Früchte und Beeren.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)
Fragen zum Thema? Schreiben Sie an: willkommen@hinneberg.info

Staatliche »Aufarbeitung« der DDR-Landwirtschaft:

Kritisch ja – aber bitte auch sachlich!

Die »*Märkische Oderzeitung*« (MOZ) widmete sich am 17. Juni der DDR-Landwirtschaft. Und zwar in Form eines Interviews mit JENS SCHÖNE, seines Zeichens stellvertretender Leiter des »*Berliner Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur*«. Über die DDR sei in den vergangenen Jahrzehnten viel geforscht und geschrieben worden, heißt es einleitend zu dem Interview mit Schöne. »*Neben der Auseinandersetzung mit der Stasi ging es um Industrie, Architektur, Kunst, NVA oder auch um ein Urlaubsschiff. Wenig aber wurde zur Landwirtschaft und dem Leben auf dem Lande gesagt. Dem wollen Historiker ein Ende setzen.*«

JENS SCHÖNE kam 1970 in Staßfurt (Bezirk Halle, heute Sachsen-Anhalt) auf die Welt. In der DDR absolvierte er eine Berufsausbildung zum Facharbeiter für Tierproduktion, bevor er in den 90er Jahren Neue und Neueste Geschichte an der Berliner Humboldtuniversität studierte. Sein Berufsleben begann nach der Promotion 2004 bei der »*Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*«. Zwei Jahre später wechselte Schöne zum Berliner »*Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik*« wechselte, dessen Stellvertreter er 2007 wurde.

Der Mann hat also Ahnung, darf man unterstellen. Aber er hat auch einen klaren Auftrag, nämlich die »*SED-Diktatur*« aufzuarbeiten. Also spricht er in dem MOZ-Interview über den »*tragischen Untergang der DDR-Landwirtschaft*«. Mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR werden die Zeitzeugen rar und die staatlichen Geschichtsaufarbeiter mit ihren gut ausgestatteten Behörden im Hintergrund erringen das Geschichtsdeutungsmonopol. Aber noch gibt es Menschen, die die Zeit zwischen 1945 und 1990 im Osten Deutschlands miterlebt und mitgestaltet haben.

Dr. HELMUT KOCH, inzwischen 99 Jahre alt, ist einer von ihnen. Von 1945 bis 1952 zeichnete er sich im Kreis Gera und später im Land Thüringen für die Erfassung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und für die Versorgung verantwortlich. Von 1952 bis 1976 war er in der DDR-Regierung für den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Nahrungsgüterwirtschaft sowie für die volkseigenen Güter und die Kombinate für industrielle Mast zuständig. Zuletzt als stellvertretender Minister. Aufgrund von Meinungsunterschieden mit Vertretern der Parteiführung der SED zur Landwirtschaftspolitik wurde Helmut Koch 1976 als Aufbauleiter des Schlacht- und Verarbeitungskombinates Eberswalde (SVKE) in Britz aus Berlin wegdelegiert. Nach dem Aufbau des Betriebes blieb er bis zur Rente 1987 Generaldirektor des Kombinates.

»*Das Interview enthält eine Mischung von berechtigten kritischen Feststellungen, aber leider auch plumpen Unwahrheiten und falschen Darstellungen*«, stellte Helmut Koch nach dem Lesen des MOZ-Beitrages fest. Seine Sicht hat er nicht nur der Leserbriefredaktion der MOZ übermittelt, die Ende Juni daraus Auszüge veröffentlichte, sondern auch der »*Barnimer Bürgerpost*« zur Verfügung gestellt. Nebenstehend die ungekürzte Version seines Leserbriefs:

Leserbrief zum MOZ-Artikel vom 19./20. Juni 2021, »*Interview – So etwas gab es in keinem anderen Land des Ostblocks*«:

Die Entwicklung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft nach 1945 war und ist noch dadurch geprägt, das klein- und mittelbäuerliche Betriebe verschwinden oder aufgeben, während dafür große Produktionseinheiten mit bedeutend höherer Arbeitsproduktivität in Verbindung mit der Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse entstehen. In den beiden deutschen Staaten geschah dies auf sehr unterschiedlichen Wegen.

In der DDR war dieser Prozeß neben der Aufklärung vor allem durch die Entwicklung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die spätere Entwicklung von staatlichen Kombinaten der industriellen Mast durch politische und administrative Maßnahmen gekennzeichnet, während sich der Prozeß in der alten BRD unter den Bedingungen der »*freien*« Marktwirtschaft unter wirtschaftlichem Zwang vollzog und dort noch im Gange ist.

Es ist unbestritten, daß insbesondere bei der Bildung der LPG politischer Druck und auch Zwang ausgeübt wurde. Bei dieser berechtigten Kritik wird aber leider verschwiegen, daß viele einzelbäuerliche Gegner der damaligen Entwicklung gute Genossenschaftsbauern mit für sie günstigeren Arbeitsbedingungen geworden sind, die auch wesentliche Steigerungen der Produktion erreicht haben. Hinzu kommt eine gesellschaftlich positive Entwicklung in den Dörfern, die sich heute viele zurückwünschen. Denn die LPG verkörperten nicht nur die wirtschaftlich stärkste Kraft in den Dörfern, sondern sie waren auch direkt oder indirekt die Träger vieler sozialer und kultureller Einrichtungen. Das ist die ganze Wahrheit!

Foto: GERD MARKMANN

Auch die heutige Realität in der deutschen Landwirtschaft sowohl im Westen als auch im Osten ist davon geprägt, daß viele Landwirtschaftsbetriebe sich ausschließlich auf die Pflanzenproduktion spezialisiert haben, während andererseits immer mehr große Mastbetriebe ohne eigenem Futteranbau entstehen. Vor allem gegen letztere gibt es häufigen Widerstand der verschiedensten Bürgerinitiativen (zum Teil erfolgreich, wie z.B. in Haßleben/Uckermark).

Politische und wirtschaftliche Maßnahmen werden bekanntlich an konkreten Ergebnissen gemessen. Dazu ist sachlich festzustellen, daß in der Umgestaltungszeit von 1952 bis 1964 die Produktion von Schlachtvieh von 787.000 Tonnen auf 1.248.000 Tonnen und die Milchproduktion von 2.753.000 Tonnen auf 5.665. 000 Tonnen angestiegen ist. Die Produktion von Geflügel (zum Beispiel von Goldbroilern) und Frischeiern wurde durch die staatlichen Kombinate für industrielle Mast vervielfacht. Wenn Herr Schöne, zu positiven Ansätzen in der DDR-Landwirtschaft gefragt, nur antwortet, »*oh, da muß ich nachdenken*«, so muß ich ihm zumindest grobe Unkenntnis unterstellen.

Berechtigte Kritik übte er an den Übertreibungen bei der Trennung von Feld- und Viehwirtschaft. Aus der Kenntnis der Sachlage ist jedoch festzustellen, daß nicht das Politbüro-Mitglied GERHARD GRÜNEBERG, sondern der Abteilungsleiter für Landwirtschaft BRUNO KIESLER die Hauptverantwortung trägt. Das gilt auch für utopische Forderungen von Bruno Kiesler in der industriellen Tierproduktion. Dabei bezeichnete er die moderne Schweinefleischproduktion im Schweinezucht- und -mastkombinat (SZME) von Eberswalde mit einer jährlichen Produktion von 28.000 Tonnen als »*Schweinehaltung in größeren einzelbäuerlichen Hundehütten*« und forderte die automatisierte Käfighaltung für Schweine.

Auch die Kritik zu einer schlechten materiell-technischen Versorgung in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft durch die Industrie ist berechtigt. Insbesondere die Ersatzteilversorgung war katastrophal und brachte hohe Ausfälle in der Produktion. Politisch verantwortlich dafür ist das Politbüro-Mitglied GÜNTER MITTAG, der es verstand, in der Parteiführung diese Mängel in der DDR-Industrie zu verschweigen oder zu beschönigen.

Auch ich bin für die Aufarbeitung der Landwirtschaftsgeschichte in der DDR. Sie muß kritisch aber auch sachlich sein und von den tatsächlichen Verhältnissen ausgehen.

Dr. HELMUT KOCH

StVV-Livestream: Eine Chance

Eberswalde (bbp). ***»Die Erprobungsphase des Livestreams der Stadtverordnetenversammlung wird mindestens bis zum Dezember 2021 fortgesetzt und im Zuge der geplanten Überarbeitung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung entschieden, ob es über diesen Zeitpunkt hinaus dauerhaft eingeführt werden soll.«*** **Das hat die Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 22. Juni mehrheitlich beschlossen.**

Dabei wurde deutlich, daß keineswegs alle Stadtverordneten begeistert von dem Versuch sind, die StVV-Sitzungen transparenter und auch für Einwohnerinnen und Einwohner, die aus den verschiedensten Gründen nicht als Gäste an den Sitzungen teilnehmen können oder wollen, zugänglich zu machen.

Die Fraktion SPD|BFE hatte bereits den Tagesordnungspunkt Anfragen genutzt, um sich zu erkundigen, wie viele Live-Zuschauer es jeweils im Livestream gab, wie oft diese Videos später abgerufen wurden, wie hoch die Kosten je Livestream waren und welcher zeitlicher Mehraufwand für die Verwaltungsmitarbeiter infolge der Organisation des Livestreams entstand (siehe nebenstehenden Beitrag).

Noch gibt es einige Stadtverordnete, die nicht ihre Einwilligung für den Livestream gegeben haben. Beim ersten demokratisch abgewählten Nachwende-Bürgermeister Dr. HANS MAI ist es nachvollziehbar, daß er die öffentliche Präsenz scheut. Etwas seltsam mutet es indes an, so ein Livestream-Nutzer gegenüber der BBP, wenn Dr. Mai in seiner Funktion als Ausschußvorsitzender im entsprechenden Tagesordnungspunkt über die Tätigkeit des ASWU berichtet und auch dann der Livestream pausiert. Geradezu inakzeptabel sei es aber, wenn der Bürgermeister Verwaltungsmitarbeiter beauftragt, spezielle Informationen zu geben oder Fragen zu beantworten, diese Mitarbeiter dann aber *»zum Schutz ihrer Persönlichkeit«* stummgeschalten werden.

Mehrere Stadtverordnete kritisierten das bisherige Procedere, trotz der Verbesserungen, die es seit der ersten Liveübertragung gegeben hat. So vermißt der fraktionslose Stadtverordnete CARSTEN ZINN *»eine klare Linie«* in der Veröffentlichungspraxis. Der Link zum Livestream sei auf der Stadtseite nur schwer zu finden. Die verlängerte Testphase soll genutzt werden, die Schwachstellen aufzudecken.

Auch VIKTOR JEDE (Bündnis für Eberswalde) prangerte die ungenügende Präsenz an. So fehle auf anderen Plattformen, insbesondere in den sozialen Medien, jeglicher Hinweis auf das Streaming. Er äußerte sein Unverständnis, daß es immer noch Stadtverordnete gibt, die ihr Einverständnis zur Liveübertragung verweigern. *»Wenn wir so weitermachen«*, so Jede, *»dann ist das umsonst rausgeschmissenes Geld«*. Er stimme deshalb dieser Vorlage nicht zu.

THOMAS STEGEMANN (SPD|BFE) bezog sich auf die Anfrage seiner Fraktion. Die Teilnahme der Bürger sei *»relativ dürftig und mit Kosten verbunden«*. Er bezweifelt den Sinn, mit einem Fazit noch bis Ende des Jahres zu warten. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis solle auf jeden Fall eine große Rolle spielen. Stegemann betonte bei seiner Wortmeldung ausdrücklich, daß er nicht die Fraktionsmeinung wiedergebe.

»Wir erreichen auf jeden Fall mehr Leute, als heute hier«, erwiderte der Stadtverordnetenvorsitzende MARTIN HOECK (FDP) mit einem Blick auf die leeren Besucherstühle im Saal.

MIRKO WOLFGRAMM (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) stimmte dem Vorsitzenden zu und ergänzte: *»Wir hoffen, daß wir die Bürgernähe wahren. 80 Teilnehmer sind allemal mehr als Null«*. Zumal jene, die das Angebot nachträglich nutzten, statistisch nicht erfaßt wurden. Sein Fraktionskollege OSKAR DIETTERLE bedauerte, daß der Liverstream nur bis zur nächsten StVV-Sitzung gespeichert wird. Er regte an, daß die Aufzeichnungen nach dem Vorbild des Kreistages und der Stadt Bernau wenigstens bis zum Ende der Wahlperiode öffentlich zugänglich bleiben.

Auch GÖTZ TRIELOFF (FDP) widersprach Jede. Er verstehe ihn nicht, wenn er einerseits das *»rausgeschmissene Geld«* beklage, aber andererseits konstruktive Vorschläger mache. Darum gehe es doch. *»Wir wollen es erproben. Wir wissen, es gibt Interesse, deshalb wollen wir die Verlängerung der Erprobungsphase.«*

Trieloffs Fraktionskollegin SIMONE BLUM wandte ein: *»Wir sind jetzt in der Probezeit, das muß doch erstmal anlaufen. Wir sollten dem eine Chance geben. Die Anfangsschwierigkeiten müssen erstmal behoben werden. Wenn wir jetzt schon nach ein paar Versuchen resignieren, dann können wir künftig generell darauf verzichten, neue Ideen einzubringen.«*

KATJA LÖSCHE (SPD|BFE) verwies schließlich auf eben im entsprechenden Tagesordnungspunkt gehaltenen Bericht der Vorsitzenden des Seniorenbeirates Dr. CHARLOTTE CANDITT, die ausdrücklich auf die Vorteile der digitalen Mitwirkung Älterer hingewiesen hatte. Allerdings war der Bericht aufgrund der fehlenden Einverständniserklärung von Dr. Canditt nicht Bestandteil des Livestreams. Katja Lösche verwies schließlich auf die Möglichkeit, daß der Livestream-Link *»ohne Probleme«* in die sozialen Medien gesetzt werden könne.

Der stumm geschaltene Stadtverordnete Dr. Mai beantragte schließlich die Schließung der Rednerliste. Da alle Argumente ausgetauscht waren, stimmten die Stadtverordneten dem Ansinnen mehrheitlich zu.

Gegen 6 Neinstimmen und ohne Enthaltungen wurde schließlich der Verlängerung der Erprobungsphase für den Livestream der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich zugestimmt.

www.barnimer-buergerpost.de

Die Anfrage von SPD|BFE:

Wie viele Live-Zuschauer gab es durschnittlich je StVV im Livestream? Wie hoch waren die Kosten?

	maximal	Ø	Kosten
StVV, 23.2.	53	k.A.	1.940,30 Euro
StVV, 23.3.	38	k.A.	1.708,25 Euro
StVV, 27.4.	80	55	2.108,23 Euro
StVV, 25.5.	24	16	2.126,44 Euro

Bemerkung: Für die Sitzungen im Februar und März liegen keine Daten, aus denen ein Durchschnitt ermittelt werden kann, vor. Die höheren Kosten der Sitzungen im April und Mai fielen an, nachdem die Stadtverordneten in ihrer Märzsitzung eine Erweiterung der Kameraperspektiven beschlossen hatten.

Wie oft wurden die Videos der StVV im Nachgang von der Webseite der Stadt abgerufen?
Vom Livestream-Dienstleister wurde der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß für den eingebundenen Player leider keine Statistik zuir Verfügung gestellt werden kann, da keine entsprechenden Daten gespeichert wurden.

Wieviel zeitlichen Mehraufwand bedeutet es für die Angestellten der Verwaltung, einen Livestream zu organisieren?
Zur Organisation eines Livestreams gehörten in der bisherigen Erprobungsphase u.a. folgende Tätigkeiten: Angebote einholen und prüfen (incl. Leistungsbeschreibung erstellen und Rückfragen beantworten) sowie den Auftrag erteilen, Titelgrafik anpassen und übermitteln, Einstellen des »Iframes« und des Players für den Livestream auf der Internetseite, Anpassen des Bestuhlungsplans, Übergabe von Tagesordnung und »Drehbuch« sowie dessen Zugang zur Stadthalle für Auf- und Abbau der Technik gewährleisten und schließlich die Kommunikation mit dem Dienstleister.
Auch wenn die aufgewendete Arbeitszeit nicht statistisch erfaßt wird, liege es auf der Hand, *»daß dieser zusammengerechnet jedenfalls mehrere Stunden pro Sitzung beträgt«.*

Es war einmal

...so fingen einst die Märchen an.
Wie ein Märchen, hört sich heute Manches an:

Ging früher Einer von der Welt,
Gab's von der Kasse: Sterbegeld.
Ging die Brille mal entzwei,
Sprang finanziell die Kasse bei.
Auch Rente haben einst die Alten,
Am Monatsanfang stets erhalten.

Während man bei Leistung spart,
Der deutsche Michel zahlt und zahlt.
Dank Maut und Steuer CO 2,
Trägt er künftig noch mehr bei.
Für was verschwendet ihr das Geld?
Versickert es in aller Welt?

Hat jemals einer sich beklagt?
Hat jemand je Protest gewagt?
Auch in Deutschland gibt es Westen.
Vielleicht sollte man das testen.
Wo bleibt der Aufschrei, wenn man hört:
Neue Kampfjets sind uns jede Menge wert?

RAINER KROBOTH

Jüdisches Leben stärken

Verfassungsänderung beantragt

Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler hat im Juni eine Änderung der Brandenburger Landesverfassung beantragt. Der Antrag sieht die Stärkung jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur vor. Zudem soll der Kampf gegen Antisemitismus als notwendiger Teil eines friedlichen Zusammenlebens in den Rang einer Staatszielbestimmung gehoben werden. Weiterhin ist vorgesehen, eine Vertiefung der Freundschaft zu Polen im sich einigenden Europa als Verfassungsgrundsatz zu definieren.

Gerade in der jüngeren Vergangenheit ist ein besorgniserregendes Aufflammen antisemitischer Ausfälle, die mitunter mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit vorgetragen werden, zu beobachten. So gab es im letzten Jahr so viele antisemitische Straftaten wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auch haben im Zuge der Corona-Pandemie Verschwörungstheorien mit antisemitischem Kerngehalt erheblich an Zulauf gewonnen. Derartige Tendenzen sind neben ihrer diskriminierenden Wirkung für die Betroffenen zudem geeignet, das friedliche Zusammenleben insgesamt zu beeinträchtigen. Deswegen stellt eine Verankerung der klaren Ablehnung des Antisemitismus eine wichtige Erweiterung der Staatszielbestimmungen dar.

Die enge Zusammenarbeit von BVB/Freie Wähler mit den jüdischen Gemeinden im Land Brandenburg bestärkt uns zudem in der Forderung, die Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Verfassungsrang zu heben. Insbesondere die auf den Weg gebrachte Neuerrichtung der Potsdamer Synagoge ist hierfür ein lebendiges Zeichen. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands und als Gliedstaat auch Brandenburgs sowie dem ausdrücklichen Wunsch namhafter Vertreter der jüdischen Gemeinden im Land Rechnung tragend, soll diese Regelung in die Verfassung aufgenommen werden.

Zudem wird vorgeschlagen, die Bestimmungen zur Vertiefung der Freundschaft mit Polen weitergehend und verbindlicher zu fassen. Im Juni 2021 jährt sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages zum dreißigsten Mal. In diesem bekennen sich beide Staaten zur Vertiefung der europäischen Einigung und stellen unerschütterliche Grundfeste für ein friedliches und demokratisches Gemeinwesen auf. Das Land Brandenburg hat gerade in diesen Zeiten ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der europäischen Integration, die BVB / FREIE WÄHLER ein besonderes Anliegen ist. Hierbei kommt dem Ausbau der Partnerschaft mit Polen eine so zentrale Bedeutung zu, daß eine Kodifizierung in den Grundsätzen der Verfassung angezeigt ist.

Diese Punkte waren für BVB/Freie Wähler bereits im Rahmen der Sondierungsgespräche für eine mögliche Brandenburger Landesregierung im Herbst 2019 zentrale Anliegen.

PÉTER VIDA u.a.

Begrifflichkeiten: Faschismus

»Vor 76 Jahren ging der Krieg zu Ende«, so oder ähnlich berichteten die meisten Medien. Im zweiten Jahr in Folge war die Erinnerung an den Tag der Befreiung am 8. Mai von den *»Corona-Eindämmungsmaßnahmen«* geprägt. Aber immerhin hat sich das Wort *»Befreiung«* inzwischen auch offiziell eingebürgert, ist nicht mehr nur vom *»Kriegsende«* wie in den meisten Medien die Rede. Sogar der Bundespräsident spricht über den 8. Mai als *»Tag der Befreiung«*.

Allerdings Befreiung wovon? Hier stimmen die offiziellen Äußerungen bis zu jenen, die sich als Linke bezeichnen, und die der genannten Medien überein: vom *»Nationalsozialismus«*. Das ist die Selbstbezeichnung der deutschen Faschisten, die unter dieser Marke in den 1920er und 30er Jahren unter den sozialistisch orientierten Arbeitern und Kleinbürgern durchaus punkten konnten. Mit Nationalismus hatten sie sehr viel, mit Sozialismus hingegen sehr wenig zu tun.

Das Festhalten an der faschistischen Eigenbezeichnung dient heute nicht zuletzt dem hintergründigen Zweck, den Begriff vom Sozialismus an sich zu denunzieren und zugleich zu verschleiern, daß Faschismus tatsächlich eine Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, ist.

Erstaunlich ist beispielsweise die Mitteilung des Ökumenischen Arbeitskreises, der die Christen verschiedener Konfessionen *»im Gedenken vereint«*, zum 75. Jahrestag der Befreiung. Wie sie damals in einem Brief an den Botschafter der Russischen Föderation schrieben, *»... möchten wir Christen in Eberswalde gemeinsam Ursachen und Schuld neu benennen«*. Ursachen des und Schuld im 2. Weltkrieg.

»Neu benennen« heißt hier, daß die Eberswalder Christen erkennen, daß es *»um großflächige Vernichtung von Menschenleben und Kulturgut in der Sowjetunion«* ging und daß ihnen die Zahl von 27 Millionen sowjetischen Kriegsopfern kaum bewußt gewesen sei.

Hat tatsächlich keiner der Christen in Eberswalde hier zu DDR-Zeiten eine Schule besucht? Gewiß, damals war die von Stalin definierte Zahl von 20 Millionen sowjetischen Kriegstoten im Umlauf. Das wurde erst in den 1990er Jahren anhand neuerer Forschungen korrigiert. Aber alles andere sollte doch als bekannt vorausgesetzt werden können.

Wenn jetzt Ursachen und Schuld am und im 2. Weltkrieg *»neu«* benannt werden, dann kann man sagen: besser spät als nie. Aber es bleibt die Frage, wie *»die Eberswalder Christen«* dies bisher benannt hatten. Aber vielleicht schrieb den Brief ein Zugereister aus Gegenden westlich von Elbe und Werra? Dann wäre Nachsicht angebracht.

Dort wurde lange Zeit die *»deutsche Niederlage«* und der *»Zusammenbruch«* thematisiert und eben an das *»Kriegsende«* erinnert. Als sei der Krieg einfach mal so *»zu Ende«* gegangen, wie er vielleicht auch nur einfach mal so *»angefangen«* hat. Zufälligkeiten ohne Ursache und ohne Schuld. Vor diesem Hintergrund wären es tatsächlich *»neue«* Erkenntnisse.

Die Mehrheit der Eberswalder Christen dürfte indes hier aufgewachsen und sozialisiert worden sein und sich demnach von den Aussagen des Ökumenischen Arbeitskreises eher weniger angesprochen fühlen. Aber das ist natürlich nur eine Vermutung.

Die heutigen Faschisten nennen sich übrigens nur in verschwindender Minderheit noch *»nationale Sozialisten«*, wenngleich ein Teil nach wie vor mit der *»sozialen Frage«* punkten will und manche sogar als *»Grundgesetzverteidiger«* auftreten. Beim Klauen von Begriffen sind die Faschisten also nach wie vor sehr kreativ. Eigenschöpfungen sind rar, sie füllen nur bekannte Begriffe mit anderen Inhalten. Aktuell sind das u.a.: Alternative, Dritter Weg oder Die Rechte als Antonym zur Partei Die Linke.

Faschismus ist weder sozialistisch noch alternativ, kein dritter Weg und auch nicht rechts im Sinne von konservativ; nichtmal national, wenn man auf den Unterschied zu nationalistisch achtet. *»Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.«* Diese Faschismus-Definition von Georgi Dimitroff stammt aus dem Jahr 1935. Ob sie auch heute noch aktuell ist, sollten wir besser nicht im offenen Feldversuch ausprobieren. Aber über die sozio-ökonomischen Bedingungen, die Faschismus auf dem Weg zur Macht begünstigen, sollte durchaus nachgedacht werden. Dazu gehört auch ein Nachdenken über Begriffe, die verwendet werden.

GERD MARKMANN

Kleine Gemeinden erhalten Sitz

Potsdam (bbp). Das von BVB/Freie Wähler eingereichte *»Gesetz zur Vertretung aller Gemeinden in den Regionalversammlungen«* wurde nach Ausschußberatung und -erweiterung am 16. Juni im Landtag mehrheitlich angenommen. Das Gesetz tritt 2024 in Kraft. Dann stellen in Brandenburg auch Kommunen unter 5.000 Einwohnern Regionalräte in der für sie zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaft.

Bisher wurde dies den kleinen Kommunen per Gesetz verwehrt. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, daß die Regionalplanung für die Gemeinden zumeist über die Köpfe der dortigen Bürger hinweg erfolgte. Etwa bei der Planung von Windeignungsgebieten: Die kleinen Gemeinden konnten nicht mittels Regionalräten über deren Standorte mitentscheiden und wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat:

Klage richtet sich gegen das gesamte Projekt

Darstellung von 50Hertz-Geschäftsführer Kapferer zum Rechtsschutz gegen die 380-kV-Trasse geht an der Sache vorbei

Am 15. Juni hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) dem Rechtsschutzverlangen zu der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß zur 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen (Uckermarkleitung) im Abschnittt nördlich von Golzow stattgegeben und einen Baustopp verhängt. Inzwischen hat sich der Bauträger 50Hertz dazu geäußert. Allerdings unvollständig und die Kommentierung durch den Geschäftsführer Stefan Kapferer geht an der Sache vorbei.

Zutreffend ist, daß 50Hertz auf der südlichen Hälfte der Leitung zwischen Golzow und Neuenhagen weiter an der Leitung bauen kann, obwohl sich die Klage des Nabu-Brandenburg gegen das gesamte Projekt richtet.

Auf der nördlichen Strecke zwischen Bertikow und Golzow (Mast 1 bis Mast 217) hat das Gericht aber dem Rechtsschutzverlangen stattgegeben und damit einen Baustopp für diesen Abschnitt verhängt.

Ferner hat das Gericht festgestellt, daß die Fragen, die die Klage des NABU-Brandenburg aufwirft, derart komplex sind, daß sie sich nicht im summarischen Verfahren beurteilen lassen, sondern im Hauptverfahren zu klären sind. Das Gericht hat sich nicht dazu hinreißen lassen, der eingereichten Klage eine Aussicht auf Erfolg abzusprechen, wie es von der Gegenseite gefordert wurde. Die Frage der rechtlichen Beurteilung des Planergänzungsbeschlusses ist also völlig offen. Der Planfeststellungsbeschluß ist somit nicht bestandskräftig.

Die Baumaßnahmen, die 50Hertz in den Baufeldern 4 und 5 durchgeführt hat und noch durchführen wird, stehen also unter dem Vorbehalt, daß der Planergänzungsbeschluß im Rechtsstreit bestätigt wird. Die Entscheidung des Gerichts vom 15.6.2021 sollte 50Hertz dazu bewegen, den Hasardkurs, den die Firma seit Dezember 2020 steuert, zu überdenken.

Bei Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses müssen die Masten zurückgebaut werden.

Das Gericht hat aber auch festgestellt, daß die Frage, ob die Erdverkabelung als Alternative bei den Leitungsabschnitten, in denen die Leitung mit dem Naturschutz kollidiert, zulässig ist, ebenfalls im Hauptverfahren zu klären, also offen ist.

Die Feststellung von Kapferer, das Gericht hätte den Vogelschutz über den Klimaschutz gestellt, ist völlig abwegig. Davon ist in dem Beschluß überhaupt nicht die Rede. Kapferer übersieht, daß bei der Planung der Leitung mehrere Belange zu berücksichtigen sind und nicht das eine gesamtgesellschaftliche Interesse gegen das andere ausgespielt werden darf.

So bietet z.B. der Einsatz von Erdkabeln die Möglichkeit, Konflikte mit dem Naturschutz zu vermeiden. Hier hat sich 50Hertz konsequent dem Dialog verweigert und möchte das weiter tun, indem man einfach den Hinweis im aktuellen Beschluß des BVerwG ignoriert.

Die Notwendigkeit der Leitung zur Einspeisung von erneuerbaren Energien ist fraglich.

Die bestehende 220 kV-Leitung ist nur an wenigen Tagen im Jahr ausgelastet. Sie ist sehr wohl in der Lage, den Strom der Windräder nördlich von Angermünde und Prenzlau aufzunehmen. Man kann das auf der App *»Netzauslastung«* von 50Hertz auf dessen Homepage leicht feststellen. Die geplante Leitung dient mit ihrer Anbindung an Polen nicht in erster Linie der Einspeisung erneuerbarer Energien, sondern vor allem der Herstellung des europäischen Strommarkts.

Die Bürgerinitiative erinnert daran, daß bei dem Versuch einer außergerichtlichen Einigung, der im November 2015 vom berichterstattenden Richter Pez moderiert wurde, 50Hertz eine Vorstudie zur Machbarkeit einer Erdverkabelung im Gebiet des Landiner Haussees vorgelegt hat, die, so damals der Vorschlag der Kläger, vertieft werden und durch eine weitere Prüfung der Möglichkeiten einer Erdverkabelung im Bereich Schmargendorf-Buchholz erweitert werden sollte. Das wären damals Möglichkeiten zur Entspannung des Konflikts gewesen, die 50Hertz nicht aufgegriffen hat.

Insofern ist die Reaktion von 50Hertz auf den Beschluß nicht nachzuvollziehen. Der Konflikt dauert nun schon 13 Jahre und 50 Hertz ist mit seiner intransigenten Haltung auf dem besten Weg dazu, endgültig zu scheitern.

HARTMUT LINDNER

Die PARTEI fordert:

Licht **für alle** *– und das kostenlos!*

Eberswalde (bbp). Der geplante Neubau einer 380-kV-Freileitung von Bertikow in der Uckermark nach Neuenhagen bei Berlin soll die Versorgungssicherheit für Elektroenergie verbessern. So das Versprechen des Netzbetreibers 50Hertz. Laut Plan soll die neue 380-kV-Leitung entlang der bestehenden 220-kV-Trasse erbaut werden. In der Stadt Eberswalde führt die Leitung zwischen Finow-Ost und dem Brandenburgischen Viertel nahe an der bestehenden Wohnbebauung vorbei.

Die Trasse der Höchstspannungsleitung führt mitten durch den Wahlkreis von Niels Neudeck – Kandidat der Partei Die PARTEI für das Bundestagsdirektmandat im Wahlkreis Uckermark/Barnim. Er hatte davon gehört, daß die elektromagnetische Strahlung der Hochenergie-Freileitungen Leuchtstofflampen zum leuchten bringen können. Der PARTEI-Kandidat wollte es genau wissen. Am Vorabend des Himmelfahrtsfeiertages machte er ein Experiment. Dafür nutzte der künftige Bundestagsabgeordnete eine alte Leuchtstofflampe, die er noch auf dem Boden gefunden hatte. Und tatsächlich, es funktionierte. Die Leuchtstofflampe erleuchtete.

Es funktioniert. Für die Anwohner im Brandenburgischen Viertel und in Finow-Ost kann mit dem Bau der 380-kV-Freileitung eine kostenfreie Versorgung mit Licht gewährleistet werden.

Foto: Gerd Markmann

50Hertz hat also recht. Wenn schon die 220-kV-Freileitung die Lampe erleuchten läßt, dann wird das bei der viel stärkeren 380-kV-Leitung sicher noch viel besser funktionieren. Die preiswerte und sichere Versorgung der Anwohner mit Licht wird durch den Leitungsneubau gewährleistet.

Nach Aussagen des Energielieferanten 50 Hertz soll der Abstand von 380-kV-Leitungen zur Wohnbebauung mindestens 180 Meter betragen. Soviel Platz ist allerdings nicht. Glück für die Menschen, die im Kopernikusring in Finow-Ost und in der Schwärzeseestraße Finow-Ost im Brandenburgischen Viertel wohnen. Sie können künftig für die Beleuchtung ihrer Wohnungen auf die gute alte Leuchtstofflampe zurückgreifen – und das völlig kostenfrei.

Abschiebung nach 22 Jahren

Am 26. Mai 2021 fand eine Sammelabschiebung nach Nigeria vom Flughafen Düsseldorf aus statt. Unter den Menschen, die an diesem Tag abgeschoben wurden, befand sich auch Obinna O. Er verbrachte mehr als die Hälfte seines Lebens in der BRD, mehr als 22 Jahre. Freunde und Bekannte sind fassungslos.

Fiona, aktiv bei *»Barnim für alle«*, zeigt sich schockiert über die Vorfälle: *»Mein Freund Obi lebte seit 22 Jahren in Deutschland, plötzlich wurde er abgeholt und gegen seinen Willen in ein Flugzeug gesetzt. Ihn plötzlich aus seinem Leben zu reißen, ist einfach nur unmenschlich. Wir wollen uns von dem Abschiebedruck keine Angst machen lassen, darum haben wir am 8. Juni vor der Ausländerbehörde in Eberswalde demonstriert.«*

Abschiebungen werden durch Gesetzgeber, Behörden und in der Öffentlichkeit häufig verharmlost als Rückführungen, Durchsetzung der Ausreisepflicht, als Umgang mit einem angeblichen Vollzugsdefizit, als Beendigung eines Aufenthaltes. Dahinter stehen jedoch menschliche Schicksale. Daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der lokalen Ausländerbehörde sowie der Zentralen Ausländerbehörde entschieden haben, Herrn O. nach 22 Jahren in Deutschland nach Nigeria abzuschieben, verkennt seine Lebensrealität. Er hat sich in Brandenburg nicht *»aufgehalten«*, er hat hier gelebt.

Die Abschiebung zeigt auch die fatalen Folgen von Kettenduldungen: Über Jahre hinweg – manchmal Jahrzehnte – müssen Geduldete befürchten, daß ihr Leben in der BRD jederzeit beendet werden kann. Von einem Moment auf den anderen, ohne Ankündigung und ohne die Möglichkeit, Abschied zu nehmen, werden sie von der Polizei abgeholt. Kettenduldungen verhindern Teilhabe und Ankommen. Es fehlen Lebensperspektiven, die Betroffenen haben keine Beschäftigungsmöglichkeiten, weil sie keine Aufenthaltsberechtigung bekommen.

»Warum«, fragte Lotta Schwedler vom Flüchtlingsrat Brandenburg, *»lebte Obinna O. nach 22 Jahren zum Zeitpunkt seiner Abschiebung noch immer in einer Gemeinschaftsunterkunft? Warum haben die Mitarbeitenden der Verwaltung ihn abgeschoben, anstatt ihm ein Bleiberecht zu ermöglichen? Warum war das kein Härtefall?«*

Wir von der Gruppe *»Barnim für alle«* kritisieren die Verstöße und die Ungerechtigkeiten, denen Asylsuchende im Landkreis Barnim und in ganz Brandenburg systematisch ausgesetzt sind. Aufgrund des bewußten Drucks von Ausländerbehörden gab es in letzter Zeit mehrere Selbstmorde. Obi kam vor 22 Jahren in die BRD, um Sicherheit und Schutz zu suchen. Nach 22 Jahren wurde Obi nach Nigeria abgeschoben, ohne Geld und ohne Wohnsitz.

Wir als Gruppe *»Barnim für Alle«* erklären unsere völlige Ablehnung dieser Politik und wollen dafür kämpfen, daß sich die Gesetze verändern. Wir fordern das Recht auf Aufenthalt und Bewegung für jeden Menschen.

Wir sind alle Salah! Wir sind alle Obi!

Initiative »Barnim für alle«

Das vergiftete Lob

Verwaltungsgericht Würzburg zum Engagement regierungsunabhängiger Organisationen

Die Leistungen von regierungsunabhängigen Organisationen (NGOs) in der Flüchtlingshilfe sind vielfältig und zielen darauf ab, die harten Lebensbedingungen der Schutzsuchenden etwas abzumildern, sei es durch die Verteilung von Lebensmitteln, durch medizinische Versorgung oder Angebote zum Spracherwerb und zur Rechtsberatung. Manche Hilfsorganisationen konzentrieren sich auf bestimmte Zielgruppen, wie z.B. unbegleitete Kinder oder Frauen. Hilfsorganisationen tragen auch wichtige Informationen über die Behandlung von Geflüchteten und deren wirkliche Lebensbedingungen zusammen und sind ein unverzichtbares Korrektiv der schönfärberischen Darstellungen der Lage der Geflüchteten durch die jeweilige Regierung.

Getragen werden die Hilfsorganisationen von einer Vielzahl von Spendern und vielen ehrenamtlich Tätigen. Die Zahl der festangestellten Profis ist gering. Die Motivation der Hilfsorganisationen speist sich aus humanitären oder religiösen Überzeugungen. Manche Hilfsorganisationen nutzen für ihre Arbeit auch EU-Hilfsprogramme und die damit verbundenen Fördermittel.

Die positiven Wirkungen der Hilfsorganisationen stehen außer Frage und gelegentlich wird auch die Arbeit der einen oder anderen durch die Verleihung eines Preises gewürdigt.

Das Verwaltungsgericht Würzburg hat in einer kürzlich ergangenen Entscheidung das Wirken der NGOs in Rumänien aber auf eine neue und völlig überraschende Art und Weise gewürdigt und damit die beabsichtigte Wirkung dieser NGOs in ihr Gegenteil verkehrt, denn plötzlich dient der Hinweis auf die erfolgreiche Arbeit der dortigen NGOs zur Ermöglichung einer Abschiebung.

Ein somalischer Staatsbürger war im Dezember 2019 in die BRD eingereist und hatte Asyl beantragt. Die Recherche des BAMF ergab, daß der Mann bereits vier Monate vorher in Rumänien einen Antrag auf Asyl gestellt hatte. Das Amt lehnte mit Blick auf die Dublin-III-Verordnung den Antrag ab und verfügte die Abschiebung nach Rumänien. Dagegen hatte der Somalier geklagt.

Foto: Initiative »Barnim für alle«

»Wie lange werden wir in Lagern schlafen, wir wollen die Sprache lernen, arbeiten und uns in die Gesellschaft integrieren«. Statt dessen wartet die Abschiebung. Sogar noch nach 22 Jahren.

Die Klage blieb erfolglos, obwohl der Richter sich sehr eingehend mit dem Asylsystem in Rumänien beschäftigt hat und auch konstatierte daß die Versorgungsleistungen des rumänischen Staates für den Abgeschobenen möglicherweise, wenn auch nur für einen Zeitraum von wenigen Wochen, nicht gesichert seien.

In seiner Begründung, weshalb eine Abschiebung nach Rumänien dennoch rechtens sei, heißt es, daß weder ein Verstoß gegen Artikel 4 der Grundrechte Charta noch in Verbindung mit Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu erwarten sei.

»Denn die Schwelle hierfür wäre erst erreicht, wenn die Gleichgültigkeit der rumänischen Behörden zur Folge hätte, daß eine vollständig von öffentlicher Unterstützung abhängige Person sich unabhängig von ihrem Willen und ihren persönlichen Entscheidungen in einer Situation extremer materieller Not befände.

In Rumänien gibt es jedoch eine ganze Reihe von NGOs, die Asylbewerber mit Nahrung und Unterkunft versorgen und auch sonstige Notfalldienste zur Verfügung stellen (vgl. BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Rumänien, Gesamtaktualisierung vom 14.6.2019, S. 11). Dem Antragsteller wäre es daher ... zumutbar, sich an eine NGO vor Ort zu wenden... Auch in diesem Fall droht dem Antragsteller daher keine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung.«

(VG-Würzburg, Entscheidung vom 11.3.2021 Az.: Q A S 20.50079, Randnummer 21 und 22)

Daß diese zynische Würdigung der Arbeit der NGOs nicht zwingend ist, zeigt eine Entscheidung des VG Sigmaringen vom Februar 2021, in der auch unter Berufung auf Urteile der VG Aachen und Köln aus dem Jahr 2020 davon ausgegangen wird, daß angesichts der soziökonomischen Krise und der Auswirkungen der Coronapandemie eine Abschiebung von Schutzsuchenden rechtswidrig ist.

Dokumentiert im Tenor der Entscheidung VG-Sigmaringen, 19.02.2021 - A 13 K 183/19.

Dublin-Rückkehrern, die in Rumänien aufgrund des Nichtbetreibens ihres Asylverfahrens für mehr als neun Monate als Folgeantragsteller behandelt werden und die deshalb keinen Zugang zu materieller Versorgung im Rahmen des Asylfolgeverfahrens haben, droht derzeit in Rumänien aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie eine Verletzung in Art. 4 GRCh, wenn sie nicht über ein familiäres Netzwerk, ausreichende Sprachkenntnisse oder eine überdurchschnittliche Berufsqualifikation verfügen.

HARTMUT LINDNER

Unterstützung für Familiennachzug gesucht!

Anisas Kinder

Anisa ist seit Januar 2014 in der BRD und lebt seit November 2014 in Biesenthal. Sie mußte damals von einem auf den anderen Tag aus ihrem Heimatland Somalia fliehen, weil sie in den Fokus der Al Shabab Milizen geriet, die ihre Existenzgrundlage zerstörten, ihr Leben bedrohten und die später ihre Mutter töteten.

Anisa wurde als Flüchtling in der BRD anerkannt. Ihre zehn Kinder mußte sie zurücklassen. Mit der Hilfe von Verwandten konnten sie nach Kenia fliehen und werden dort von Anisas Schwester versorgt. Die älteste Tochter ist bereits 21, das jüngste Kind 8 Jahre alt. Eines der Kinder kann nicht laufen und verbringt sein Leben im Haus, weil es keinen Rollstuhl hat. Die Kinder sprechen somalisch und englisch, alle haben, unterschiedlich lange, die Schule besucht. Ihr elftes Kind ist das einzige, mit dem Alisa zusammen leben kann. Es wurde in der BRD geboren und besucht hier die erste Klasse und den Hort.

2018 konnte Anisa nach vier Jahren endlich eine Reise nach Kenia machen und ihre Kinder für drei Wochen besuchen. Sie hatte lange dafür gespart. Das fehlende Geld erhielt sie durch Spenden. Mittlerweile arbeitet Anisa als Reinigungskraft im Krankenhaus in Wandlitz Waldsiedlung.

Seit Jahren versucht Anisa ihre Kinder, die sie unglaublich vermißt und die schon so lange ohne ihre Mutter leben, in die BRD zu holen. Obwohl ihr rechtlich die Familienzusammenführung zusteht, waren die bürokratischen Hürden so groß, daß es nach Anisas Anerkennung fünf Jahre dauerte, bis alle Anforderungen erfüllt waren. Schlußendlich mußte sie das Verwandtschaftsverhältnis zu ihren Kindern mit elf Gentests, die sie selbst bezahlen mußte, beweisen. Jetzt wartet sie auf die Visa für die Kinder. Aufgrund der Corona-Pandemie arbeitet die Botschaft in Kenia zeitlich stark verzögert, dadurch ist noch unklar, wann die Visa genau eintreffen werden.

Ab Erhalt der Visa sind sie 4 Wochen gültig, so daß es sinnvoll ist, vorbereitet zu sein.

Wie wir die Familie unterstützen können:

Geldspenden: 500 Euro werden für die Visa und 5.000 bis 7.000 Euro für die Flüge benötigt (der Preis variiert). Einen kleinen Zuschuß wird die Familie von einem Fond erhalten.

Wohnungssuche: Die Familie braucht eine größere Wohnung mit mindestens 5 Zimmern. Sie ziehen auch gerne nach Bernau, da der Weg zur Arbeit dann besser zu bewältigen ist. Für den Übergang besteht die Möglichkeit in dem Haus, in dem sie wohnt, eine weitere Wohnung zu bekommen. Dadurch würden 4½ Zimmer zur Verfügung stehen.

Sachspenden: 10 Betten und je nach der Wohnungsgröße Einrichtungsgegenstände, Bücher, Kleidung, diverse technische Geräte, PC, Laptop, Handys usw. sowie Fahrräder, Rollstuhl u.v.m. Voraussichtlich erhält die Familie Erstausstattungsgeld.

Praktische Hilfe: Transport der Möbel und Aufbau, freundliche Kontakte, auch zur sprachlichen Entwicklung aber auch zum Willkommen heißen, Unterstützung bei Arztsuche, Kita und Schulanmeldung etc. Anisa ist bereits an Beratungsstellen angedockt, so daß nicht alles von freiwilligen Helfern abhängt.

Geldspenden bitte auf dieses Konto: Barnim für alle, IBAN: DE 78 1705 2000 1110 0262 22, Sparkasse Barnim. Wenn ihr eine Spendenquittung benötigt, teilen wir euch ein anderes Konto mit. Zeit + Sachspendenangebote bitte an: refugees-welcome@so36.net

Initiative »Barnim für alle«

Polizei jagt Jugendliche

Ein schwarzer Biesenthaler wurde am 22.6.21 gegen 20 Uhr am Bahnhof Biesenthal von Jugendlichen mit Affengeräuschen und *»Banane«* rassistisch beleidigt. Er kannte das schon von denen, er hatte sie schon öfter getroffen. Sie waren vier Jungs. etwa 17jährig.

Der Beschimpfte rief die Polizei, die nach 20 min kam. Die Jugendlichen flohen mit ihren Fahrrädern. Die Polizei folgte ihnen über Waldwege und fand einen, der die anderen verriet. Die Polizisten sprachen mit allen Eltern.

Der Betroffene fand, die Polizei hat diesmal gute Arbeit gemacht. Die Polizisten haben es ernst genommen und waren zu ihm nett. Er will nicht, daß die Jugendlichen eine Strafe bekommen, aber daß sie etwas lernen. Die Polizei hat ihn mittlerweile noch einmal zu den früheren Vorfällen mit denselben Jugendlichen befragt, sie scheinen es wirklich ernst zu nehmen.

(Flüchtlinge-willkommen)

Prozeß gegen Rassisten

Amtsgericht Bernau, 20.8.21, 11.45 Uhr

Ein anderer schwarzer Biesenthaler hatte wegen der neuerlichen rassistischen Beleidigungen letzten Sommer Anzeige erstattet gegen Frank B., der ihn schon mehrfach beleidigt hatte. Derselbe Mann hatte ihn im August 2018 mit einen Fahrradschloß bedroht und angerempelt. (Das war Anlaß für das erste Abendessen gegen Rassismus.) Damals war das Ermittlungsverfahren eingestellt worden, weil Frank B. die Geschichte ganz anders darstellte und es keine weiteren Zeugen gab.

Die neuerliche Anzeige von Sommer 2020 gegen den Mann wegen rassistischen Beleidigungen führte nun zu einem Prozeßtermin am Amtsgericht Bernau am Freitag, den 20.8.21, um 11.45 Uhr. Thema ist *»versuchte Körperverletzung«*, das heißt, anscheinend wird auch die Geschichte von 2018 dort verhandelt.

(Flüchtlinge-willkommen)

Demo gegen Abschiebung:

Nach 22 Jahren

Am 8. Juni demonstrierte *»Barnim für alle«* gemeinsam mit Geflüchteten und deren Freundinnen und Freunden vor der Ausländerbehörde in Eberswalde. Von 12 bis 16 Uhr waren insgesamt 80 Menschen vor Ort, um zu protestieren.

Die Geflüchteten fühlen sich durch das ihrer Meinung nach belastende Asylsystem und die schlechten Lebensbedingungen bedrängt. Die Geflüchteten haben oft Angst, sich gegen das lange, deprimierende Asylverfahren auszusprechen. Noch frustrierender ist das System der Duldung, das dafür sorgt, daß die Hilfesuchenden nicht arbeiten oder Deutschkurse besuchen können und damit die Integration behindert wird.

Die Abschiebung eines Nigerianers (Obi) am 26. Mai, der 22 Jahre im Barnim lebte, schockierte die Barnim-Geflüchteten sehr. Es ist offensichtlich, daß das Asylsystem nicht funktioniert, sondern das Leben von Geflüchteten zerstört, die ohnehin schon verletzlich sind. Zur Kundgebung reisten Menschen aus verschiedenen Übergangswohnheimen an. Sie sehen die Aktivitäten der Gruppe *»Barnim für alle«* als Chance, aus der Isolation in den Wohnheimen auszubrechen.

Ein Geflüchteter aus dem Sudan meldete sich spontan zu Wort und sagte, daß sie eine Chance bekommen wollen, zur Wirtschaft beizutragen: *»Wir sind jung und stark und wir bringen eine andere Art von Erfahrung in die Arbeitswelt ein, gebt uns eine Chance«.* Ein anderer beschwerte sich: *»Wie lange werden wir in den Lagern schlafen, wir sollten die Sprache lernen und uns in die Gesellschaft integrieren können«.*

Ein Höhepunkt der Demonstration war eine Reihe von weißen T-Shirts, die auf dem Gelände aufgehängt waren. Diese T-Shirts sind unerwünschter Abfall aus einer Packstation in Biesenthal, die Hilfsgüter für Geflüchtete in Griechenland verpackt und verschickt. Die weiße Kleidung wird aussortiert weil sie in den Lagern zu schnell schmutzig wird. Es ist offensichtlich, daß den Behörden bewußt ist, daß die Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften unerträglich sind: *»Wenn die Bedingungen für weiße Kleidung so schmutzig und unhygienisch sind, wie sieht es dann für die Menschen aus, die dort leben müssen?«.*

Im Barnim ist die Situation nicht anders. Diese traurigen Lebensbedingungen der Geflüchteten in den oft isolierten Unterkünften beklagten die Geflüchteten immer wieder und schlossen sich einer Kampagne an, die die Schließung der Lagers fordert. Barnim-Geflüchtete und die Gruppe *»Barnim für alle«* erklären ihre völlige Ablehnung dieser Politik und wollen dafür kämpfen, daß sich die Gesetze ändern. Sie fordern das Recht auf Aufenthalt und Bewegungsfreiheit für jeden Menschen.

Initiative »Barnim für alle«

Obus-*Linie in Ostende wird verlängert*

Eberswalde (bbp). Im Eberswalder Ortsteil Ostende soll demnächst der hintere Teil der Saarstraße ausgebaut werden. Im Mai informierte der Geschäftsführer der kreiseigenen Barnimer Busgesellschaft (BBG) FRANK WRUCK im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) über gleichzeitige Pläne, die Obuslinie 862 bis zu den Ostender Höhen zu erweitern. Dies zu prüfen, gehöre zu den mittelfristigen Zielen, die im Nahverkehrsplan des Landkreises Barnim 2017-2026 niedergeschrieben sind. Parallel dazu enthält auch der Eberswalder *»Mobilitätsplan 2030+«* die Empfehlung, die Linie 862 zu verlängern, ergänzte SILKE LEUSCHNER vom Stadtplanungsamt. Möglich sei das entweder über eine Befahrung der Saarstraße in beiden Richtungen oder über eine Ringlinie mit Einbindung der Ostender Höhen ähnlich der heutigen Führung der Linie 861 in Nordend.

Diese Varianten werden seit November 2020 untersucht, so Frank Wruck. Nicht zuletzt durch die Neubauten in den Ostender Höhen habe sich das Erschließungsdefizit im Stadtteil Ostende vergrößert. Neben der einfachen Verlängerung über die Saarstraße bis zum Recyclinghof als Variante 1 wurde die Ringvariante mit stetigem Verlauf wie in Nordend oder mit wechselndem Verlauf geprüft. Schließlich stand auch noch die beidseitige Verlängerung über die Freienwalder Straße unter Verzicht auf die bisherige Linienführung über die Saarstraße oder im Wechselbetrieb zur Debatte.

Für die Varianten 2 und 3 in den verschiedenen Untervarianten wären zusätzliche Fahrzeuge inklusive Fahrpersonal notwendig. Das war letztlich die entscheidende Prämisse der Kreisverwaltung. Daher haben sich BBG, Kreis- und Stadtverwaltung bereits am 12. November über die Variante 1 als Vorzugsvariante verständigt, mit der Maßgabe einer geeigneten Wendestelle. Hierzu gab es seit Januar 2021 weiterführende Untersuchungen. Diese beschreiben eine neue Wendestelle für den Obus am Gelände des Recyclinghofes, während die Untervariante ohne Wendeschleife durch Umfahrung über den Grenzweg ausgeschlossen wurde.

Die BBG prüft inzwischen, inwieweit eine Elektrifizierung für den auszubauenden Abschnitt der Saarstraße notwendig ist. Neben dem vollständigen Batteriebetrieb als Alternative zur Oberleitung wäre auch die Installierung einer lokalen Ladestation an der Wendestelle möglich. Die Verlängerung der Oberleitung würde auf jeden Fall auch die Errichtung einer neuen Trafostation erfordern.

An einer Straßenraumbreite von 6 Metern wird festgehalten, um einen Begegnungsfall Bus-Bus oder Bus-LKW bei Schrittgeschwindigkeit zu gewährleisten. Die BBG bevorzugt die Oberleitung mit gemeinsamen Masten auch für die Beleuchtung und 2 Haltestellen an der Wendestelle. Die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft, die den Recyclinghof betreibt, würde entsprechende Flächen zur Verfügung stellen und möchte gerne die Haltestellen am Recyclinghof.

Auf der Grundlage der Absprachen werden nun erweiterte Vermessungs- und Planungsleistungen für den Ausbau der Saarstraße durchgeführt, informierte Tiefbauamtsleiterin HEIKE KÖHLER. Die Vorplanung soll im September im ASWU vorgestellt werden und die Entwurfsplanung im I. Quartal 2022 erfolgen. Im II. Quartal soll die Genehmigungsplanung folgen, um im III./IV. Quartal die Ausführungsplanung und die Ausschreibung realisieren zu können. Mit dem Bau kann dann ab dem I. Quartal 2023 begonnen werden, der bis Ende 2024 abgeschlossen sein soll.

Im Ergebnis der Diskussion zu der Verwaltungsinformation (ohne Beschlußvorlage) wird festgehalten, ist der Niederschrift der ASWU-Sitzung zu entnehmen, daß die Verwaltung mit der Umsetzung gemäß der in der Präsentation vorgestellten Vorzugsvariante 1.2 *»Verlängerung der bestehenden Obuslinie über die Saarstraße bis zum Recyclinghof mit Wendeschleife am Gelände des Recyclinghofs«* beauftragt wird.

Das Fahrrad-*Parkhaus am Bahnhof*

Richtfest für das »hölzerne Wahrzeichen« für die nichtmotorisierte Mobilität in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Im Juni 2020 erfolgte das Startsignal für den Bau eines *»Leuchtturm-Projektes«* in Eberswalde. Am Hauptbahnhof startete die Konstruktion des Fahrradparkhauses in Holzbauweise. Gut ein Jahr später, am 23. Juni 2021, erfolgte nun das Richtfest des ehrgeizigen Bauprojektes, welches sich zu einem hölzernen Wahrzeichen der Stadt entwickelt.

»Unser Fahrradparkhaus am Bahnhof in Holzbauweise ist ein deutschlandweit einmaliges Projekt und zeichnet unser Eberswalde einmal mehr als nachhaltige Stadt aus. Die Förderung alternativer Mobilität wie dem Fahrradfahren, mit einer Konstruktion aus einem nachwachsenden Rohstoff zu schaffen, ist wirklich ein Leuchtturm-Projekt, auf das die Eberswalderinnen und Eberswalder zurecht Stolz sind. Ein Jahr nach dem Baustart hat sich das Projekt bereits zu einem imposanten und markanten Bau im Herzen der Stadt entwickelt«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Nach den Fahrradparkhäusern in Bernau, Potsdam und Oranienburg wird das Parkhaus in Eberswalde die vierte Bike+Ride-Station in Brandenburg sein. Insgesamt 604 Räder verschiedenster Art werden hier auf engstem Raum Platz finden, darunter wird es 60 zur Vermietung bestimmte Fahrradboxen geben.

Foto: JÜRGEN GRATZOW

Zusätzlich erhält das Gebäude ein Gründach und in Teilflächen auch eine Photovoltaikanlage zur Eigenstromversorgung. Der erzeugte Strom wird gespeichert und bei Bedarf für Beleuchtung und das Laden der Batterien verwendet. Auf diese Weise produziert das Gebäude die Energie, die es selbst benötigt. Gleichzeitig wird mit dem Fahrradparkhaus auch die Mobilitätsscheibe *»Eberswalder Bahnhof«* aufgewertet. Es schafft nicht nur zusätzliche Abstellmöglichkeiten und somit einen erleichterten Umstieg vom Fahrrad auf die Züge, sondern bringt auch Ordnung in das Bahnhofsumfeld, in welchem allzu oft Fahrräder dort abgestellt werden, wo es gerade paßt – auch ohne Rücksicht auf die Mitmenschen.

Neue Bürgerinitiative will alte Bahnstrecken reaktivieren:

»Mehr Eisenbahn in Brandenburg«

Eine neue Bürgerinitiative (BI) setzt sich für einen Ausbau des Schienenverkehrs in Brandenburg ein. Alte Bahnstrecken sollen reaktiviert und so auch ländliche Gebiete wieder an den Schienenverkehr angeschlossen werden. Die bestehenden Strecken sollen schneller werden, um Pendlern den Umstieg auf den Zug zu erleichtern oder überhaupt erst möglich zu machen. In ganz Brandenburg soll eine attraktive, moderne und auch im ländlichen Raum mit dem ÖPNV abgestimmte Bahn erreicht werden.

Foto: Bürgerinitiative

Auf der Gründungsversammlung am 26. Juni in Ringenwalde wurde Hans-Joachim Rowold, ein ehemaliger Eisenbahner im Ruhestand, zum Vorsitzenden gewählt. Unter den 20 Gründungsmitgliedern der BI sind nicht nur ehemalige, sondern auch noch aktive Eisenbahner, die ihr Fachwissen einbringen wollen. Die BI beschloß einstimmig, sich den Brandenburger Vereinten Bürgerbewegungen (BVB/Freie Wähler) anzuschließen, um gemeinsam in Kommunen, Kreistagen und im Landtag die Verbesserung des SPNV* voranzubringen.

Aktuelle Schwerpunkte der neuen BI sind unter anderem der Regelbetrieb der RB63 von Eberswalde bis Templin mit einem Stundentakt, der auf den RE3 abgestimmt ist, sowie die Reaktivierung der Strecken Wriezen-Werneuchen-Berlin und Templin-Prenzlau.

Die BI versteht sich als Netzwerk und Dachverband vieler aktiver und ehemaliger Eisenbahner. Als Teil einer sachorientierten, hartnäckig getragenen Politik und eines Netzwerks kann nun Politik im Sinne der Eisenbahn *»gefahren«* werden, um endlich eine klimafreundliche Verkehrswende voranzutreiben.

Mit den Mitgliedern der BI hat die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler bereits in den vergangenen Monaten zusammengearbeitet, um Anfragen und Ausschußtagesordnungspunkte einzureichen, um das Ziel der Reaktivierung der Bahnstrecke Templin-Prenzlau zu fördern. Besonders im ländlichen Brandenburg sind solche Strecken in naher Zukunft ein möglicher starker Wirtschaftsfaktor durch Tourismus und Pendler.

Im Sinne von mehr Umwelt- und Klimaschutz sollten noch größere Anstrengungen unternommen werden, um noch mehr Güterverkehr wieder auf die Schiene zu verlagern. Hierzu müssen zielgerichtet Haushaltsmittel bereitgestellt und Beschlüsse gefaßt werden, damit auch einst wichtige Nebenstrecken wiederbelebt werden können.

Schon im Juli wird die neue BI ein Grundsatzpapier erarbeiten. Hierzu werden alle Eisenbahnfreunde in Brandenburg eingeladen. Zusammen mit BVB/Freie Wähler sollen aus den heutigen Bummelzügen schnelle Verbindungen werden, die auch im ländlichen Raum Haltepunkte bieten. Dafür ist eine bahnfreundliche Politik in den Gemeinden, in den Kreisen und im Land nötig.

SVEN WELLER

* SPNV = schienengebundener Personennahverkehr

»RadBrückenSchlag«

Eberswalde (bbp). Im September 2020 hatten die Eberswalder Stadtverordneten die Verwaltung ermächtigt, zur Einleitung erster Planungsschritte zum Projekt *»RadBrückenSchlag«*, dem Bau einer Brücke für Fußgänger und Radfahrer vom Bahnhof zum Forßmannkrankenhaus über die Gleisanlagen des Bahnwerkes, Fördermittel zu beantragen. Im Mai informierte die Baudezernentin Anne Fellner im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), daß der Antrag bewilligt worden sei. Diese Bewilligung beinhaltet die Teilmaßnahme *»Vorleistung und Planung«* für den Umsetzungszeitraum 1.5.21 bis 31.12.26 in Höhe von 705.092 Euro und entspricht einer Förderquote von 80 %.

Die gesamten Kosten für die Planungen (Leistungsphase 1-6) betragen 881.365 Euro, das heißt, es müssen Eigenmittel in Höhe von 176.273 Euro (20%) bereitgestellt werden. Hierfür stehen gemäß des Antrages der Fraktion FDP|Bürgerfraktion Barnim zur *»Mobilität der Zukunft«* jeweils 100.000 Euro aus den Haushaltsjahren 2020 und 2021 zur Verfügung.

Ein zweiter Fördermittelbescheid ist für Ende 2023 vorgesehen, der gemäß Kostenschätzung voraussichtlich etwa 3,7 Millionen Euro betragen wird. Die Eigenmittel sollen unter anderem über noch nicht beschiedene Landkreis-Mittel und aus dem städtischen Haushalt abgedeckt werden. Als nächste Schritte erfolgen bis Ende Juni die EU-weiten Ausschreibungen für die Planungsleistungen. Die Auftragsvergabe ist für Dezember 2021/Januar 2022 vorgesehen. Die vorbereitenden Leistungen, Vermessung und faunistische Untersuchungen, wurden bereits beauftragt und sind auch rückwirkend förderfähig.

Weiträumige Ortsumgehung

Bernau (bbp). Im März hatte die Stadtverordnetenversammlung (StVV) Bernau beschlossen, sich für eine Umgehungsstraße zur Entlastung der Bernauer Innenstadt einzusetzen. Thema ist das bereits seit der Wende in Bernau. An den Bernauer Beschluß anknüpfend, hat das die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler im Juni aufgegriffen. Die Landesregierung soll beauftragt werden, der Realisierung der Ortsumgehung Priorität im Landesstraßenbedarfsplan beizumessen und zeitnah dem zuständigen Ausschuß für Infrastruktur und Landesplanung zu berichten.

Bauen mit Lehm

Ökologisches Bauen praktisch lernen und darüber in Austausch kommen – oder einfach Spaß am Mit-Lehm-matschen. Das gibt es vom 10. bis 25. Juli in Peetzig bei Angermünde!

Wir dämmen unsere dritte Hausseite unter Anleitung der arcana Baugesellschaft. Wir werden Strohballendämmung an die Fassade unseres Hauses anbringen und anschließend mit Lehm verputzen, wofür wir Lehmputz aus Grubenlehm herstellen. Drumherum gibt es viel Austausch und Infos über das ökologische Bauen mit und von dem Experten Otto Rogge.

Für lecker Essen sorgen wir, der See nebenan sorgt für Abkühlung, für Zelte etc. sorgt bitte ihr (könnt uns aber auch gern ansprechen).

Versucht bitte, mindestens 3 Tage dabei sein zu können, dann lernt ihr mehr und wir erklären nicht jeden Tag wieder die Grundlagen.

Kosten: 30 Euro/Tag, ermäßigt 15 Euro/Tag, zzgl. einmalig 10 Euro Unfallversicherungspauschale, zzgl. Essensbeitrag. Falls es am Geld fehlt, sprecht uns bitte an! Wir finden gemeinsam Lösungen... Anmeldungen oder Fragen an: Tel. 0176/20481264 oder über eMail an: immanuel.stork@gmx.de.

Der Peetzig PENG eV. freut sich auf euch!

IMMANUEL STORK

Die Grünschweine

Schweine sind schlaue Tiere, das weiß man auch ohne die von Walt Disney erfundene Comicfigur »Schweinchen Schlau« zu kennen. Schweine dienen dem Menschen als wichtige Nahrungsquelle. Sie fühlen sich wohl, wenn sie sich im Schlamm suhlen können. Es gehört gewissermaßen zu ihrem Wesen. Dabei sehen sie nicht gerade appetitlich aus, wenn sie vom Schlamm bedeckt sind.

Daher hat sich eine sprachliche Verbindung mit der Verschmutzung und den Schweinen entwickelt. Man verwendet im Alltag oft solche Worte wie Drecksau oder Dreckschwein, um eine Person, die eine Verschmutzung verursacht hat oder selbst schmutzig ist, so zu bezeichnen. Das kommt auch im Zusammenhang mit Verschmutzungen der Umwelt vor. Weiter gedacht führt das dann zwangsläufig vom Thema Umweltverschmutzung zu Leuten, die sich als Grüne bezeichnen.

Das soll keine Anspielung auf eine Parteizugehörigkeit sein – schließlich gibt es auch eine Partei, die sich grün gibt, die aber in Balken- und Tortengrafiken immer schwarz dargestellt wird. Aber diese Partei äfft Grüne nur nach. Weil nun die Politik von sogenannten Grünen eine für den Bürger doch recht teure Umweltverschmutzung darstellt, wäre es allzu logisch – und auch modern – von Grünschweinen zu sprechen. Das klingt nicht so ordinär wie Dreckschweine.

Man schaue sich nur die Liste von Beispielen an, die die obige Behauptung unterstützt.

Da wäre zunächst die Sache mit dem Grünen Punkt. Die angebliche Absicht, Müll zu vermeiden, indem beim Kauf eines verpackten Produktes eine Zwangsgebühr zu zahlen ist, hat nicht funktioniert. Vielmehr wurde ein finanzieller Anreiz geschaffen, möglichst viel Müll zu produzieren, weil die erhobene Zwangsgebühr zu enormen Gewinnen bei den Unternehmen der Müllverarbeitung führt.

Behauptet wird auch, Biosprit sei zum Antrieb von Verbrennungsmotoren umweltfreundlicher als vergleichbare Mineralölkraftstoffe. Diese Fehleinschätzung führte dann dazu, daß die Landwirtschaft verstärkt Anbauflächen, trotz des weltweiten Hungers, nicht mehr zur Nahrungsmittelproduktion verwendete, sondern auf Energiepflanzenproduktion umrüstete. Die dadurch entstehenden Monokulturen sind nun hervorragend für den Einsatz von Herbiziden und Kunstdünger geeignet und leisten keinen Beitrag zum Umweltschutz und ganz speziell keinen Beitrag zum Insektenschutz. Als Nebeneffekt tummeln sich nun noch viele Wildschweine in den riesigen Maisschlägen. Die dadurch verursachte größere Populationsstärke steigert das Risiko für Tierseuchen und Wildschäden. Selbst wenn es nun in der BRD einen Anbaustopp für Energiepflanzen gäbe, dann würde das nur zur weiteren Vernichtung der tropischen Regenwälder, wo riesige Flächen abgeholzt werden und dann der Palmölproduktion dienen als Grundstoff für die Biospriterzeugung.

Nicht nur der tropische Regenwald ist durch die Energieerzeugung bedroht. In der BRD werden zunehmend die vorhandenen Wälder durch Windräder zerstört. Allein in den Wäldern Brandenburgs stehen bereits 327 Windkraftanlagen. Zum Bau dieser Anlagen wird der Wald nicht nur am Standort des Windrades gerodet, zusätzlich fällt der Wald den Kabeltrassen und Waldstraßen zum Opfer. Eventuell benötigte Ersatzteile für das Windrad werden sicherlich nicht mit dem Lastenfahrrad angeliefert. Die mit reichlich Mineralöl geschmierten Propeller erhöhen die ohnehin schon hohe Waldbrandgefahr in den Wäldern Brandenburgs.

Einst wurde auf der Parteischule gelehrt, daß Kapital sich immer dort ansiedelt, wo es die günstigsten Bedingungen findet. Das würde bedeuten, energieintensive Industrien, wie sie im Süden der BRD vorzufinden sind, müßten sich eigentlich im Norden und im Osten der BRD ansiedeln, wo die Energie vorhanden ist. Doch die Parteilehrer hatten nicht die staatlichen Subventionen im Blick gehabt. Durch eine falsche Subventionspolitik wird nun stattdessen der Wald für riesige Stromtrassen zerstört. Man kann das auch in Eberswalde sehen. Das ist die wahre grüne Politik.

Weil der von der BRD-Regierung beschlossene Emissionshandel mit Kohlendioxidverschmutzungsrechten – das ist der moderne Ablaßhandel – nicht den beabsichtigten Erfolg lieferte, außer einer erneuten Steigerung des Strompreises für Privathaushalte, wurde auf Initiative der Grünen die schädliche CO_2-Steuer eingeführt. Sie erhöht den Preis von Kraftstoffen weiter und man erhofft sich dadurch eine Reduzierung des motorisierten Straßenverkehrs. Doch auch hier gleitet der Wunsch ins Gegenteil ab. Lohnte es sich bisher nur im grenznahen Bereich zum Billigtanken nach Polen zu fahren, so weitet sich nun der Bereich, wo die Fahrt ins Nachbarland lohnt, mächtig nach Westen aus. Der Tanktourismus und demzufolge der Straßenverkehr in Richtung Polen wird also durch diese Steuer zunehmen. Statistisch betrachtet könnte der CO_2-Ausstoß durch diese Maßnahme tatsächlich sinken, weil der verkaufte Kraftstoff nun nicht der BRD, sondern Polen angerechnet wird. Aber real wird dieser zusätzlich getankte Polensprit natürlich hauptsächlich auf BRD-Territorium verfahren und hier als CO_2 in die Luft geblasen.

Die Beispiele der Umweltverschmutzung durch Grüne Politik ließen sich beliebig fortsetzen. Grüninnen und Grüne fühlen sich offensichtlich sauwohl.

REINER SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Grüner Direktkandidat

Der Bernauer Stadtverordnete Kim Stattaus (43) ist der bündnisgrüne Direktkandidat im Wahlkreis 59 (MOZ/BAR II). Kim Stattaus ist Wirtschaftsingenieur und alleinerziehender Vater eines Sohnes. Neben dem Fraktionsvorsitz in Bernau vertritt er Bündnis 90/Die Grünen auch im Kreistag Barnim und leitet dort den Ausschuß für Haushalt und Finanzen.

Als seine wichtigsten politischen Ziele für den Bundestag bezeichnete Kim Stattaus eine größere Transparenz bei Politikberatung und Lobbyismus, deutliche Veränderungen bei der Ausrichtung von Subventionen, ein Recht auf Reparierbarkeit für alle Produkte in Verbindung mit dem Verbot der geplanten Obsoleszenz, d.h. der vorsätzlichen Begrenzung ihrer Lebensdauer.

SARAH POLZER-STOREK
Sprecherin KV Barnim

Tesla kommt und die Arbeitsgerichte schließen

Eberswalde (ver.di/bbp). Diese Logik drängt sich dem auf, der die Pläne von Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) verfolgt.

»Ohne die Sozialpartner, ohne öffentliche Beteiligung, ohne eine Spur Dialog- und Kompromißbereitschaft und dann auch noch ohne schlüssiges Konzept will Susanne Hoffmann die Arbeitsgerichtsstandorte Potsdam, Eberswalde und Senftenberg schließen – als wenn Reformvorhaben in der Justiz noch immer wie zu Kaisers Zeiten per Federstrich entschieden würden.« Der ver.di-Landesbezirksleiter Frank Wolf sagt weiter: *»Potsdam wäre nach den Plänen von Susanne Hofmann die einzige Landeshauptstadt Deutschlands ohne eigenes Arbeitsgericht. Deutlicher kann man nicht machen, daß es um die Abschaffung von Arbeitnehmerrechten geht.«* Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung erwartet die Gewerkschaft arbeitrechtliche Auseinandersetzungen. Aber *»nicht nur die Beschäftigten würden unter der Federstrich-Politik der Justizministerin leiden: Auch die örtliche Wirtschaft, die Verwaltung, die Ehrenamtsstrukturen und nicht zuletzt die gesetzlich garantierten Rechte der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger würden Schaden nehmen.«*

Susanne Hoffmann hatte angekündigt, die Arbeitsgerichtsstandorte in Potsdam, Eberswalde und Senftenberg schließen und durch sogenannte *»Gerichtstage«* ersetzen zu wollen. Dieses Konzept ist schon Mitte der 90er gescheitert, weil zu ineffizient und zu teuer. Diesen massiven Eingriff in die Brandenburger Justiz wollte die Ministerin über die Köpfe aller Betroffenen im Alleingang durchsetzen.

Inzwischen gab es als Kompromiß die Zusage, daß in Eberswalde eine Außenstelle von Frankfurt (Oder) bestehen bleibt.

Lesermeinung:

Die BDG ist pappesatt

Wie die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG) – das ist der Barnimer Abfallentsorger – aktuell mitteilt, nehmen die zu entsorgenden Pappe- und Papiermengen überhand und eine Entsorgung ist mit erheblichem Mehraufwand verbunden, welcher nicht über den Gebührenhaushalt gedeckt werden könne. Die BDG bittet daher überschüssige Pappe, selbst zu entsorgen oder ggf. einen Papierbehälter zusätzlich zu bestellen.

Bernau-live berichtete: *»An den Entsorgungstagen liegen bergeweise Kartonagen, teils in den sperrigsten Größen, neben den randvollen 240 Liter-Papiertonnen, beschreibt Tino Pompetzki, Bereichsleiter Verkehr und Entsorgung die Situation. Dabei gehören Papier- und Pappabfälle, die nicht mehr in die blaue Papiertonne passen, auf den Recycling- oder Wertstoffhof. Sie können dort kostenfrei entsorgt werden.«*

Foto: BDG

Seit wann aber wird denn die Mitnahme von Kartonagenbergen als Service betrachtet, wenn es denn gar keiner ist? Da bräuchte es am Ende doch glatt GAR keine Tonne, könnte ein Schelm meinen. *»Die Barnimer führen nur das weiter, was wir im Rahmen der coronabedingten Hofschließungen zu Beginn des Jahres angeboten haben, erinnert Christian Mehnert, Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim, an das Entgegenkommen der BDG, auch zusätzliche Kartonagen mitzunehmen, da die Entsorgung auf den Höfen zwischenzeitlich nicht möglich war.«* Jaja, bereits im Winter fragten sich die Bürger, ab welcher Inzidenz ist Pappe eigentlich noch *»tragbar«*? Warum bietet man den Kunden eine virale Ersatzlösung an, der sich lediglich als pappeweicher Logistikcoup erweist? Denn in den Siedlungsbereichen stapeln sich hier und da Wertstoffe durch kurzschlüssige Entscheidung von Seuchenamtsschutz Gnaden.

Aber jetzt zu jammern, man hätte da zu viel zu tun, kann nicht gelten. Da auch früher kaum alle blauen Tonnen voll waren, also bei weitem nicht die ganze Kapazität der Tonnen ausgenutzt wurde, wie sie allen Haushalten zusammen zur Verfügung stehen, muß die BDG als Dienstleister darauf kalkuliert haben, daß Haushalte sowieso nie die volle Menge der angebotenen Abfuhrmengen abholen lassen. Der Anbieter hatte den Vorteil, für Nennmengen (Füllmenge der blauen Tonnen mal Haushalte) bezahlt zu werden, aber nie auch soviel abnehmen zu müssen, sondern stets weniger. Eine schöne Rechnerei zugunsten des Anbieters, die jetzt zu platzen scheint, denn durch die Umstände sieht man erstmals die ganze Menge, die zusammen aus den Haushalten kommt. Und jetzt wird es angeblich eng. Dabei kann es gar nicht eng werden, denn die Abnahmemengen sind auf den Liter genau kalkuliert und die bisherigen Abnahmemengen auf den Wertstoffhöfen sollten auch bekannt sein. Wer hier 1 und 1 zusammenrechnet, wird auf die gleiche Summe kommen, wie zuvor. Wetten daß? Wieviel Ehrlichkeit darf man also der *»Sorge«* des Betreibers zurechnen? M.E. gar keine, denn es geht hier schlicht nur ums Geld.

THOMAS TOBLER

Fraktion erinnerte an Überfall

Unsere Fraktion nutzte die Online-Fraktionssitzung am Vorabend des 22. Juni, um an den Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion zu erinnern, der sich in diesem Jahr zum 80. Male jährt. Das Mitglied des Kulturbeirates Tobias Emmerich trug mit Gitarrenbegleitung zu diesem Anlaß das Lied *»Es ist an der Zeit«* von Hannes Wader sowie ein Gedicht von Hanns Dieter Hüsch vor.

Vor dem emotionalen Ausklang der Fraktionssitzung standen aktuelle kommunale Themen im Mittelpunkt. Kontrovers wurde der aktuelle Vorschlag zum Bürgerbudget diskutiert.

Die grundlegenden Mängel des Bürgerbudgets, mit dem ein Beteiligungshaushalt nach dem Vorbild von Porto Alegre bestenfalls vorgegaukelt wird, bleiben auch mit den beständig vorgetragenen Verbesserungen erhalten. Statt die Bürgerinnen und Bürger zur gemeinsamen Diskussion mit dem Ziel tatsächlicher Mitbestimmung über den Haushalt oder zumindest Teilen davon zu animieren, wird mit dem Bürgerbudget der Streit und die Konkurrenz zwischen den Bürgergruppen, die Vorschläge einreichen, gefördert.

Die Fraktion wird sich dennoch daran beteiligen, wenigstens die gröbsten Ungerechtigkeiten des Bürgerbudgets zu mildern.

Die Themen Entsorgung von Pappe und Papier sowie Wasserspielplätze in Eberswalde wurden Gegenstand von Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung. Bei den Themen Solaranlagen auf Eberswalder Dächern und Beitritt zum Bündnis »Seebrücke«/Sicherer Hafen für Geflüchtete wird die Fraktion als Miteinreicher agieren.

MIRKO WOLFGRAMM,
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

8. Flußbadetag

Am Sonntag, dem 11. Juli, von 14 bis 17 Uhr, laden Bündnis 90/Die Grünen wieder zu einem Flußbadetag am Finowkanal in Eberswalde ein. Bereits zum 8. Mal wird der Messingwerkhafen im Ortsteil Finow dann zum Badestrand. Um 15 Uhr findet ein gemeinsamer europaweiter Sprung, ein *»Big Jump«*, in das ansonsten für das Baden gesperrte Gewässer statt. Vereine und Initiativen werden sich präsentieren und für touristische Angebote rund um den Finowkanal werben. Kinder können Kanu fahren, Standup-Paddeln und sich auf dem Spielplatz austoben. Es gibt Live-Musik, Kaffee, Eis und mehr.

Um 15.30 Uhr bieten wir eine Führung zu dem nahegelegenen, historisch bedeutsamen Kupferhaus in der Messingwerksiedlung an. Für dessen Erhalt und denkmalgerechte Sanierung setzen sich bündnisgrüne Vertreter seit geraumer Zeit ein.

Bei der Veranstaltung dabei sein werden u.a.: die Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde Karen Oehler, die für unsere Region zuständige Landtagsabgeordnete Carla Kniestedt und der Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Uckermark/Barnim I, Michael Kellner.

Für Carla Kniestedt ist der Flußbadetag zugleich Ausklang ihrer politischen Sommertour mit dem Campingmobil *»Über die Dörfer«*, auf der sie eine Woche lang unterwegs war. Am Vortag führt sie um 11 Uhr Gespräche in Bernau zum Thema Inklusion und um 15 Uhr beim Kontakt e.V. in Eberswalde zum Thema Integration und Migration, bevor sie sich um 18 Uhr in Brodowin mit der ortsansässigen Hebamme zur Geburtshilfe im ländlichen Raum austauscht. Am Sonntag, unmittelbar vor ihrer Teilnahme am Flußbadetag in Finow, besucht sie um 11 Uhr noch die forstmeteorologisch-hydrologische Versuchsstation auf dem Eberswalder Drachenkopf.

Für die Zukunft des Finowkanals sind inzwischen wichtige Weichen gestellt. Von den Anrainerkommunen und dem Landkreis Barnim wurde ein Zweckverband gegründet, der sich um die Sanierung der historischen Schleusen und ihren späteren Betrieb kümmern wird. Die Planungen für die Rekonstruktionsmaßnahmen laufen und der Fortbestand des Kanals als schiffbares Gewässer scheint gesichert. Wir Bündnisgrünen begrüßen das sehr. Wir setzen uns weiterhin aktiv für einen sauberen und lebendigen Finowkanal ein, dessen Potential für die Entwicklung der Stadt Eberswalde und der Region zunehmend ausgeschöpft wird. Dazu gehören für uns innerstädtische Badestellen, Angelmöglichkeiten, Rad- und Bootstourismus, attraktive Uferbereiche und natürlich weiterhin viel Natur entlang des Gewässerlaufs.

Für diese Ziele wollen wir mit dem Flußbadetag erneut ein Zeichen setzen.

KAREN OEHLER

Verkehrswende mit Links

Den Weltumwelttag (5. Juni) nutzte eine Initiative der Stadtfraktion DIE LINKE in Bernau zu einer Radelrunde mit Musik bei schönstem Wetter durch die Innenstadt. Martin Günther moderierte das damit verbundene kurze Programm, bei welchem auch Niels-Olaf Lüders, der Bundestagskandidat der Linken, auf dem Bahnhofsplatz zu den Zuschauern sprach. Er betonte in einer kurzen Rede, daß es höchste Zeit ist, die soziale mit der ökologischen Frage zu verbinden. DIE LINKE markiert das Thema als sozial gerechte und ökologische Aufgabe. Auf einem Flyer hat sie sich zu vier Eckpunkten bzgl. einer Verkehrswende festgelegt:
1- Kostenloser ÖPNV mit bundesweit zeitlich gestaffelter Einführung,
2- Überführung von Deutscher Bahn und Lufthansa in einen Mobilitätskonzern,
3- Mobilitätsprämie für alle sowie
4- Automobilindustrie sozial gerecht umbauen.

Entsprechend dieser Grundsätze wurde auch für Bernau von der Initiave Radverkehr um die Idee einer verkehrsfreien Innenstadt öffentlich geworben. Schade nur, daß dieses Thema nicht allzu viele Interessenten fand.

Thomas Tobler [bbp-lokal bernau]

Kreistag Barnim:

Arbeitskreis gebildet

Schulentwicklungsplanung 2022-2027

In diesem Jahr steht die Diskussion des neuen Schulentwicklungsplanes für den Landkreis Barnim auf der Tagesordnung des Kreistags. Schon jetzt ist klar, daß es viele Interessen, Bedürfnisse und Zukunftsszenarien zu besprechen gibt. Hierfür ist die im Bildungsausschuss (A7) zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichend.

Bereits jetzt dauert der Ausschuß häufig drei bis vier Stunden. Auf meine Initiative hin beschloß der A7 nun einstimmig, eine temporäre Arbeitsgruppe mit dem Thema Schulentwicklungsplanung zu bilden. In dieser Arbeitsgruppe können alle Kreistagsmitglieder und Sachkundigen Einwohner mitwirken, die Interesse an dem Thema haben.

Bisher gibt es im Kreistag wenig Erfahrungen mit dieser Form des Arbeitens. Umso mehr freue ich mich auf den Austausch und die Zusammenarbeit in diesem Gremium.

KATJA HOYER

Rothe Erde schließt

Eberswalde (bbp). Ernüchternd ist das Fazit im Kampf um den Erhalt des Werkes der Thyssenkrupp Rothe Erde GmbH auf dem Eberswalder Kranbaugelände. Zwar wurde dem Konzern ein Sozialplan abgerungen, aber von der Betriebsschließung ließen sich die thyssenkrupp-Manager nicht abbringen. Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI informierte die Stadtverordneten über einen Brief, in dem sich der Betriebsrat für die gezeigte Unterstützung bedankt.

Neubau & Modernisierung im Brandenburgischen Viertel:

Stadtentwicklungsvorhaben der WHG

Zu dem sehr ehrgeizigen und ambitionierten WHG Sanierungs- und Instandhaltungsprogramm 2021 mit mehr als 18,5 Millionen Euro in Eberswalde werden durch die stadteigene WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH von 2021 bis 2024 weitere 11 Millionen Euro in Neubau und für Modernisierung im Brandenburgische Viertel investiert.

Foto: THOMAS GADICKE

Nach dem jahrelangen Ringen um und für das jüngste Quartier der Stadt sind jetzt mehrheitlich die Weichen gestellt für den Wandel. Wobei auch in den letzten fünf Jahren fast 5 Millionen Euro in die Aufwertung und Bestandserhaltung der Immobilien im Brandenburgischen Viertel geflossen sind. Kosten der Instandhaltung, die die WHG als Vermieter getragen hat und keine Auswirkungen auf den Mietpreis hatten.

Unter dem Arbeitstitel *»Masterplan BBV«* haben wir bei der WHG aus eigener Hand das Projekt Neubau & Sanierung entwickelt, um die Wohn- und Lebensqualität, die Architektur, die Nachbarschaften und das Miteinander der Menschen aller Generationen zu denken, zu planen und mit Hilfe einer professionellen Quartiersentwicklung erfahrener Architekten für industriellen Plattenbau ein gelungenes energetisch nachhaltiges Konzept *»Green Building«* für die Sanierung und Modernisierung der Cottbuser Straße 2-8 und Finsterwalder Straße 1- 11 entworfen.

Mehr als 90 dieser Bestandswohnungen werden barrierearm und teilweise barrierefrei und rollstuhlgerecht mit Aufzug ausgestattet. Die geplanten Neubauten mit etwa 20 Wohnungen und Wohngemeinschaften ebenso. Der Ausbau des Bestandes an barrierearmen und -freien Wohnungen ist ein wichtiger Meilenstein bei der Umsetzung unserer Strategie WHG 2025.

Die energetische Bestandssanierung ist geplant mit einem grünen nachhaltigen Energiekonzept für Wärme und Stromversorgung sowie klimafreundliche Fassadenbegrünungen. Die Wohnattraktivität wird durch Einbau von Aufzügen, Fassadendämmungen, neuen Fenstern, Eingangsbereichen, Angeboten von Elektromobilität gesteigert.

Der Clou des Ganzen wird ein geplanter dreiteiliger Neubau bis 2024 mit mehr als 1.300 m² Wohn- und Gemeinschaftsfläche mittendrin für Wohnen in Gemeinschaft, Nachbarschaftsbegegnungen und Mehrgenerationswohnen. Der kleine Obstgarten vor der Tür, ein Projekt der Stiftung WaldWelten in Kooperation mit der Kita Arche Noah wird genauso zum Mittelpunkt mit kleinem Marktplatz im Quartier zum Verweilen, Zusammenkommen und für den Austausch.

So der Plan. Viel Arbeit, viel Vorbereitung, Beratungen & Informationen mit Mieterbeteiligungen steht an für das WHG-Team. Sobald größere Zusammenkünfte wieder möglich sind, werden wir die Mieter zu Informationsveranstaltungen rund um die Sanierung und Modernisierung einladen, um das Projekt und Konzept vorzustellen. Die Vorbereitungen sind angelaufen und die Sanierungs- und Bauarbeiten werden Anfang 2023 bis Ende 2024 realisiert.

Was dauert so lange? Die WHG ist öffentlicher Auftraggeber und muß diese Bauvorhaben, die Maßnahmen öffentlich bis europaweit öffentlich ausschreiben. Das ist nicht nur arbeitsaufwendig, sondern auch sehr zeitaufwendig. Die Mieterbeteiligung erfordert Mieterinformationsveranstaltungen und natürlich die Einhaltung und Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben zur Modernisierung im Bestand.

Mit allen WHG Investitionen wollen wir die positive Unternehmensentwicklung und die Stadtentwicklung fortführen. Der Fokus richtet sich auf eine sichere und wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens, durch eine Stabilität und Verbesserung der Eigenkapitalquote und der Sicherung und Verbesserung der Notenbankfähigkeit der Deutschen Bundesbank.

DOREEN BODEN

Nachgeholter Frauentag

Der Arbeitsplan des Vorstandes der Studiengruppe hatte trotz der Beschränkungen durch das Corona-Virus vielfältige Aufgabenstellungen 2021 zum Inhalt. Wesentlich waren die Beratungen und Gespräche, die fernmündlichen Abstimmungen und Entscheidungen zu den verschiedensten Aufgabenstellungen. In allem Handeln waren uns die anhaltende Verbundenheit untereinander, die Führung von gemeinsamen Gesprächen am Telefon, die Unterstützung unserer Mitglieder und Freunde wichtig. Unser solidarischer Gedanke galt in regelmäßiger Folge unseren Partnern und Unterstützern, dem Gasstättenkollektiv *»Cafe am Weidendamm«*, den Menschen in Nordkorea, die Sorge um die Gestaltung des Kinderferienlagers im Internationalen Jugendlager in Nordkorea u.a.

Die geplante Feier zum Internationalen Frauentag mußte unter den Bedingungen der Pandemie mehrfach verschoben werden. Am 30. Juni holten wir die Ehrung der Frauen in unserer Studiengruppe und der Partnerinnen und Sympathisantinnen nach. Gratulanten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin kamen in den festlich geschmückten Gastraum des *»Café am Weidendamm«*. In Grußschreiben bedauerten viele Freunde aus fernen Korea-Studiengruppen, daß sie nicht selbst kommen konnten und wünschten uns weiterhin Erfolg in der Verbreitung des Freundschaftsgedanken zum nordkoreanischen Volk.

Wie üblich wurde die Frauentagsfeier mit Musik eingeleitet. Der Vorsitzende Michael Koth führte in seiner Gratulationsrede an die Frauen viele positive, aber auch notwendige Veränderungen für die Frauen an. Dabei ging er auch auf die gegenwärtigen Belastungen der Frauen in der Welt durch das Corona-Virus ein. Nach seinen Worten würdigte er gemeinsam mit der Vorsitzenden unserer Frauenkommission Agnes Grüning die anwesenden Frauen und überreichte ihnen ein von der Vorsitzenden mit viel Liebe eingepacktes Dankeschön der Männer der Studiengruppen. Auch für die fleißigen Frauen des Cafés gab es eine solche Anerkennung. Wir gedachten gleichfalls den Leistungen der weiblichen Mitarbeitern der Koreanischen Botschaft in Berlin.

Es folgten Auswertungen der geleisteten Arbeiten im Corona-Jahr und Hinweise zu künftigen neuen Aufgabenstellungen. Ein jugendlicher Teilnehmer an der Demonstration der FDJ-Jugend in Berlin im Januar des Jahres schilderte die prügelnde Rolle der Polizei und die massiven Festnahmen von Jungen und Mädchen wegen ihrer Teilnahme im FDJ-Hemd an diesem politischen Höhepunkt. Befragt nach der Tätigkeit und Aufgabe der FDJ in der heutigen Zeit, erläuterte unser Gast, daß die FDJ heute eine im Rahmen des Grundgesetzes agierende offizielle politische Jugendorganisation ist, genau wie die Jugendvereine der CDU, SPD, der Linken und anderer. Mit Musik, Tanz, vielen unterschiedlichen Gesprächen verging die Zeit wie im Flug.

Die Tür ging weit auf, mit einem breiten Silbertablett kam die strahlende Serviererin in den Raum. Ein Duft von frischem Streuselkuchen verbreitete im Nu ein Gemeinschaftsgefühl, welches alle Sorgen für eine Zeit vergessen ließ.

Foto: Dirk Panzlaff

Michael Roth und Karl Dietrich von der AIP übergeben Spendengelder an die Mitarbeiter vom Cafe Am WEIDENDAMM, welche schon seit Monaten in Kurzarbeit sind.

Bei allem Schönen, was uns beschert wurde, dachten wir an die vielen Frauen in unserem Land, welche solchen Augenblicken sehnsüchtig entgegensehen würden, aber diese nie erfüllt bekommen. Wir dachten an die verstärkte Gewalt an Frauen und Kinder und vieles noch.

Eigentlich sollte um 19 Uhr Schluß sein. Der Vorsitzende setzte mehrmals zum Abgesang an. Die interessanten Themen und der unerwartet einsetzende Regen hielten uns vom Heimgang ab. Die Küche bot jedem etwas für seinen Bedarf an. Es wurde noch ein anhaltender, schöner Abend. Danke dem Kollektiv des *»Cafe am Weidendamm«*, es war wieder sehr schön.

KARL DIEDRICH

»MenschBrodowin e.V.« erhält Kulturpreis

Der Verein »MenschBrodowin e.V.« ist mit dem Barnimer Kulturpreis 2020 von Bündnis 90/Die Grünen geehrt worden. Der mit 750 Euro dotierte Preis wurde am 18. Juni anläßlich der Jahresmitgliederversammlung des Vereins in Brodowin überreicht.

Überbringer von Urkunde und Scheck waren Karl-Dietrich Laffin, Initiator des Preises und Juryvorsitzender sowie Karen Oehler, stellvertretende Vorsitzende der bündnisgrünen Kreistagsfraktion.

Auch für den Kulturpreis 2020 gab es wieder zahlreiche qualitativ hochwertige Bewerbungen. Bündnis 90/Die Grünen und die Preisjury bedanken sich bei allen Einreichern für ihre Bewerbung und ihr kulturelles Engagement. Es kann leider immer nur einen Preisträger geben. Daher ermutigen wir alle, die bisher nicht ausgewählt wurden, sich bei folgenden Ausschreibungen erneut zu beteiligen.

Das Votum der Jury für den Preis 2020 fiel einstimmig aus. Der Verein MenschBrodowin mit seiner Vorsitzenden Gisa Rothe kann auf mehr als 20 Jahre erfolgreiche Arbeit für das kulturelle Zusammenleben der Menschen in Brodowin und der Region zurückblicken. Hauptanliegen des Vereins ist es, zu einer ökologischen Dorfentwicklung beizutragen und die Kultur im Dorf zu fördern. Dazu wurden und werden vielfältige Initiativen und Projekte angeschoben, die alle Generationen ansprechen und insbesondere für junge Menschen tolle Möglichkeiten für die Entfaltung ihrer Kreativität bieten.

2006 erbte der Verein ein Haus am Dorfanger mit großem Garten. Es wurde in Eigenarbeit renoviert und beherbergt nun Gemeinschaftsräume, Küche und Werkstatt. Hier hobeln, drechseln und sägen die Kinder der *»Brodowiner Klangpiraten«* an ihren selbstgebauten Holzinstrumenten und die Senioren treffen sich zum monatlichen Erzähl-Café. Auch andere Vereine und Gruppen können das Haus für ihre Aktivitäten nutzen.

Einige konkrete Beispiele für die vielen Aktivitäten und Höhepunkte aus der Vereinsgeschichte sind: Bau eines Bücherbaumes und eines Friedenspfahls am Dorfanger, Gestaltung eines Barfußweges, Bau einer Sonnenuhr, eines Kompostklos und einer Beinkraft-Stromerzeugsmaschine, die Durchführung zahlreicher Kurse unter professioneller Anleitung durch Künstler und Kunsthandwerker, Auftritte des Kinderorchesters, Lesungen, Filme, Vorträge, Exkursionen, Repair-Café und Staudentauschmarkt.

THORSTEN KLEINTEICH

Foto: Thorsten Kleinteich

Corona und die Bildung

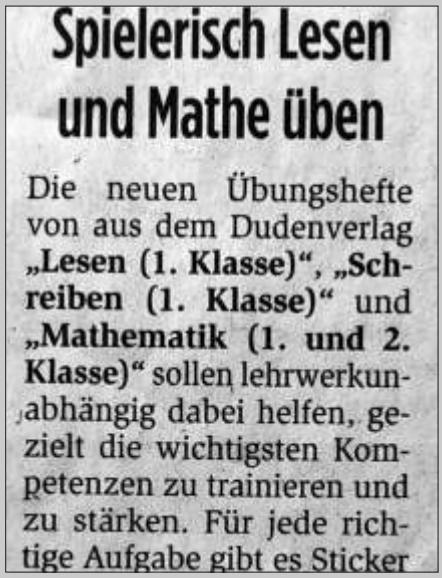
von Margit Lauterbach

Bis vor ca. 15 Monaten fand Bildung überwiegend im direkten Dialog zwischen Lehrern und Schülern statt. Der Schüler mußte pünktlich in der Schule sein und wurde dann gemäß Stundenplan und Bildungsauftrag mit Wissen vollgestopft, unterbrochen von geregelten Pausenzeiten. Zwar können die Lehrer immer mehr auf Hilfsmittel wie Beamer und digitale Tafeln zurückgreifen, einige Schulen verfügen auch über Computerkabinette mit Internet und die Schüler arbeiten in einigen Fächern an Tabletts. Überwiegend wurde aber im klassischen Stil wie seit über 100 Jahren der Schulstoff den Schülern vermittelt.

Seit Mitte Dezember hat sich die angebotene Bildung völlig verändert. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz den Lockdown beschlossen und die Lehrer mußten von jetzt auf gleich eine völlig neue Bildungsform anbieten: das Homeschooling wurde erfunden. Für einige Lehrer bedeutete das, seitenweise Aufgaben zu kopieren oder sie verschickten Briefe mit den Seitenzahlen für die einzelnen Fächer und dem Termin, bis wann die Lösungen in der Schule abzugeben sind. Ergänzt wurde das durch Videokonferenzen und Bildungsfernsehen.

Haben bis dahin einige Eltern darum gekämpft, daß die Kinder nicht zu viel Zeit vor Computer und Fernseher verbringen, trat nun das komplette Gegenteil ein. Der Tagesablauf wird von den Zeiten bestimmt, an denen die Schüler über die digitalen Medien unterrichtet werden! Der Einfluß der Medien hat eine völlig neue Dimension angenommen. Damit wirkt öffentliche Werbung, egal ob digital auf Bildschirmen oder als riesige Werbeplakate noch intensiver und prägt sich ein.

Und dabei verunstalten die Werbeagenturen gerne die deutsche Sprache, egal ob in Grammatik oder auch in der Rechtschreibung.



Spielerisch Lesen und Mathe üben

Die neuen Übungshefte von aus dem Dudenverlag **„Lesen (1. Klasse)“, „Schreiben (1. Klasse)“** und **„Mathematik (1. und 2. Klasse)“** sollen lehrwerkunabhängig dabei helfen, gezielt die wichtigsten Kompetenzen zu trainieren und zu stärken. Für jede richtige Aufgabe gibt es Sticker

Dazu nur zwei Beispiele: Auf dem Berliner Hauptbahnhof wird überall Reklame für Ritter Sport gemacht.

Während meiner Schulzeit hätte man noch *»Mit allem, ...«* geschrieben.

Aber auch in den wöchentlichen Werbeflyern der Discounter (Kaufland) werden solche Angebote angepriesen. Verantwortlich für die Werbung sind zwar die herstellenden Firmen, aber durch die Flyer werden diese Rechtschreibfehler zusätzlich verbreitet. Soll aus dem *»Steinofen«* eine *»Ofenbarung«* oder doch lieber eine *»Offenbarung«* werden?

Ähnliche (häufig unabsichtliche) Schreibfehler lassen sich fast in jedem gedruckten Artikel finden. Durch die automatisierte Silbentrennung gepaart mit der Rechtschreibreform entstehen die kuriosesten Wörter.

Hier wird Werbung für unterstützende Bücher bezüglich Lesen und Schreiben gemacht und dann entsteht dabei, wie in dem Artikel der Wochenendzeitung: *»Sch«* (gerne die Abkürzung für ein Fäkalwort), das man *»reiben«* soll.

Aber nicht nur Werbung ignoriert bewußt Rechtschreibregeln.

Auch die Behörden und öffentlichen Einrichtungen halten sich nicht an die korrekte Schreibweise. So wurden im Rahmen der Gebietsreform in der Gemeinde Schorfheide einige Straßen umbenannt, weil es sie doppelt gab. Auch »einmalige« Straßennamen wurden kurzerhand einer neuen Rechtschreibung unterworfen.

Laut Duden (www.duden.de/sprachwissen/rechtschreibregeln/strassennamen) gelten folgende Regeln:

– Straßennamen, die mit mehrteiligen Namen zusammengesetzt sind, schreibt man mit Bindestrichen <§ 50>. Zum Beispiel: Georg-Büchner-Straße, Kaiser-Friedrich-Ring, Van-Dyck-Weg, E.-T.-A.-Hoffmann-Straße, Carl-Maria-von-Weber-Allee, Berliner-Tor-Platz, Am St.-Georgs-Kirchhof, Bad-Kissingen-Straße, Sankt-Blasien-Weg, Bürgermeister-Dr.-Meier-Allee

– Zusammengesetzte Straßennamen schreibt man zusammen <§ 37E2>, wie zum Beispiel: Bahnhofstraße, Rathausgasse, Bismarckring, Beethovenplatz, Schloßallee.

So wußten die verantwortlichen namensgebenden Mitarbeiter der Gemeinde Schorfheide, daß ihre Dienstanschrift der Erzbergerplatz ist, da Matthias Erzberger (* 20. 09 1875 / † 26.08.1921) ein deutscher Publizist und Politiker war. Aber aus der korrekten Schreibweise Pehlmannring (der Kunstmaler Fritz Pehlmann aus Eberswalde war ein Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus) wurde, wohl in Anlehnung an die Fritz-Pehlmann-Straße in Eberswalde, kurzerhand Pehlmann-Ring gemacht.

Machen wir es unseren Kindern und ausländischen Mitbürgern doch nicht noch zusätzlich schwer, die ohnehin nicht ganz einfache deutsche Sprache, fehlerfrei und im richtigen Kontext zu erlernen!

Summ, summ, summ

Ich wollt, ich wäre ein Bienentier.
Summte da, summte hier.
Flöge jede Blüte an,
Damit ich mich dran laben kann.

Ab der schönen Frühlingszeit,
Warten Blüten weit und breit.
In ihre Kelche ging's hinein.
So schön kann's Bienenleben sein.

Für die Feinde – jederzeit
Dank Stachel immer kampfbereit.
Immer, immer wehrhaft bleiben.
So sollten's auch die Menschen treiben!

Mit denen hätte ich nichts im Sinn.
Obwohl ich für sie nützlich bin,
Sperren sie mich ein, vergiften
und berauben mich.
Für Honig; Zuckerwasser –
einfach fürchterlich!

Da kann ich bleiben, was ich bin.
Brauch keine neue Königin
Ich käme ja vom Regen in die Jauche.
Das ist genau, was ich nicht brauche.

RAINER KROBOTH

Kindertagspflege:

Faire Arbeitsbedingungen gefordert

Vor rund einem Jahr forderten BVB/Freie Wähler im Kreistag die Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift zur Förderung der Kinder in Kindertagespflege im Landkreis Barnim. Nach einer einjährigen Erarbeitungsphase im Auftrag des Kreistages soll nun die Arbeit der Kindertagespflegepersonen besser anerkannt werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Verwaltungsvorschrift sind ein Schritt in die richtige Richtung. Der Landkreis Barnim bremst jedoch an wichtigen Punkten und geht einen nicht tragbaren Sonderweg.

Schon im Landratswahlkampf 2018 signalisierte unser Landratskandidat SVEN WELLER den Tagesmüttern und Tagesvätern die volle Unterstützung auf Gleichstellung der Kindertagespflege mit den Kindertagesstätten und deren Arbeit als wichtiges Element einer frühkindlichen Entwicklung und Betreuung zu. Im Zuge der Gespräche mit dem Verein *»Tagesmütter für Barnim e. V.«* wurden viele Verbesserungsvorschläge aufgegriffen. Daraus resultierte ein Antrag von BVB/Freie Wähler, dem Verein einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuß zu ermöglichen.

Bei den Beratungen des Jugendhilfeausschusses zur neuen Verwaltungsvorschrift wurden die Tagespflegepersonen – entgegen der in der Novembersitzung 2020 des Jugendhilfeausschusses durch die Verwaltung erfolgten Zusicherung – nur unzureichend einbezogen. Unser Ausschußmitglied EVELYN FREITAG wurde wegen Befangenheit ausgeschlossen. Es wurde somit nicht nur auf das Expertenwissen unserer Kreistagsabgeordneten verzichtet, sondern auch auf das Angebot der Beratung des Landesverbandes für Kindertagespflege Brandenburg.

Wir begrüßen den Vorschlag der Verwaltung einer 80%-Anpassung der Vergütung an den Tarifvertrag. Zu hinterfragen bleibt jedoch, warum die Möglichkeit der Anerkennung beruflicher Erfahrungen außer Acht gelassen wurde. Mit der neuen Verwaltungsvorschrift will der Landkreis die Verträge mit den Kindertagespflegepersonen auf 40 Wochenstunden beschränken. Es ist für uns nicht akzeptabel, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bei der Kinderbetreuungseinrichtung zu beschränken. Obendrein findet in keinem anderen Landkreis in Brandenburg eine Beschränkung der Verträge auf 40 Wochenstunden statt. Warum will der Landkreis Barnim hier einen Sonderweg einschlagen?

Die Kalkulation der Sachkosten, die nach Aussage vom Jugendamt *»nach bestem Wissen und Gewissen«* durchgeführt wurde, ist auch nicht hinnehmbar. Kalkulationen anderer Landkreise weisen zudem erhebliche Unterschiede nach oben auf.

Die augenscheinliche Erhöhung der Sachkosten ist bei genauerer Betrachtung nur eine Umverteilung der Zuständigkeiten. Das Essensgeld und die Windeln zahlen die Eltern nun nicht mehr selbst bzw. separat, da diese laut der neuen Verwaltungsvorschrift in der höheren Sachkostenpauschale enthalten sind. Außerdem widerspricht es jeder Logik, pauschal kalkulierte Sachkosten mit Urlaubs-, Krankheits- und Weiterbildungstagen zu verrechnen. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist der Vorschlag der Verwaltung, das Mutterschaftsschutzgesetz auf die Kindertagespflege anzuwenden. Unsere Fraktion ist befremdet über die im Entwurf der Verwaltungsvorschrift vorgeschlagene Idee, für Tagesmütter ein Berufsverbot für den Zeitraum des ersten Lebensjahres ihres Kindes zu verhängen.

Abschließend kritisieren wir die Behauptung der Ausschußvorsitzenden MARGITTA MÄCHTIG (Die Linke), daß Personen der Kindertagespflege scheinselbständig seien. Tagespflegepersonen können sowohl für den Träger der öffentlichen Jugendhilfe tätig sein als auch eigenständig Privatverträge abschließen. Wenn ein arbeitnehmerähnliches Verhältnis vorliegt, sollten Kindertagespflegepersonen Angestellte des Landkreises sein. Es ist bedauerlich, daß die Linken einen derartigen politischen Angriff auf die Tagespflegemütter initiieren. Das Wahlrecht der Eltern, die Vielfalt der Betreuungsträger und das Wohl der Kinder muß an oberster Stelle stehen – parteipolitische Ausgrenzungsversuche sollten hier unterbleiben.

Deshalb schlägt die Fraktion BVB/Freie Wähler dem Kreistag einen Änderungsantrag mit Verbesserungen der vorbereiteten Verwaltungsvorschrift vor, um faire Arbeitsbedingungen in der Kindertagespflege zu schaffen. Damit würde man auch das Berufsfeld der Kindertagespflege langfristig attraktiv halten und so für den Barnim und dessen Kommunen dringend benötigte Tagespflegeplätze sichern.

THOMAS STRESE, SVEN WELLER und CHRISTIANE HERRMANN

Bemerkung: Der Kreistag lehnte den Änderungsantrag von BVB/Freie Wählere auf seiner Sitzung am 23. Juni mehrheitlich ab. Die Verwaltungsvorlage erhielt die notwendige Mehrheit.

Freude, *Spaß und Begeisterung*

»Die größte Kunst ist es, Kindern ihre Träume zu erfüllen« – so steht es auf der Webseite1 des Eberswalder Vereins TANZ MIT SEELE e.V. Ein Verein, der 2016 aus einer Elterninitiative heraus gegründet wurde und in Zusammenarbeit mit dem Tanzsalon Zippel Bewegung und Tanz für junge Menschen in Kursen und Projekten anbietet, die die Ziele, Wünsche und Träume von Heranwachsenden thematisieren. Die Tanzprojekte bringen den Kindern und Jugendlichen die Kunst und Kultur nahe, um sich selbst besser kennenzulernen und im Umgang miteinander und füreinander einen respektvollen Umgang erspüren und erleben. Eigene thematische Choreografien wurden schon kreiert, geprobt und aufgeführt.

Mit 5.000 Euro unterstützt die Wohnungs- und Hausverwaltungs-Gmbeh (WHG) den Verein TANZ MIT SEELE e.V. um ein erweitertes und zusätzliches Angebot der Tanzförderung zu schaffen, daß nach der Pandemie möglichst viele tanzbegeisterte Kinder- und Jugendliche mitwirken und teilnehmen können.

»Beim Tanzen soll es zuallererst um die Freude, den Spaß und die Begeisterung der Kinder und Jugendlichen gehen und nicht darum, ob die Eltern die Kursgebühren bezahlen können. Nachhaltiges soziales Engagement ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WHG eine bedeutungsvolle Herzensangelegenheit. Wir engagieren uns in so vielen unterschiedlichen Genres der sozialen gemeinschaftlichen Teilhabe, weil es uns wichtig ist und wir für die Menschen in Eberswalde – für ein gutes verbindendes Miteinander – stehen«.

Kinder und Jugendliche sind in der Pandemie besonders betroffen. Monatelang durften sie nicht altersentsprechende Kontakte pflegen und in Vereinen nicht mehr sportlich oder kulturell aktiv sein. Hier wollen wir unterstützen, damit bald wieder die Kinder in der Gruppe zusammenkommen zum gemeinsamen Bewegen und Erleben. Mit einem ganz besonderen Augenmerk für die Kinder, deren Eltern die Kosten für Tanzkurse nicht selbstverständlich aufbringen können.

DOREEN BODEN

Neue Kitaplätze in Mitte

Eberswalde (prest-ew). Am 16. Juni fand das Richtfest für den Anbau des evangelischen Kindergartens in der Pfeilstraße statt. Der Neubau ist ein Teil eines umfangreichen Projektes, welches im Januar 2019 begann. Zunächst wurde das vorhandene denkmalgeschützte Kindergartengebäude umgebaut und nun durch einen Neubau ergänzt. Für die Dauer des Umbaus zogen die Kita- und Hortkinder in einen angemieteten Container im Evangelischen Gemeindezentrum Kirchstraße 6-7.

»Die Nachfrage nach Kitaplätzen in Eberswalde als wachsende Stadt ist natürlich stets vorhanden. Daß die Evangelische Stadtkirchengemeinde das älteste Kitagebäude der Mark Brandenburg umgebaut hat und nun noch weiter ergänzt, ist also von großer Bedeutung für die Infrastruktur unserer Stadt. Ich freue mich, daß diese historische Einrichtung nun in neuem Glanz erstrahlt und erweitert wird«, sagt Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Durch den Neubau werden in Zukunft zwanzig weitere Kitaplätze in der Stadtmitte zur Verfügung stehen.

*Streicher***klänge** *aus fünf Jahrhunderten*

Professor JÜRGEN ELSNER verschenkt Halbviolinen für junge Künstler

Das Hoffen von Mitwirkenden, Organisatoren und knapp 90 Anwesenden wurde belohnt: Am späten Sonnabendnachmittag verzogen sich die Regenwolken und die Sonne beschien das Gelände vor der früheren Kita »Traumschloß« auf dem Areal des Heidehaus-Campus in Zepernick. Im Rahmen der 7. Auflage der »Panketaler Kulturtage« begann am zweiten Wochenende im Juni die Kultursaison 2021 mit einem wunderbaren Streifzug durch die Geschichte der Streichermusik.

»Für die Kunstbrücke, aber auch für viele beteiligte Musiker war es das erste Konzert nach der coronabedingten 'Pause' – und sicher auch für viele Besucher«, erklärt der Vereinsvorsitzende Niels Templin, der gut gelaunt durch das Programm führte.

Das Konzert begann mit Due Canzoni von GIROLAMO FRESCOBALDI – einem Werk der italienischen Renaissance. Mittelpunkt des ersten Teiles bildete das großartige Konzert h-Moll für vier Solo-Violinen, Solo-Cello und Streichorchester von ANTONIO VIVALDI, welches kein Geringerer als der junge Johann Sebastian Bach, die Konzerte Vivaldis bewundernd, für den eigenen Gebrauch auch für vier Cembali und Orchester bearbeitete.

Mit diesem Konzert stellte sich gewissermaßen die Streicherabteilung der Neuen Musikschule Bernau/Panketal vor, denn die fünf Solisten waren DOROTHEE MÜHLEISEN, CHARLOTTE TEMPLIN, MARLENE KELLER und NIELS TEMPLIN an den Violinen sowie die Cello-Lehrerin EMILIA GARCES.

Es folgten zwei kurze Werke, *»Gavotte und Musette«* aus der Holberg-Suite von EDVARD GRIEG und der erste Satz aus dem spätestens beim Hören jedermann bekannten *»Palladio«* von KARL JENKINS. Jenkins komponierte diese Musik zunächst 1993 als Werbespott für das Diamanten-Imperium von de Beers, stellte aber bald fest, daß diese deutlich mehr Potential hat. Seine endgültige Fassung für Streichorchester entstand im Jahre 1996 und erhielt seinen Namen nach dem großartigen Baumeister der Renaisance Andrea Palladio.

Nach der Pause erklang mit *»Rondo e Saltarello«* komponiert von TIELMANN SUSATO (1500-1560), das älteste Werk des Konzertes, aber unter Mitwirkung der jüngsten Mitspieler, da bei diesem Werk einige Schüler der Musikschule mitspielen durften.

Foto: NIELS TEMPLIN

Drei mehr als 100 Jahre alte Halbgeigen aus dem Privatbesitz von Musikprofessor Jürgen Elsner sind durch Schenkung nun im Besitz des Vereins »Kunstbrücke Panketal«. Sie werden jeweils leihweise an junge Musikerinnen und Musiker übergeben, die an der Neuen Musikschule Bernau/Panketal das Violinspiel erlernen.

Alte Geigen für junge Talente

An dieser Stelle des Programms bat Niels Templin den emeritierten Musikwissenschaftler und ehemaligen Vereins-Vorstandskollegen Prof. JÜRGEN ELSNER nach vorn. Zu einem ganz besonderen und für einige anwesende Eltern auch emotionalen Höhepunkt des Tages wurde die Übergabe von drei ½-Violinen an drei junge Talente aus einer Schenkung von Jürgen Elsner an den Verein Kunstbrücke Panketal.

Die drei Instrumente, nach Angaben des Überlassers aus seinem Privatbesitz stammend und nach Schätzung eines Sachverständigen alle zwischen 100 und 120 Jahre alt, wurden frisch restauriert und werden durch die Kunstbrücke Panketal künftig jungen talentierten Musikschülern leihweise zur Verfügung gestellt. *»Die Violinen, von denen ich als Kind eine gespielt habe, haben lange genug ungenutzt herum gelegen. Eine wird jetzt seit 80 Jahren erstmals wieder gespielt. Musik ist wichtig, sie ist gut für die Seele. Ich muß das wissen, schließlich habe ich mich mein Leben lang mit Musik beschäftigt«*, erklärt ein sichtlich gut gelaunter und für seine 89 Jahre erstaunlich munterer Prof. Elsner unter Beifall. *»Der Verein Kunstbrücke Panketal steht für die Vernetzung von Kunst und Kultur mit künstlerischen und kulturellen Bildungsangeboten«*, führt Niels Templin weiter aus.

»Ein wichtiges Anliegen des Vereins von Beginn an ist die Förderung junger musikalischer Talente. Deshalb freuen wir uns um so mehr über diese Überlassung, die es jungen und talentierten Nachwuchsmusikerinnen und -musikern wie Carlotta (7), Nikolaus (7) und Natalia (8) ermöglicht, auf einem kleinen aber guten Instrument mit zufrieden stellenden Klangerlebnissen musizieren zu können«, so Niels Templin. *»Wir freuen uns sowohl über den Neu-Start der Kultur und natürlich auch über die großartige Spende und die damit geschaffenen Möglichkeiten der Förderung junger Talente.«*

Mit der Melodie *»Ode an die Freude«* aus BEETHOVENS 9. Sinfonie brachten die zukünftigen Nutzer, unterstützt vom Orchester, *»ihre«* Instrumente nach Jahrzehnten zum ersten Mal wieder zum Klingen.

Den Abschluß des gelungenen Konzertes bildeten ein Divertimento in D-Dur für Streichorchester, komponiert 1772 von dem sechzehnjährigen W. A. MOZART, gefolgt von dem Stück *»Sentimental Sarabande«* aus der Simple Sinfonie von BENJAMIN BRITTEN und dem Bartok-Schüler FERENCE BROTZKI, *»Der Brautführer mit dem Dudelsack«* aus der *»Ungarischen Bauernhochzeit«*.

THORSTEN WIRTH
www.kunstbrueckepanketal.de

Frank geht ran

In einem Formular wird die Telefonnummer als Pflichtfeld abgefragt? Ein hartnäckiger Verehrer will unbedingt eine Handynummer haben? Für solche Fälle gibt's seit 2007 die Rufnummer 0163–1737743, die man jeder und jedem geben kann. Wird sie angerufen, weist ein Sprecher namens *»Frank«* professionell und freundlich eine Kontaktaufnahme zurück. Seit Juni 2021 wird dieser Dienst namens *»Frank geht ran«* von Digitalcourage betrieben, nachdem der ursprüngliche Betreiber sie stilllegen wollte. Noch nicht alles klar? Dann am besten einfach ausprobieren und die 0163–1737743 anrufen! (Es entstehen nur die normalen Telefonkosten, www.frankgehtran.de) *Digitalcourage e.V.*

Eberswalder Industriekultur:

»Lost Places« mit Zukunft

Eberswalde (prest-ew). Am 4. Juni wurde Kulturland Brandenburg zentral in Eberswalde eröffnet, direkt am Finowkanal, konkret in der baulich vor dem Verfall geretteten Borsighalle, Baujahr 1847, 2013 als national wertvolles Kulturdenkmal eingestuft.

Gewonnen hatte die Stadt die Kulturland-Ausschreibung mit ihren breit aufgestellten Partnern und deren Engagement und Kreativität in historischen Industriestätten.

So laden die Veranstalter in Borsighalle, Rofinpark, Kranbauhalle, Messingwerk mit dem Wasserturm und Familiengarten als Austragungsort der 2. Brandenburgischen Landesgartenschau 2002 mit einer Industriegeschichte seit dem 17. Jahrhundert ein. Bis zum 5. November 2021 sind 40 Veranstaltungen geplant wie Konzerte von Klassik bis Jazz, Rock und elektronischer Musik, Theater und Performances, Ausstellungen, Fachtagungen und Vorträge, Festivals, Workshops und Stummfilmkino.

Für Ministerin Dr. Manja Schüle öffnet das aktuelle Kulturland-Themenjahr vor allem vergessene Orte, sogenannte *»Lost Places«*. Eberswalde komme darin ein besonderer Platz zu – als Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie. Hier hätten nicht nur Strukturwandelprozesse Arbeit und Leben der Eberswalder radikal verändert und geprägt. *»Eberswalde hat sich als Industrie- und Gewerbestandort stets neu erfunden, neu erfinden müssen. Mit Erfolg! Preisgekrönte Innovationen, etwa auf dem Gebiet der Solarenergie, kommen aus der Waldstadt. Und an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde wird an zukunftsträchtigen Wirtschaftsformen geforscht. Industrie und Kultur pflegen seit jeher spannende, spannungsreiche Beziehungen. Und so laden die Eberswalder Projektmacher*innen ein, historische, gegenwärtige, künftige Industriekultur zu entdecken – und eben jene architektonisch auffälligen Lost Places.«*

Für Bürgermeister Friedhelm Boginski gehört das industrielle Siedlungsband im Finowtal als Wiege der märkischen Industrie zu den erstrangigen und markantesten Kulturlandschaften Brandenburgs. Seine erhaltende Erneuerung ist ein entscheidender Beitrag zum Aufbau einer Landesidentität. Zahlreiche Initiativen und Institutionen vor Ort sind seit vielen Jahren in diesem Sinne aktiv. *»Ohne sie gingen die Spuren der frühen Industrie seit dem 17. Jahrhundert für immer verloren.«* Stolz ist das Stadtoberhaupt auch auf die Rettung des Finowkanals, die sich 2020 mit der Übernahme der zwölf Finowkanal-Schleusen durch einen Zweckverband bot. Der Finowkanal gilt mit über 400 Jahren als die älteste künstliche und noch befahrbare Wasserstraße Deutschlands. Einst die Lebensader der Stadt und die Grundlage für die Wiege der märkischen Industrie, heute ein Kleinod in Sachen Wassertourismus.

Diesen und weitere Schätze zu entdecken und zu entwickeln, darauf verweist auch Brigitte Faber-Schmidt, Geschäftsführerin von Kulturland Brandenburg: *»Der Begriff Industriekultur stand bisher hauptsächlich für die Auseinandersetzung mit der Kulturgeschichte und der Kulturlandschaft des Industriezeitalters. 2021 wagen wir den Versuch eines ‚Updates', bei dem es auch um eine industrielle Zukunftsperspektive gehen soll, denn während traditionelle Formen der Industrie im Alltag der Menschen kaum mehr eine Rolle spielen, setzt sich die zukunftsorientierte Industrialisierung mit beschleunigtem Tempo fort.«*

Der Eintritt zu allen Kulturlandveranstaltungen der Stadt Eberswalde ist frei.

Neue Musik in EW

Eberswalde (prest-ew). In der industriellen Atmosphäre der stillgelegten Fabrikhalle im Rofin Gewerbepark Eberswalde präsentierte sich am 25. und 27. Juni das Ensemble Quillo in zwei Konzerten mit unterschiedlichem Programm. Mit *»Insight (2021)«* erwartete das Publikum ein neu komponiertes Auftragswerk des Berliner Komponisten Eres Holz. Bei *»Quillo im Portrait«* zeigten Musiker des Ensembles eine Auswahl eher typischer, klassischer zeitgenössischer Solowerke. Abgerundet wurden beide Abende mit einem moderierten Publikumsgespräch. Die Konzerte fanden im Rahmen des diesjährigen Themenjahres *»Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung«* des Kulturland Brandenburg statt.

Das Ensemble Quillo, Ensemble für zeitgenössische Musik im Land Brandenburg, hat sich 2004 mit dem Ziel gegründet, besondere Projekte der zeitgenössischen Musik im ländlichen Raum zu initiieren, zu vermitteln und zu etablieren. Neben Festivals, der Reihe Neue Musik, Musiktheaterproduktionen und Kunstfilmen entwickelt das Ensemble auch künstlerische Projekte im Bereich der Musikvermittlung, die 2011 mit dem Regine-Hildebrandt-Preis ausgezeichnet und 2020 für *»Kulturlichter«* nominiert worden sind, einem von Bund und Ländern ausgelobten Preis für Kulturelle Bildung.

Foto: Tom Schweers

Altanschließerbeiträge:

Rückzahlung *sicherstellen!*

Potsdam (bvb/bbp). Mit einem erneuten Antrag zum Thema Altanschließerbeiträge hat sich die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler im Juni an den Landtag Brandenburg gewandt. Es gebe weiterhin Fälle, in denen Anschlußnehmer, die in Widerspruch gegangen sind und Klage erhoben haben, ihr Geld nicht zurückbekommen haben. Inzwischen liegt ein Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vor, das den Standpunkt von BVB/Freie Wähler stützt.

Schon am 12.11.2015 hat das Bundesverfassungsgericht die in Brandenburg übliche Praxis der Altanschließerbeiträge für verfassungswidrig erklärt. Doch entgegen den Beteuerungen der Landesregierung treiben Brandenburger Abwasserzweckverbände auch über fünf Jahre später noch immer solche Beiträge ein bzw. verweigern die Rückzahlung. Hierbei gehen sie durch alle Instanzen, obwohl längst klar ist, daß sie zumindest bei nichtbestandskräftigen Bescheiden eine Rückzahlung schulden. Denn die Rechtsprechung ist eindeutig – die Prozesse dienen nur der Frustration der Betroffenen.

Dieser Praxis soll ein Ende gesetzt werden. Der Antrag besteht aus drei Punkten:

– So soll die Landesregierung abfragen, wo und in welchem Umfang Altanschließern noch immer ihr Recht vorenthalten wird.

– Sodann soll die Praxis der fortgesetzten Eintreibung nicht bestandskräftiger Bescheide in einem Runderlaß unterbunden werden. Denn das vor Jahren erfolgte Rundschreiben zur Rechtssituation wird offensichtlich von einigen Zweckverbänden nur als *»unverbindliche Empfehlung«* interpretiert.

– Der dritte Punkt beauftragt die Landesregierung, das Hilfsprogramm zur Bewältigung der Rückzahlungen fortzuschreiben und so auszuweiten, daß alle Betroffenen mit rechtswidrigen Bescheiden Berücksichtigung finden.

Für ein Jahr in die USA – jetzt bewerben für das 39. Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). Das Patenschaftsprogramm des Bundestages bietet für junge Leute die einmalige Chance, für ein Jahr als Botschafter in die USA zu reisen. Der Bundestag vergibt ein Stipendium und übernimmt sämtliche Reise- und Programmkosten sowie die nötigen Versicherungsleistungen. Bis 10. September können sich Schülerinnen und Schüler, die 2022 im Alter zwischen 15 und 17 Jahren sind sowie junge Berufstätige und Auszubildende, die im Sommer 2022 höchstens 24 Jahre alt sind, bewerben. Alle Details und Bewerbungsunterlagen sind unter www.bundestag.de/ppp abrufbar. Wichtig: in Bewerbung denWahlkreis 57 (UM/BAR I) angeben. Die Bewerbungsphase endet am 10. September 2021. *SEBASTIAN SCHMIDT (Bundestagsbüro Stefan Zierke)*

Alternative Prominente (Folge 10): Ursula Kugel

Nicht nur eine Tanzlehrerin

Frühzeitig wurden die Eberswalder Bürger auf Ursula Kugel als Leistungssportlerin aufmerksam. Sie erkämpfte einen Meistertitel im Diskuswerfen der Frauen. Wer sich nun hinter diesem Namen eine mächtige füllige und schwergewichtige Frau vorstellt, irrt. Ursula Kugel war in den Sportarten Turnen und Gymnastik aktiv, und in diesen Sportarten wurde auch auf Gewicht geachtet, jedoch in die andere Richtung.

Ursula Kugel war eine mittelgroße bis kleine, kräftige, sehr sportlich und gut aussehende Frau. Erst lange nach dem Ende ihrer leistungssportlichen Betätigung war bei ihr so ab den 1960er Jahren eine leichte Tendenz zur Überernährung zu erkennen. In ihrem Erscheinen wirkte sie stets gepflegt.

Als einige der wenigen Eberswalder Sportler bereitete sie sich zielgerichtet auf die aktive Teilnahme an den Wettkämpfen zu den Olympischen Spielen 1936 in Berlin vor. Obwohl sie gute Ergebnisse lieferte, wurde sie bei den aktiven Teilnehmern nicht berücksichtigt. Es gibt aber verläßliche Quellen, die von einer Teilnahme in einer Tanzgruppe, bestehend aus dreißig Eberswalder Turnerinnen, im Rahmen einer Sondervorführung auf dem Olympiarasen berichten.

So um 1940 wurde Ursula Kugel zur Sportlehrerin ernannt. Für die damalige Zeit war das eine Seltenheit, weil der Beruf des Sportlehrers im wesentlichen Männern vorbehalten war. Aber es war Krieg und immer mehr Männer, auch Sportlehrer, wurden zur Wehrmacht eingezogen. Der zweite Weltkrieg und dessen Folgen beendeten die leistungssportliche Laufbahn von Ursula Kugel, die sicherlich noch ein großes Potential aufwies.

Nach dem Krieg wurden 1945 im Osten Deutschlands alle Sportvereine aufgelöst. In dieser Situation ergriff Ursula Kugel die Chance, selbständig zu werden. Auf der letzten Seite der *»Eberswalder Nachrichten«* vom 1. September 1949 ist eine relativ große Anzeige der Gymnastikschule Ursula Kugel abgedruckt. Darin steht, daß Ursula Kugel ab 6. September Tanzkurse und eine Ausbildung in Grundformen des klassischen Balletts anbot. Diese Gymnastikschule hatte ihren Sitz in ihrer Wohnung in der Ruhlaer Straße 10. Bemerkenswert, die Anzeige wurde wenige Wochen nach der Geburt ihres Sohnes aufgegeben. Es erfordert Mut, ein Unternehmen zu gründen und zu betreiben. Nicht nur die rein technische Geschäftsidee ist kaufmännisch umzusetzen, sondern auch die gesamte Verwaltung, mit Steuern, Versicherungen, und Arbeitsschutz sind unternehmerisch zu bewältigen.

Nach dem Krieg trifft man Ursula Kugel auch als Mitglied der Bühnenspielgemeinschaft Eberswalde. Noch bis Anfang der 1950er Jahre war der Kampf um die tägliche Ernährung der Einwohner wichtig und das kulturelle Leben bestand in Eberswalde zunächst vorrangig im Kinobesuch. Ein umfangreicheres kulturelles Leben mußte erst aufgebaut werden. Der Kulturbund Eberswalde nahm seine Tätigkeit am 12. Dezember 1945 mit Ursula Kugel im Beirat auf. Die Bühnenspielgemeinschaft, hervorgegangen aus verschiedenen Laienspielgruppen, entstand 1946 und erfreute mit regelmäßigen Theatervorführungen die Bevölkerung. Das war ein gegenseitiges Profitieren, Bürger konnten sich als Schauspieler versuchen und die Zuschauer hatten ein lohnenswertes Kulturerlebnis. Ursula Kugel war eine der Schauspielerinnen. In dem Stück *»Der Schweinehirt – Der Prinz von Samarkand«*, einem Märchen von Hans Christian Andersen, spielte sie die männliche Titelrolle. Es ist nicht ungewöhnlich, daß weibliche Schauspieler eine männliche Rolle übernehmen. Man denke dabei an Katharina Thalbach, die hervorragend den Napoleon gestaltete. Auch einer Aufführung von Gerhard Hauptmanns *»Die versunkene Glocke«* wies Ursula Kugel eine tragende Rolle zu. Natürlich gab es damals für die Schauspieler Geld. Oft nahm sie ihren kleinen Sohn zu den Aufführungen mit, denn Ursula Kugel war allein erziehend. Die Bühnenspielgemeinschaft verschwand so Mitte der 1950er Jahre. Für Laienspieltheater war nun der Dramatische Zirkel im Raw *»8. Mai«*, später Arbeitertheater genannt, zuständig.

Ursula Kugel hatte jedoch andere Pläne. Sie holte im Fernstudium die von der DDR geforderte Qualifikation im Fach Körpererziehung nach, um fortan als ausgebildete Pädagogin Turn- und Sportunterricht zu erteilen. In der DDR war die Bezeichnung Sportlehrer zutreffend. Turnlehrer galt als abwertende Bezeichnung. Eine sehr wichtige Station in ihrem Leben war der Sportunterricht an der EOS *»Alexander von Humboldt«*. So Mitte der 1950er Jahre bestanden die Klassen fast nur aus männlichen Schülern im Alter von 15 bis 18 Jahren. Sie setzte sich in solchen Klassen durch und erwarb den Respekt der Schüler. Ursula Kugel entwickelte sich weiter, indem sie an der Humboldt-Universität zu Berlin ein Sprachstudium, ebenfalls im Fernstudium, absolvierte. Dabei erwarb sie die Qualifikation für den Unterricht im Fach Englisch. Bemerkenswert, für die englische Sprache gab es, im Gegensatz zu Russisch, keinen Studienaufenthalt im Ausland. Hier mußte mächtig gelernt werden, um eine gute Fachkraft zu werden. Vielleicht war das ein Grund, warum es in der DDR an Englischlehrern mangelte. Frau Kugel meisterte diese Herausforderung und war in der EOS bis auf wenige Ausnahmen in den Sprachklassen, d.h. in Klassen auch mit verstärktem Englischunterricht, eingesetzt.

Mehr war für sie im Bereich der Volksbildung nicht möglich. Ihre Tätigkeit wurde mit der Zuerkennung des Titels Oberlehrer gewürdigt. Im Gegensatz zur BRD ist das kein Beamtentitel, den man nach einigen Dienstjahren automatisch erreicht, sondern dieser Titel wurde an verdienstvolle Lehrer nach einer Quotenregelung zuerkannt. So war es nicht ungewöhnlich, wenn sehr gute Lehrer keinen oder einen niederen Titel erhielten. Die besten Chancen, einen pädagogischen Titel zu erhalten, hatten bei solcher Quotenregelung immer die Schreibtischlehrer der Abteilung Volksbildung.

In diese Zeit der EOS fällt der Höhepunkt ihres Schaffens. Ursula Kugel baute die Volkstanzgruppe auf. Anfangs bestanden die Aufführungen in Paartänzen mit Trachten und langweiliger volkstümlicher Musik. Aber recht schnell verwirklichte Ursula Kugel ihre Ideen. Es gab nun einen weiblichen Überhang bei den Tänzern, die Musik wurde flotter und die Schneiderei vom Friedrichstadtpalast fertigte farbenfrohe Kostüme für die Aufführungen an. Teile vom Ballett wurden in das Tanzspiel eingefügt und sogar akrobatische Elemente fehlten nicht. Eine Darbietung der Tanzgruppe der EOS war ein Augenschmaus, alles wirbelte und bewegte sich geordnet. Die Zuschauer hatten Gefallen daran und die Resonanz aus dem Publikum nahmen die Aktiven dankbar an. Viele staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen, Urkunden, Preise, Orden und Ehrungen überschütteten wahrlich die Tanzgruppe und Ursula Kugel. Einige ihrer Schützlinge aus der Tanzgruppe durften sogar in dem DEFA Musikfilm *»Heißer Sommer«* mitspielen (Hella Ziesing und Hans Christian Albers). Um diese Leistungen zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß die Schüler gleichzeitig eine Berufsausbildung absolvierten und mit FDJ-Versammlungen sowie dem FDJ-Studienjahr zusätzlich beschäftigt waren. Die Ferien waren verkürzt und einen arbeitsfreien Sonnabend gab es noch nicht. Ursula Kugel nahm naturgemäß ähnliche Belastungen auf sich. Doch das Wort *»Streß«* gab es damals nicht bei den Schülern.

Diese Erfolgskette brach jedoch ab. Umgestaltungen im Bildungssystem der DDR führten Ende der 1960er Jahre zu einem veränderten Zugang zur EOS. Die parallele Berufsausbildung wurde aus dem Programm genommen und die Lehrpläne für die Klassenstufen 9 und 10 denen der regulären Polytechnischen Oberschule (POS) angeglichen. Zeitgleich wurde Ursula Kugel aus politischen Gründen an die Goetheschule (1. POS) versetzt, weil ein naher Verwandter die DDR in Richtung Westberlin verlassen hatte. Die von ihr dort ins Leben gerufene Tanzgruppe konnte nicht an das Niveau der EOS-Tanzgruppe

anschließen. Es hing auch mit der Motivation der Mitglieder zusammen. OS Schüler unterlagen nunmal der allgemeinen Schulpflicht.

So richtigen Spaß erlebte sie dann wieder, als sich 1985 der Eberswalder Karneval Klub mit der ihm angeschlossenen Funkengarde gründete. Die von Ursula Kugel trainierte Funkengarde bestand aus werktätigen Frauen, die Freude an der Bewegung hatten, und sie waren begeistert, von einer richtigen und auch sehr guten Tanzlehrerin ausgebildet zu werden. Ob die Ende der 80er Jahre einsetzende Nachfrage nach Gesellschaftstänzen, bedingt durch den Billigfilm *»Dirty Dancing«*, ihr eine Inspiration waren, konnte nicht nachgewiesen werden. Wenige Bürger erinnern sich auch an ihre Mitwirkung an einem Kabarett Ende der 1980er Jahre. Viel bekannt wurde davon nicht. Der Zerfall der DDR war auch im kulturellen Leben zu spüren. Die Bürger hatten schon andere Sorgen.

Beim Anschluß an die BRD war Ursula Kugel 70 Jahre alt und damit ausgemustert. Kulturelle Einrichtungen verschwanden und neu eingerichtete hatten eine geringe Lebensdauer. Eine Welle der Bürokratie schwappte aus dem Westen in das Anschlußgebiet. Das gewohnte kulturelle Angebot und auch die Nachfrage an Kultur sanken.

Da war kein Platz mehr für Ursula Kugel. Eberswalde verlor infolge des Anschlusses ein Viertel der Einwohner. Nur ein Teil des Verlustes wurde durch Westdeutsche und Ausländer kompensiert. Und so geriet Ursula Kugel langsam in Vergessenheit. Man begegnete ihr auch kaum noch in der Öffentlichkeit. Seit 1964 wohnte sie in der Rudolf-Breitscheid-Straße 64. In der Umgebung gibt es weder Kaufhalle oder Geschäfte noch Parkbänke und somit keine Begegnungsmöglichkeit für Rentner.

Ursula Kugel war eine lebensfrohe Frau. Ihr Verhältnis zu den Mitgliedern der Tanzgruppe war durchaus kumpelhaft, aber zugleich auch fordernd und fördernd. Wie die meisten Lehrer in ihrer Zeit rauchte sie und trank auch Alkohol. Beides waren für sie Genußmittel und nie Rauschmittel. Vielleicht war das die Ursache für ihre angenehm rauchige Stimme.

Obwohl Ursula Kugel viel reiste, blieb ihre Geburtsstadt Eberswalde ihr Lebensmittelpunkt. Genauer gesagt, ihr Leben fand hauptsächlich so um die Achse Rudolf-Breitscheid-Straße mit den entsprechenden Umgebungen und Verlängerungen (Ausnahme das Westend Theater) statt. So paßte es irgendwie, daß ihr Leben dort im Eberswalder Krankenhaus in der Rudolf-Breitscheid-Straße im Jahre 2005 endete.

Ursula Kugel erlebte vier politische Systeme, hinterließ auf fünf Gebieten Spuren, und zwei Autoren erinnern an sie.

Dr. ULRICH POFAHL und HEIDRUN MASKE

(Die Autoren danken Dr. phil. W. Kugel für seine Hinweise zur Biographie von Ursula Kugel.)

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 11):

Der Lehrer *Lothar Greiser*

Es ist nicht ganz einfach, über die pädagogische Intelligenz als Original zu berichten. Sie begegnete den Bürgern Eberswaldes nicht häufig in freier Wildbahn. Weil Lehrer aber mitunter mehrere Generationen von Schülern unterrichteten, waren sie vielen auch als Originale bekannt, wie der folgende Vers aufzeigt:

Wenn die Turmuhr achte schlägt,
Kommt Herr Greiser angefegt,
Ungewaschen, ungekämmt
Mit einem schmutzigen Oberhemd.

Acht Uhr war einheitlich Schulbeginn zu Greisers Zeiten. Dieser Spottvers entstand aber erst zum Ende seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer.

Lothar Greiser war ein kleiner bis mittelgroßer Mann, mit mittellangen schwarz und grau gemischten Haaren, die als Frisur immer ordentlich nach hinten gekämmt waren. In seiner aktiven Zeit war er stets mit Anzug und weißem Hemd und Schlips bekleidet. Seine Anzughose wies eine exakte Bügelfalte auf – irgendwie war er schon aufgrund seiner Kleidung eine Respekt einflößende Gestalt. Er war bei seinen Schülern recht beliebt. Charakteristisch für ihn war auch, daß er oft mit der Zunge die Oberlippe leckte und seine nasal prägnante Aussprache.

Lothar Greiser unterrichtete in der Schule in der Friedrich-Engels-Straße, die mehrfach Nummer und Namen änderte. Der Einzugsbereich dieser Schule war die östliche Mitte der Innenstadt und Nordend für alle Schüler ab der 5. Klasse. Herr Greiser wohnte in Ostende. So war es damals recht unwahrscheinlich, daß sich seine Schüler und er sich in der Freizeit begegneten. Schüler aus Ostende besuchten die Bruno-H.-Bürgel-Schule und diese wußten nicht, daß ihr Nachbar Greiser Lehrer war.

Die Stadtteile waren damals noch durch Wald-, Wiesen- und Brachflächen getrennt. Es gab teilweise noch nicht einmal befestigte Gehwege.

Greisers Hauptfach war Geschichte und er unterrichtete das Fach Musik. Eigentlich auch nichts besonderes, aber die Art, wie er seinen Schülern das Fach Geschichte beibrachte, war außergewöhnlich. Dort wurde nicht von Produktivkräften oder Produktionsverhältnissen geredet, sondern Lothar Greiser erzählte, gestaltete bzw. inszenierte historische Sachverhalte äußerst spannend, seinen aufmerksamen Zuhörern angepaßt. Disziplin herrschte von selbst bei diesen Themen.

Im Allgemeinen plazierte sich der Lehrer Greiser, nachdem er einige organisatorische Ansagen machte, auf dem Tisch der ersten Schulbank, einen Zeigestock haltend, der Blick ständig zur Klasse gerichtet. Dort in der ersten Reihe saß in unserer Klasse die Brigitte. Es fiel auf, daß er sie mindestens dreimal während des Schuljahres zum Milch holen schickte. Er drückte ihr dabei eine Milchkanne in die Hand, denn damals gab es noch lose Milch, obwohl auch schon die Abfüllware Milch in Pfandflaschen üblich war.

Bei seinen Erzählungen erstarrte manchmal sein Publikum vor Neugier und Aufmerksamkeit. Dann fügte Greiser einige humoristische Einlagen ein, so zum Beispiel, als er über den Seekrieg zwischen Rom und Karthago seinen Vortrag gestaltete. *»Stellt Euch vor, ihr seid der Koch in der Kombüse auf einem dieser Schiffe, und wollt das Mittagessen kochen. Wenn nun während der Schlacht das Schiff von einem Rammsporn beschädigt wird, was macht Ihr dann, wenn der Rammsporn sämtliche Kochtöpfe aufspießt?«*

Oder ein anderes Beispiel aus der gleichen Zeit: *»Stellt Euch vor, als Hannibal mit seinem Heer die Alpen überquerte, führte er mehrere Elefanten mit – Elefanten, das waren damals die Panzer. Und das war ein großes Problem auf den schmalen Bergpfaden. Einige Elefanten sind erfroren, andere sind abgestürzt, und haben sich dabei die Ohren gebrochen ...«*

Ein Höhepunkt von Greisers Darbietungen war in jedem Schuljahr seine Inszenierung zur Schlacht im Teutoburger Wald. Er gestaltete das, als wäre er selber dabei gewesen. Es erinnerte irgendwie an eine Märchenstunde. Nach seinen spannenden Erzählungen folgte in der Unterrichtsstunde dann immer das Diktat der Gliederung mit dem vermittelten Lehrstoff. Gelegentlich wurden bei Lehrer Greiser auch Leistungskontrollen geschrieben. Auffallend war, daß diese nie zurückgegeben worden sind. Auf Nachfrage erklärte dann Greiser: *»Das ist alles nach Potsdam gegangen. Ich habe diese Arbeiten nicht mehr.«* Trotzdem gab es am Jahresende Zensuren. Niemand hat sich darüber beschwert. Wahrscheinlich hat er die Durchschnittsnote aus den anderen Fächern bei dem betreffenden Schüler als Zensur vergeben.

Eines Tages jedoch kam Greiser mit einem blauen Auge zum Unterricht. Gerüchten zufolge soll er bei einer Wirtshausschlägerei in der Ostender Gaststätte Bambusritze (offizieller Name *»HOG Zum Schellengrund«*) beteiligt gewesen sein. Dort ist er auch von Schülern beim Genuß alkoholischer Getränke beobachtet worden. Denkt man nun weiter, kann man das Milchholen von Brigitte, den Inhalt der Milchkanne und den eingangs formulierten Vers erklären.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Buchtip:

Einen Waldgarten erschaffen

Mit der Natur arbeiten, um eßbare Pflanzen anzubauen · Von MARTIN CRAWFORD.

OLV Organischer Landbau Verlag Kurt Walter Lau
1. Auflage 2021, 384 S., ISBN 978-3-947413-02-7, 44,90 Euro.

Waldgärtnern ist ein besonderes Gartenkonzept, um auf mehreren Stockwerken wertvolle eßbare Früchte anzubauen und dabei nicht vergleichbar mit einem herkömmlichen Obstgarten. Einmal gut durchdacht angelegt, übernimmt die Natur den größten Teil der Arbeit für die Waldgärtnerinnen und Waldgärtner! Die zahlreichen fachlichen Ratschläge und vielen Tips in diesem reichhaltigen Buch sind für kleine wie größere Waldgärten gleichermaßen interessant und leicht in die Praxis umsetzbar.

Die neu entstehenden Waldgärten in Europa sind eine wieder entdeckte Möglichkeit, im Rahmen eines besonderen gärtnerisch-forstwirtschaftlichen Konzeptes wertvolle eßbare Früchte anzubauen. Ein Waldgarten ist einem jungen, natürlichen Wald nachempfunden, und zwar mit einer großen Palette an Ertragspflanzen, die in verschiedenen Ebenen (Stockwerken) wachsen, ohne daß gegraben, gejätet oder *»Schädlinge«* reguliert werden müssen. Die Pflanzenarten, meist in zahlreichen Sorten, werden so ausgewählt, daß sie sich gegenseitig positiv beeinflussen und ein stabiles System bilden, das seine eigene Fruchtbarkeit aufrechterhält und gleichzeitig einen schönen, harmonischen Anblick bietet.

Das Buch bietet wertvolles Wissen eines langjährigen Waldgarten-Praktikers aus erster Hand zu Planung und Anlage eines Waldgartens mit wichtigen Hinweisen zu den wichtigsten Gehölzarten und -sorten, insbesondere auch auf den Klimawandel. Das gilt für kleine wie größere Areale bzw. Gärten gleichermaßen. Die Waldgärten des Autors Martin Crawford im britischen Devon sind über das Vereinigte Königreich hinaus in aller Welt bekannt geworden. Sie zählen nicht nur in Fachkreisen als gelungene, nachahmenswerte Beispiele für zukunftsfähige, ertragreiche Agroforstsysteme in Zeiten des Klimawandels.

Der Hintergrund: Agroforstsysteme wie Waldgärten waren früher in Europa sehr verbreitet. Es gibt sie heute noch teils sogar in großer Anzahl im Fernen Osten, Afrika und Mittelamerika mit vielen Beispielen für den Anbau auf mehreren Stockwerken. Sie dienen der nachhaltigen Ernährung der einheimischen Bevölkerung und haben sich im Allgemeinen als stabil und resilient bewiesen. Solche sogenannten Multistrata-Agroforstsysteme sind baumdominierte Landnutzungssysteme mit zwei oder mehr Baum- oder Strauchschichten und einem erheblichen Grad an struktureller Vielfalt in mindestens einer der Schichten. Sie bedecken mehrere Millionen Hektar in den Tropen und Subtropen und finden neuerdings wieder Einzug auch in Europa.

Tod in der **Wohngruppe**

Soko Handicap ermittelt – ein unterhaltsamer Abend mit Thomas Franke

Am 18. Juni war THOMAS FRANKE zu Gast im Gemeindehaus St. Annen in Panketal. Der Berliner Autor, der als Sozialpädagoge für Menschen mit Behinderung tätig ist, las aus seinem Kriminalroman *»Der Tote und der Taucher«*.

Das Buch führt uns in die Lebenswelt einer ganz besonderen Wohngruppe. In ihr leben mehrere Menschen mit Behinderung – unterstützt durch Pflegende – und führen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben. Als sie eines Morgens erfahren, daß ein Mitbewohner die Nacht nicht überlebt hat, sitzt der Schock tief. Doch offenbar sind zur nächtlichen Stunde seltsame Dinge geschehen. Warum ist der Autist Keno wie aufgelöst und spricht immer wieder von einem Taucher? Was hat die kleine Wunde am Arm des Verstorbenen zu bedeuten? Und warum hat es dessen Familie so eilig, ihn unter die Erde zu bringen? Die Fragen lassen Theo und seine Freunde aus der WG nicht los, und sie beschließen, der Wahrheit auf den Grund zu gehen ...

»Es ehrt Sie, daß Sie heute trotz Fußball und Hitze hier anwesend sind«, begrüßte der gut gelaunte Autor und Sozialpädagoge die etwa ein Dutzend Zuhörenden, die sich in den schattigen Räumen des Gemeindehauses St. Annen zusammengefunden hatten. Und nach kurzen einleitenden Worten begann der Autor aus seinem Roman zu lesen und nahm die Anwesenden mit in die Räume der Wohngruppe und hinein in eine informelle *»Zeugenbefragung«*, bei welcher die Zuhörer mit den Bewohnern und Freunden des Verstorbenen Mike erste Bekanntschaft schließen.

Foto: THORSTEN WIRTH

Zwischendurch beschrieb Franke den Anwesenden einige der erwähnten Krankheitsbilder, erklärte Abläufe und Vorgänge in einer solchen WG und gab einen Einblick in sein berufliches Leben, das die Hintergründe für diesen Roman lieferte.

Weiter ging es mit einem Kapitel, welches die Verwandtschaft des *»Ermittlers«* Theo und seiner Schwester Lina beleuchtete und zeigt, wie scheinbar gut gemeinte *»Rücksichtnahme«* und falsche Vorstellungen von einem Leben mit Behinderung Betroffene eher diskriminieren als besserstellen.

Auch wenn das Anliegen des Autors, beeinträchtigte Menschen als *»ganz normale Mitmenschen«* darzustellen, deutlich zutage tritt, tut dies der Spannung und dem Lesevergnügen des Buches keinen Abbruch. Im Gegenteil – als Leser hat man den Eindruck, klüger aus der Geschichte herauszukommen als man hineingegangen ist. Die Mischung aus Lesung und Gespräch und vor allem die ruhige, freundliche und offene Art des Autors kamen bei den Zuhörenden sehr gut an. Und so gab es am Ende des Abends lang anhaltenden Beifall.

Mit seinem Roman *»Der Geschichtensammler«* ist Autor Thomas Franke am 19. Oktober erneut in Panketal zu Gast.

THORSTEN WIRTH
www.kunstbrueckepanketal.de

Die Ausstellung Wortgeschenke:

Einblicke in ein wundervolles Buch

Es sollte eine große Vernissage werden. Der Anlaß: Die über 170 Gemälde und Fotografien, die den bildnerischen Hintergrund für das 2018 im Verlag Andrea Schröder erschienenen prächtigen Lyrikband *»Wortgeschenke«* bilden, sollten zum ersten Mal gemeinsam in einer Ausstellung zu bewundern sein.

Coronabedingt mehrfach verschoben und letztlich auf die reine Ausstellung ohne offizielle Vernissage reduziert, gab es die Bilder und Fotos nun erstmals bis Ende Juni vollständig in der Galerie des Rathauses Panketal zu sehen.

Annähernd 20 Künstlerinnen und Künstler waren mit ihren Werken an der Schau beteiligt. Die Grafiker, Maler und Fotografen stammen aus Berlin und Brandenburg. Sie sind Jugendliche wie EVE KANDORA aus Bernau oder die Panketaler Schülerin PAULA LOOFF, deren Bilder von Beginn und Abschied das Gedicht *»Am Ende der Reise«* von ANDREA SCHRÖDER so stimmungsvoll illustrieren. Es waren auch Abbildungen der erfahrenen Wandlitzer Autorin CORNELIA BERA zu sehen, deren Fotos Ausschnitte aus dem Alltag oder auch verwunschene Landschaften darstellen.

Die jüngste Fotografin war 12, der älteste Mitgestalter 89 Jahre alt – fünf Generationen vereint dieses wort- und bildgewaltige Projekt. Die Bilder – Fotos, Collagen, Skizzen, Zeichnungen – laden ein, in stille Momente, besondere Augenblicke und unberührte (nahe) Natur einzutauchen.

THORSTEN WIRTH,
Kunstbrücke Panketal e.V.

Die 2. Tage des offenen brandenburgischen Buches

Fazit: »Eigentlich ein Wunder«

von Hans Jörg Rafalski

Die 2. Tage des offenen brandenburgischen Buches sind vergangen. Lange Zeit war natürlich unklar, ab wann oder ob sie überhaupt möglich sein würden. Die Entscheidung, überhaupt noch zu beginnen, fiel erst zwei Tage vor der Veranstaltung, die letztlich durch höhere Mächte zur Eröffnung des landesweiten Literatur- und Lesefestivals bestimmt wurde. Eigentlich ein Wunder!

Der Fortschritt von der 1. zur 2. Ausgabe war zweifellos riesig. Der große Rückenwind kam einerseits aus dem Bundesförderprogramm *»Und seitab liegt die Stadt«* und vom Brandenburgischen Literaturrat, die uns Autorenhonorare ermöglichten. So etwas war 2019 noch unvorstellbar. Aber nicht weniger wurden die Veranstaltungen in der Uckermark erst durch die starke Unterstützung aus den Kulturämtern der Städte Angermünde und Schwedt sowie durch den Förderverein Unteres Odertal möglich.

Die Niederbarnimer Eisenbahn hat uns mit einem Leitartikel in der Frühjahrsausgabe ihres Kundenmagazins *»NEB-Express«* und der Gratis-Verteilung unserer Broschüren in ihren Zügen geholfen und während der Veranstaltungen erhielten wir eine ganz besonders wohlwollende Begleitung durch die Märkische Oderzeitung. Wenn man bedenkt, wie jung unsere Initiative noch ist, dann ist die Summe der Unterstützung grandios und zeigt, daß es doch Kräfte mit einem großen Willen gibt, Autoren, Verlage und Buchkünstler aus Brandenburg zu unterstützen.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen aller, die letztlich das Glück hatten, unter den Ersten gewesen zu sein, die wieder auftreten konnten, und von denen ich weiß, wie sehr sie das gefreut hat, bei den Genannten und bei allen, die uns diese wundervollen Räume und Parkanlagen zur Verfügung gestellt haben, und nicht zuletzt bei allen, die vor Ort die Lesungen ermöglicht haben, bedanken.

Die Lesungen, die ich als quasi-Veranstalter selbst miterlebt habe, fanden an außergewöhnlichen Orten mit hervorragenden Autoren auf einem besonderen Qualitätsniveau und in einer wunderbar einladenden Atmosphäre statt. Einige Veranstaltungen erreichten dabei die erwarteten Besucherzahlen, eine ganze Reihe der Veranstaltungen blieb allerdings leider unter den Erwartungen. An erster Stelle möchte ich die Lesung von HELLMUTH HENNEBERG im Schwedter Schloßpark Monplaisir nennen, die 37 Besucher miterlebt haben. Hier stimmte einfach alles: Ort, Autor, Stimmung, Wetter. Ebenso möchte ich die Lesung von JUDITH ZANDER an der Klosterkirche Angermünde hervorheben, die allen Beteiligten große Freude bereitet hat. Mehr Besucher hätten allerdings die Eröffnungsveranstaltung mit BRYGIDA HELBIG in Schwedt, die Lesung von JULIA SCHOCH in der St. Marienkirche Angermünde und die von CARMEN WINTER & INES GERSTMANN in der Kirche von Neulietzegöricke verdient gehabt. Die Genannten haben auf hohem Niveau unterhalten. Ein besonderes Highlight sollte das Lesefest in Criewen werden, bei dem sechs Autoren fünf Stunden lang parallel lasen. Zwar hatten wir zusammen 90 Besucher an den Tischen, doch zeigte sich hier, wie verletzlich Freiluftleseveranstaltungen sein können, wenn das Wetter nicht mitspielt. Das Format besitzt dennoch großes Potential, waren sich alle Beteiligten und Unterstützer einig. Ich möchte es aus diesem Grund zur Nachahmung empfehlen.

Foto: GERD MÄRKMANN

HANS JÖRG RAFALSKI liest aus seinem ersten Buch *»Erosion«*. Hier in der einstigen Märkischen Eisengießerei (heute Kinder- und Jugendakademie) am 14.12.2016.

DIE VERANSTALTUNGEN

29. Mai, Eröffnungslesung mit Brygida Helbig in Schwedt, 17 Teilnehmer
29. Mai, Rainer Ehrt in Kleinmachnow, 36 Teilnehmer
30. Mai, Judith Zander in Angermünde, 31 Teilnehmer
5. Juni, Hans Jörg Rafalski in Niederfinow, 7 Teilnehmer
5. Juni, Steve Sabor in Cottbus, 20 Teilnehmer
5. Juni, Ute Apitz und Elke Hübener-Lipkau in Bad Belzig, 30 Teilnehmer
6. Juni, Hellmuth Henneberg in Schwedt, 37 Teilnehmer
11. Juni, Wolfgang Wache in Marga, 10 Teilnehmer
12. Juni, Julia Schoch in Angermünde, 18 Teilnehmer
13. Juni, Lesefest in Criewen, 90 Teilnehmer an den 6 Tischen (geschätzt 30 bis 40 Besucher)
17. Juni, Jana Franke in Potsdam, 23 Teilnehmer
18. Juni, Yana Arlt in Marga, 15 Teilnehmer
19. Juni, Hans Jörg Rafalski in Eberswalde, 13 Teilnehmer
20. Juni, Carmen Winter und Ines Gerstmann in Neulietzegöricke, 12 Teilnehmer
Buchkunsausstellung von Constanze Kreiser in Bad Saarow, 177 Besucher in 8 Tagen

Daneben wurden die Lesungen von BRUNO BEEKE aus der *»Gebrochenen Poesie Uckermark«* in Gramzow, von THOMAS FRICK und SUSANNE RÜSTER jeweils in Babelsberg ohne Publikum durchgeführt, aufgezeichnet und gestreamt.

Das 1. Brandenburger Kinder und Jugendbuchfest

Am 15. August werden wir in Schöneiche bei Berlin das 1. Brandenburger Kinder- und Jugendbuchfest feiern, bei dem Kinder- und Jugendbuchverlage aus Brandenburg und Berlin gemeinsam auftreten. Da es in Berlin in diesem Jahr nichts Vergleichbares geben wird, hat Brandenburg hier ausnahmsweise mal die Nase vorn. Neben Lesungen und Bühnenprogramm wird es Mitmachangebote für Kinder und Jugendliche sowie Buchneuvorstellungen geben. Auch das Brandenburger Kinder- und Jugendbuchfest soll sich im Rahmen der Tage des offenen brandenburgischen Buches verstetigen.

Die zurückliegenden Wochen haben zudem zur Formierung des NETZWERK NEUE BRANDENBURGISCHE VERLAGE geführt. Dreizehn neue, sehr spannende, ambitionierte Verlagsprojekte mit z.T. äußerst eigenständigen Verlagsprofilen haben sich zusammengefunden, die ab Herbst den Versuch unternehmen werden, in Brandenburg wieder eine Verlagsszene zu etablieren. Bleiben Sie gespannt! – Die Begeisterung über die Veranstaltungen bei den vielen Unterstützern vor Ort war umwerfend. Die Fragen nach einer dritten Auflage des Festivals kamen praktisch überall. Allein das zeigt, daß die Idee eines landesweiten Literatur- und Lesefestivals Zukunft haben kann. Ob bzw. wann es eine dritte Auflage der Tage des offenen brandenburgischen Buches geben wird, haben wir noch nicht entschieden.

Leider war auch die Antwort auf meine diesbezügliche Einladung an die Teilnehmer des kürzlichen Treffens der brandenburgischen Literaturakteure wie immer ein breites Schweigen. Ein landesweites Literatur- und Lesefest kann keine One-man-show sein bzw. sie ist es, und hat dann aber sehr schnell Grenzen, die unter anderen Umständen so nicht existieren würden. Ein landesweites Literatur- und Lesefestival kann einen großen Nutzen für jeden einzelnen Teilnehmer beim institutionellen wie beim Veranstaltungsmarketing haben, wenn viele gemeinsam an einem Strang ziehen.

HANS JÖRG RAFALSKI
www.brandenburger-buecher.de

Vor 100 Jahren:

Die Pariser Blutwoche

Der 21. Mai 1871 ist ein freundlicher Frühsommersonntag. Seit zwei Monaten hatten die Pariserinnen und Pariser die Regierungsgewalt in ihren eigenen Händen, von Westen und Süden bedrängt durch die von freigelassenen Kriegsgefangenen auf 170.000 Mann verstärkte Armee der in Versailles residierenden französischen Regierung unter Adolphe Thiers, von Osten und Norden blockiert von deutschen Truppen, die im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 halb Frankreich besetzt hatten.

Die Thiers-Truppen hatten für die Nacht vom 21. zum 22. Mai den Generalangriff auf Paris geplant, was dort niemand ahnt.

Am Sonntagabend sind die Theater gedrängt voll, die Boulevards strömen über von Leben und Fröhlichkeit, die Cafés können die Menschen nicht fassen. Es herrscht ungewohnte Ruhe, denn erstmals seit Wochen schweigen die Kanonen. Die Breschbatterien vor den Wallanlagen im Südwesten von Paris hatten das Feuer eingestellt, weil die Thiers-Truppen schon in Paris eingedrungen waren.

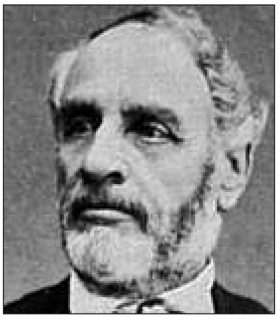
Das ununterbrochene Bombardement großkalibriger Geschütze hatte die Verteidiger von den Wällen vertrieben. Unterstützung vom Rat der Kommune gab es nicht. *»Wir befinden uns in einer Periode ungeheurer Erschlaffung«*, schrieb Prosper-Olivier Lissagaray, der Chronist der Kommune, schon am 19. Mai in sein Tagebuch.

An jenem Sonntagnachmittag war der kleine Finanzbeamte Jules Ducatel, eine Feuerpause nutzend, auf den Wällen an der Porte de Saint-Cloud herumgestromert und hatte keinen Menschen in den Stellungen der Konföderierten vorgefunden. *»Er kletterte auf die Bastion 64«*, schrieb Lissagaray, *»schwenkte ein weißes Tuch und rief den Soldaten in den Laufgräben zu: 'Nur herein, es ist niemand da!'«*

Erst am nächsten Morgen läuten die Sturmglocken. Das 15. und 16. Arrondissement im Südwesten von Paris sind um diese Zeit bereits in der Hand der Versailler. Statt die Verteidigung zu organisieren, entwirft Louis-Charles Delescluze, seit Anfang Mai der Leiter der Kriegskommission der Kommune, eine Proklamation. Die *»Stunde des Revolutionskrieges«* habe geschlagen, worunter er den strategielosen Barrikadenkampf verstand. So kämpfen die Kommunarden faktisch in jedem Stadtbezirk, in jeder Straße, für sich allein. Die wenigsten Barrikaden können frontal eingenommen werden. Die meisten werden umgangen und erliegen den Angriffen von hinten.

Die *»besseren Viertel«* im Pariser Westen fallen den Verssaillern in den ersten beiden Tagen in die Hände. Je weiter sie in die Arbeiterviertel der Stadt vordringen, desto heftiger wird der Widerstand.

»Es sind nicht mehr die herkömmlichen hohen Schanzen«, schreibt Lissagaray. Meist *»werden die Barrikaden jetzt mit weniger Pflastersteinen und kaum mannshoch gebaut. Dahinter steht dann manchmal eine Kanone oder eine Mitrailleuse. Inmitten der Steine flattert die rote Fahne. Hinter diesen primitiven Wällen werden von zwanzig Mann ganze Regimenter aufgehalten. Wenn alle diese Kraftanstrengungen mit entsprechender Übersicht geleitet worden wären, wenn Montmartre und das Panthéon ihr Feuer vereinigt hätten, wäre die Versailler Armee in Paris aufgerieben worden. Aber ohne richtige Anleitung, ohne ausreichende Beherrschung des Kriegswesens sahen die Föderierten nicht über ihr Stadtviertel, ja nicht einmal über ihre Straße hinaus. So kam es, daß man statt 200 gut miteinander verbundener Barrikaden, die mit 7000 bis 8000 Mann leicht zu verteidigen gewesen wären, planlos Hunderte von Barrikaden errichtete, ohne sie ausreichend besetzen zu können.«*



Heroisch bis zum Tod. Der Leiter der Kriegskommission Louis-Charles Delescluze starb am 25. Mai auf einer Barrikade in der Rue d'Angoulême.

Thiers Soldateska braucht dennoch mehr als eine Woche, um den Widerstand der Kommunarden zu brechen. Gefangene werden nicht gemacht. Den Erschießungskommandos fallen auch zahlreiche Unbeteiligte zum Opfer, die durch Denunziation oder einfach zufällig in das Mordgetriebe geraten. Schätzungen gehen von 20.000 bis 40.000 Ermordeten aus. Zehntausende wurden im nachhinein zum Tode oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

G.M.

Anzeige

Lothar Erwin Lutze

Nachruf

* 24.09.1940 Schneidemühl/Pila   † Ostersonntag % 06.04.2021 Bad Kreuznach

„...ein bisschen (???) frieden, ein bisschen (?) sonne & dass die menschen nicht so oft (?) weinen...?"[1] >> #weltfrieden! #zeitalter der vernunft! „wir sind nur ein kleiner punkt im all... fast ein nichts in unbedeutender ferne & rufen hinaus in die weiten! es kann sein, dass unsere worte ungehört verhallen...es kann sein, dass sie niemanden erreichen...verloren in der see der milliarden & abermilliarden sterne..."[2] "..wie eine blume im stürmischen wind..."[3] "...& das flüstern der liebenden am morgen..."[4] „...doch wer kann es uns sagen. nur die zeit nur die zeit."[5]

И снег, и ветер,
и звезд ночной полёт.
Меня мое сердце
втревожную дал ьзовёт.[6]

„light up" mein Räuber „light up" & neva 4get *„silence is golden!"* - in erinnerung an unsere ballnächte des universums & ihren hohen preis --- (fr)Ankh - Der Prinz vom Schönen Fließ – PƑȺDBE®EITE® IŇT✪ȺŇ ȺǴE ✪Ƒ ®EȺS✪Ň

~~~~~~

[1][3]nicole 1982 [2] enya 2005 less than a pearl [4] j.rush 1984 power of love [5] enya 2000 only time
[6] Lied von der unruhevollen Jugend 1928 [1958 - auf der anderen Seite]
~~~~~~

Literatur – ein Teil der Kultur

Wie viele andere leidet natürlich auch die Literaturbranche unter den Folgen der Pandemie – beziehungsweise sie leidet ganz besonders. Der Buchmarkt soll in den zurückliegenden 18 Monaten um 50 Prozent eingebrochen sein, was natürlich auch Rückschlüsse auf den Zustand des grundsätzlichen Interesses an Literatur zuläßt. Die Folgen der Pandemie addieren somit noch zu dem Umstand, daß die Buchkäufergruppe 25 bis 45 nahezu nicht mehr existieren soll.

Genau das haben unsere Lesungen zu den 2. Tagen des offenen brandenburgischen Buches belegt. Denn alle Altersgruppen unter 50 waren bei den Lesungen so gut wie nicht vertreten. Aus meiner Sicht ein alarmierendes Zeichen, mit dem das gesamtgesellschaftlich jetzt nur noch verstärkt spürbare Hinwenden von der Lokalkultur zur Globalkultur beziehungsweise von der Kultur zur Wirtschaft ganz allgemein belegt wird.

Ich möchte anregen, die traditionellen Formate der Literaturveranstaltung an sich zu hinterfragen. Gerade die eindimensionalen Lesungen waren unabhängig von Namen und Qualität der Autoren zu schwach besucht. Lesungen an Originalschauplätzen, Lesungen in der Natur, Lesungen in Verbindung mit Führungen, Lesungen mehrerer Autoren, ggf. auch Lesungen mit Musik und szenische Lesungen bringen dagegen belebende neue Akzente in das Leseformat. Ich denke, es wird notwendig sein, Buch beziehungsweise Text in der Übersetzung auf die Bühne neu zu denken, um dem Unterhaltungsanspruch eines immer stärker umworbenen, erlebnishungrigen Publikums gerechter zu werden.

Unterstützung jeglicher Art für die Literaturbranche zu erobern, bleibt weiterhin eine vorrangige Aufgabe. Der rbb bleibt für Kultur in Brandenburg weiterhin eine schwer eroberbare Diva. Die Märkische Oderzeitung (MOZ) erweist sich jedoch immer mehr als eine Zeitung, deren Kulturredakteure den heimischen Kulturträgern sehr offen, positiv und somit unterstützend begegnen. Dessen ungeachtet bleibt die Werbung das große Problem für die Kultur.

So lange Förderer nur Autorenhonorare unterstützen, bleibt das große Problem, ohne angemessene finanzielle Ausstattung im Wettbewerb gegen stimmgewaltigere Angebote Wahrnehmung zu finden. In diesem Punkt kann ich nur immer wieder zum Neudenken raten, denn die Lesung eines Autors hat nur so viel Sinn, wie auch Besucher für sie geworben werden können. Reine Honorarförderungen nützen wenig, insbesondere dort, wo die Lokalpolitik Kultur nicht fördert.

Die wesentlichsten Werbemittel bleiben Plakat und Website, verbunden über den QR-Code. Daneben ist die Eroberung von Unterstützung durch die Medien zwingend. Die sind schwer zu erobern wie gesagt. Hier ist ein gesamtgesellschaftliches Umdenken nötig, wenn Brandenburg das Kulturland werden will, das es vorgibt zu sein. Die Kultur eines Landes lebt nicht von teuer erkauften Leuchtturmprojekten für Eliten, sondern von einer täglich gelebten Angebotsvielfalt, die im ganzen Land über das ganze Jahr unter Einbeziehung vieler Menschen spürbare Impulse setzt. Und die rührt zuerst von den heimischen Kulturträgern.

Was bleibt? Die Website www.brandenburger-buecher.de mit der digitalen Buchkunstausstellung wird künftig zum Bücherportal der Brandenburger Autoren, Verlage und Buchkünstler weiterentwickelt. Die Buchkunstausstellung ist inzwischen mit Partnern in Lodz und Moskau vernetzt. Daneben wird es ein digitales Schaufenster geben, in dem jederzeit Bücher bei Neuerscheinen zu entdecken sein werden. Die Hoffnung also bleibt.

HANS JÖRG RAFALSKI

Kanaltheater sucht Mitmacher

Wir suchen Jugendliche ab 14 Jahren & junge Erwachsene bis 24 Jahre aus Eberswalde & Umgebung, die im Zeitraum 26. Juli bis 8. August Zeit für intensive Proben und Aufführungen einer Performance haben. Wir machen uns eine schöne Zeit am EXIL Eberswalde (Am Bahnhof Eisenspalterei) und setzen uns mit seiner besonderen Geschichte auseinander.

Auf dem Gelände des EXIL Eberswalde existierte von 1944 bis 1945 ein KZ-Außenlager, in dem 800 Frauen gefangengehalten wurden, die im Kranbau Zwangsarbeit leisten mußten. Das Kanaltheater hat mit *»verschleppt jung ohne ich«* eine performative Begehung des ehemaligen KZ-Außenlagers mit Jugendlichen & jungen Erwachsenen entwickelt. Diese soll im August im Rahmen des Themenjahres 2021 Kulturland Brandenburg: *»Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Brandenburg«* erneut gezeigt werden.

Voraussetzungen: es braucht keine Theatererfahrung oder *»Begabung«*, wichtig ist Interesse an der Geschichte & Experimentierfreude. Die Performance hat keine klassische Bühnensituation, die Performer schaffen eine Atmosphäre, ideal für einen Einstieg und das Ausprobieren von Theater/ Performance.

Termine der Aufführungen:
5.8. + 6.8. + 7.8. + 9.8., jeweils 18 Uhr

Interessierte bitte melden bei Heike Scharpff (Telefon: 0178/4554579, eMail: post@heike-scharpff.de, c/o Bürgerstiftung Barnim-Uckermark, Eisenbahnstr. 3, 16225 Eberswalde)

HEIKE SCHARPFF
Regisseurin & Künstlerische Leitung
(www.kanaltheater.de)

Wandertips

von *BERND MÜLLER*

Wanderung zum Baa See

Sonntag, 11. Juli, 12 km-Wanderung mit Klaus Schluchter

Wir wandern durch das Brunnental, über den Teller zum Baa-See, wo wir eine Rast einlegen. Der Rückweg führt über Sieben Hügel und andere Wege zum Ausgangspunkt zurück.

Treff: 11 Uhr, Kurmittelhaus, Gesundbrunnenstraße 33a, 16259 Bad Freienwalde

Der Watzmann an der Mariannenschlucht

Sonntag, 18. Juli, 11km

Kaum zu glauben, aber wahr: Auch in Bad Freienwalde gibt es einen Watzmann! Unweit von Bismarckturm und Teufelssee kündet seit 2017 sogar ein Gipfelkreuz davon. Auch wenn er mit seinen 1.062 dMetern (!) nicht ganz an seinen alpinen Namensvetter heranreicht, sind wir die einzige Region außerhalb Bayerns, die einen Watzmann vorzuweisen hat.

Um das Jahr 1180 sollen bayerische Landsknechte auf der nahen Burg Malchow angeheuert haben – dort wo heute der 1895 erbaute Bismarckturm steht. Den Rittern fiel der damals noch kahle Gipfel eines Berges auf, von dem man weit ins Land schauen und jeden Feind schon von weitem erkennen konnte.

Klaus Schluchter führt entlang dem Fontane-Wanderweg auf den Höhen der Barnim-Kante. Start und Ziel ist am Bahnhof Bad Freienwalde. Mit dem Zug (10.18 Uhr) fahren wir bis Falkenberg/Mark. Hier wandern wir zuerst durch die schöne Ortslage und biegen am Fontane Denkmal ein. Vorbei an einem Teich, tauchen wir in den Wald ein und erwandern den ersten Anstieg. Auf dem Höhenweg angekommen, geht es weiter durch herrliche Natur mit Fernsichten. Rast ist an der Malche geplant.

Wir passieren den Teufelssee, der romantisch am Wegesrand liegt. Nun geht es noch ein Stück durch Park und Städtchen zum Bahnhof.

Treff: 10 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Am Bahnhof, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Durch den Urwald Breitefenn

Sonntag, 1. August 2021, Rundweg 7 km

Förster Tobias Schramm führt zuerst zu einer Wehrkirche aus dem 13. Jahrhundert. Weiter geht es zum größten nordischen Findling der Region. Entlang dem Urwald Breitefenn (einem der ältesten Naturschutzgebiete) mit uralten Eichen geht es zum Paddenpfuhl und dem großem und kleinen Lindsee, wo zu erfahren ist, warum es zum Glück noch Hasen gibt und Fische ein silbernes Kleid tragen.

Treff: 13 Uhr Vor Gasthof »*Zum großen Stein*«, Neuendorf 1, 16248 Oderberg Ortsteil Neuendorf

Anmeldung unter 03344/3002881 oder oderland@naturfreunde.de. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brbg. kostenfrei.

FinE unterwegs *in der Stadt*

Eberswalde (prest-ew). Nachdem das Eberswalder Stadtfest *»FinE«* Anfang Juni coronabedingt zunächst in etwas kleinerer Form mit einer Auftaktveranstaltung im Familiengarten begonnen hat, sollen dezentrale Veranstaltungen im ganzen Stadtgebiet das beliebte Fest zu den Leuten bringen. Unter dem Motto *»FinE on the road«* werden bis zum Herbst verschiedene Veranstaltungen stattfinden, darunter *»FinE rockt«* und die *»Tanznacht FinE«* jeweils als separate Termine, um vor allem und weiterhin große Ansammlungen von Menschen zu vermeiden und doch Kultur zu bieten.

Start für *»FinE the road«* war der 3. Juli mit *»FinE rockt«*. An diesem Abend waren es die Powerfrauen von STELLA ROCKT! – *»der kraftvolle Hauptstadt-Rock mit Leidenschaft«* und die Band *»Vor Rotterdam«*, die die Borsighalle zum Rocken brachten. Stella liefert melodiöse Pop- und Rocksongs. *»Vor Rotterdam«* kommt mit modernem und ambitionierten Deutsch-Pop aus Berlin und Brandenburg.

Weitere FinE-Veranstaltungen:

• 11. Juli, 15 Uhr, »FinE on the road« im Ortsteil Finow mit einem Familienprogramm
• 24. Juli, 19 Uhr, »Tanznacht FinE«, im Familiengarten, Platz unterm Alten Walzwerk
• 25. Juli, 11 Uhr, »FinE on the road« im Ortsteil Spechthausen
• 25. Juli, 14 Uhr, »FinE on the road« im Ortsteil Sommerfelde, Feuerwehrgerätehaus, mit der Feuerwehrkapelle Bernau
• 25. Juli, 16 Uhr, »FinE on the road«, im Ortsteil Tornow, Feuerwehrgerätehaus, mit der Feuerwehrkapelle Bernau
• 7. August, 15 Uhr, »FinE on the road«, Brandenburgisches Viertel, Club am Wald
• 22. August, 15 Uhr, »FinE on the road«, Stadtpark am Weidendamm mit einem Familienprogramm
• 22. September, 15 Uhr, »FinE on the road« zum Herbstanfang, Südend

Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal:

Der Kinomann im Kino

Am Freitag, dem 9. Juli um 19.30 Uhr, läuft im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in der Brunoldstraße 1 in Joachimsthal *»Kinomann – von einem, der einfach weiter macht«*, Matthias Ditscherleins Dokumentarfilm über den dienstältesten mobilen Filmvorführer Deutschlands, Eintritt 6 Euro.

HELMUT GÖLDNER (75) lebt im kleinen Örtchen Sieglitz in Sachsen-Anhalt. Als er mit 15 das erste Mal *»Kino macht«,* ist es um ihn geschehen. Filmrollen, Projektoren und Landstraßenkilometer bestimmen fortan sein bewegtes Leben. Seine Frau Rita und Tochter Heike sind als kritisch-ironische Beobachterinnen ihres *»Kinomanns«* stets an seiner Seite. Fast täglich fährt er los, um dort Filme zu zeigen, wo es schon lange keine Kinos mehr gibt. Der Film erzählt von Liebe und Leidenschaft, zu dem, was man tut und dem, was das mit einer Familie macht. Und von Helmut Göldner, dem Superman, dessen Kräfte seiner Meinung nach nie enden und auch nicht enden dürfen, denn nach ihm kommt keiner mehr.

RUTH BUTTERFIELD

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

❑ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
❑ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
❑ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
❑ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
❑ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ❑ per Bankeinzug ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

❑ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)*

Kino im Heidekrug

Joachimsthal (bbp). Am 16. Juli, 19.30 Uhr läuft der Spielfilm *»Eine Frau mit berauschenden Talenten«* mit Isabelle Huppert. Die schlecht bezahlte Arabisch-Übersetzerin im stressigen Polizeidienst wechselt die Seiten und steigt groß ins Drogengeschäft ein. Als Araberin verkleidet führt sie Polizei und Drogendealer an der Nase herum. Dabei wächst ihr Vermögen und auch ihr weibliches Selbstbewußtsein in einer kriminellen Männerwelt.

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis *»Brandenburgische Rentnerinitiative«* gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Zum nächsten Termin lädt die Volkssolidarität am 14. Juli, von 10 bis 12 Uhr in ihr Objekt in der Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde ein. Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

impressum

*heraus***geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
*an***schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
*tele***fon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)
*e-***mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
*inter***net:** www.barnimer-buergerpost.de
*redak***tion:** Gerd Markmann
*drucker***ei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
*redaktions***schluß:** 30. Juni 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 8. September 2021.